



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

**Demokratieförderung und das Streben nach regionaler Hegemonie.
Eine kritische Betrachtung der US-amerikanischen Förderung von
Demokratie in der MENA Region.**

Verfasser

Tarek Hamed

angestrebter akademischer Grad

Master of (Arts)

Wien, 2015

Studienkennzahl lt. Studienblatt: 066/824

Studienrichtung lt. Studienblatt: Masterstudiengang Politikwissenschaft

Betreuer: Ao. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll

*Diese Arbeit ist den Menschen gewidmet, die für ihre Freiheit auf dem Tahrir Platz
und im gesamten Nahen Osten kämpften. Ihr Widerstand zeigte Courage und
Tapferkeit, die eine Inspiration für alle ist, die an Freiheit und Demokratie auf der
ganzen Welt glauben.*

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
1.1 Aufriss des Themas.....	1
1.2 Gestaltung der Arbeit.....	4
1.3 Aufbau der Arbeit.....	5
1.4 Forschungsfragen und Hypothesen.....	7
2. Theorie.....	8
2.1 Theoretische Begründung für die verwendete Theorie.....	9
2.2 Bezugsgrößen der Hegemonie.....	11
2.3 Das Hegemoniekonzept von Antonio Gramsci.....	12
2.4 Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft.....	19
2.5 Organische und Traditionelle Intellektuelle.....	22
2.6 Konsens und Zwang.....	25
2.7 Neogramscianisches Verständnis der Internationalen Beziehungen.....	25
2.7.1 Internationale Hegemonie.....	26
2.7.2 Internationalisierung des Staates.....	29
3. Hegemonie vs. Imperialismus.....	32
4. Von der Unterstützung autoritärer Regime, bis zur Förderung von Demokratie.....	36
5. Demokratie und Demokratieförderung.....	43
6. Von Bush zu Obama.....	47
6.1 Demokratieförderung unter Bush.....	50
6.2 Demokratieförderung unter Obama.....	52
7. Der Mittlere Osten und Nord Afrika eine regionale Analyse.....	55
7.1 Bush Administration.....	56
7.1.1 Middle East Partnership Initiative.....	56
7.1.2 Greater Middle East North Africa Initiative.....	62
7.2 Obama Administration.....	68
7.2.1 Jenseits des Staats: Zivilgesellschaftliche Partnerschaften.....	71
8. Ägypten ein Fallbeispiel.....	74

8.1 Die Beziehungen zwischen den USA und Ägypten.....	75
8.2 Demokratieförderung unter Bush.....	76
8.2.1 Freedom Agenda 2001 – 2004 und der verstärkte Fokus auf die Zivilgesellschaft.....	77
8.2.2 Wahlen in Ägypten 2005.....	83
8.2.3 Verstärkte Demokratieförderungsbemühungen 2005 – 2009.....	84
8.3 Organische Intellektuelle.....	86
8.4 Medien und Demokratieförderung.....	89
8.5 Demokratieförderung unter Obama.....	91
8.5.1 Gemäßigtes Engagement 2009 – 2011.....	91
8.5.2 Arabischer Frühling.....	93
8.5.3 Organische Intellektuelle.....	96
8.5.4 Zivilgesellschaftliches Engagement.....	98
8.5.5 Non-violence und Demokratieförderung.....	99
8.5.6 Soziale Netzwerke und Demokratieförderung.....	100
9. Von Morsi zu al-Sisi.....	106
10. Fazit.....	110
11. Quellennachweis.....	119
12. Abstract.....	129
13. Lebenslauf.....	130

Abkürzungsverzeichnis

AYM	Allianz für Jugendbewegungen
BMENA	Broader Middle East and North Africa Initiative
CIA	Central Intelligence Agency
CIPE	Center for International Private Enterprise
D&G	Democracy&Governance
GMEI	Greater Middle East North Africa Initiative
ICDS	Ibn Khaldun Center for Development Studies
ICNC	International Center for Nonviolent Conflict
IRI	International Republican Institute
IWF	Internationaler Währungsfonds
MENA	Middle East & North Africa
MEPI	Middle East Partnership Initiative
NED	National Endowment for Democracy
NGO	Nichtregierungsorganisation
NSC	National Security Council
NSS	National Security Strategy
USAID	United States Agency for International Development

1. Einleitung

1.1 Aufriss des Themas

„Sixty years of Western nations excusing and accommodating the lack of freedom in the Middle East did nothing to make us safe [...] As long as the Middle East remains a place where freedom does not flourish, it will remain a place of stagnation, resentment, and violence ready for export. And with the spread of weapons that can bring catastrophic harm to our country and to our friends, it would be reckless to accept the status quo (Georg W. Bush November 2003).“

Seit dem sich die dritte Welle der Demokratie auf der ganzen Welt verbreitet, ist die Förderung von Demokratie zu einem der am schnellsten wachsenden Bereiche der internationalen Entwicklung geworden. In 2008 haben die EU Mitglieder mehr als 6,7 Mrd. US\$ für Demokratieförderung ausgegeben und die USA 4,8 Mrd. US\$. Fortgeschrittene kapitalistische Demokratien, internationale Organisationen, internationale Finanzinstitutionen und NGOs gleichermaßen haben es sich zur Aufgabe gemacht, Demokratie in einem vielfältigen kulturellen, wirtschaftlichen und geografischen Rahmen zu fördern. Die Befürworter der Demokratieförderung behaupten, dass es eine internationale Norm darstellt und dass die USA, vor allem im letzten Jahrhundert, eine zentrale Rolle bei der Herstellung und der Förderung demokratischer Werte als ein legitimes Ziel der Außenpolitik gespielt hat. Trotz solcher Aussagen ist Demokratieförderung umstritten, Verantwortliche in der USA erleben eine wachsende Gegenreaktion, die sie u.a. auf die Invasion in den Irak zurückführen.

Jedoch kann die Kritik an der Demokratieförderung nicht auf diese Ursache alleine zurückgeführt werden. Einige der aufschlussreichsten Kritiken kommen von Wissenschaftlern, Aktivisten und Politikern mit demokratischen Referenzen, viele von ihnen argumentieren, dass die Vereinigten Staaten und andere mächtige Akteure im internationalen System, die Förderung von Demokratie als eine Form des Interventionismus verwenden. Laut William Robinson, dessen Arbeit die wichtigste wissenschaftliche Kritik darstellt, wird die Förderung von Demokratie dazu genutzt um Polyarchie zu fördern, ein Begriff der durch Robert Dahl geprägt ist, um liberal-demokratische Systeme zu bezeichnen, die auf Wahlanfechtung und das Recht der Bürgerinnen und Bürger zur Teilnahme basiert. Dieses Modell der low-intensity Demokratie wird von lokalen und globalen Eliten unterstützt, als eine Form der

Hegemonie, um politische Stabilität in der neuen globalen Wirtschaft zu gewährleisten. Es wird beabsichtigt, tiefere Vorstellungen von Demokratie vorzubeugen, die soziale und ökonomische Dimensionen beinhalten und die low-intensity Demokratie herausfordern (vgl. Burron 2010: xiii – xiv).

In Rebecca Fishers (vgl. 2013: 1) Sammelband wird argumentiert, dass die anti-demokratische Natur des globalen Kapitalismus abhängig von der Manipulation des Konzeptes der Demokratie ist, um zu überleben. Weit davon entfernt einen offenen Dissens zuzulassen, begrenzt die heutige Demokratie die Teilnahme der Bevölkerung, manipuliert die öffentliche Meinung und vereinnahmt oder unterdrückt politischen Dissens, um Kapitalismus von der Bedrohung der genuin Demokratie zu schützen.

Demokratieförderung wird durch eine Reihe von Akteuren „überliefert“, die ideologisch auf verschiedene Zivilgesellschaften und politische Parteien zielen. Es wird argumentiert, dass die Debatte über Demokratieförderung vs. Interventionismus weniger damit zu tun hat, dass die USA Polyarchie begünstigen, sondern, dass die USA ihre Förderung für Polyarchie dafür verwenden, die Sozialdemokratie zu untergraben. Die Verteidiger haben in dem Punkt recht, dass eine Vielzahl an Akteuren an der Förderung von Demokratie beteiligt sind und das Pluralismus des öfteren ihren Ansatz definiert. Jedoch tendieren sie dazu, die Wege zu übersehen, in denen die Förderung von Demokratie mit außenpolitischen Zielen verbunden wird, welche den Rahmen der Sozialdemokratie begrenzt. Nicht zu vergessen, die Fälle, in denen Demokratieförderung manipuliert wird, um ideologische Agenden durchzuführen, die selektiv und strategisch, Autokraten und Demokraten definieren (und ja, oft auf Kosten der Sozialdemokratie und anderer demokratischer Visionen) (vgl. ebd. xiv – xv).

Meine Arbeit baut auf einer neo-gramscianischen Kritik der Demokratieförderung auf, dessen Pionier William Robinson ist, der argumentiert, dass die Förderung von Demokratie eine transnationale Praxis ist, bestimmt um eine low-intensity Demokratie zu sichern und zu stabilisieren, als das politische Gegenstück zur neoliberalen Globalisierung. Robinson hat bereits in seinem weit bekannten Buch (1996) *Promoting*

Polyarchy: Globalization, US Intervention, and Hegemony demonstriert (darin hat er die Philippinen, Chile, Nicaragua und Haiti analysiert), dass die US-amerikanische Förderung von Demokratie, normalerweise Polyarchie befördert. Polyarchie ist eine Form von Demokratie mit niedriger Intensität, d.h., es ist eine dauerhafte Form von sozialer Kontrolle. Dies geschieht durch die Beschränkung sozialer Kämpfe durch einen liberal-institutionellen Rahmen. Als eine Form von Hegemonie hilft Polyarchie die neoliberale Ordnung zu reproduzieren. Polyarchie bietet einen politischen Code, der die demokratische Kontrolle über die Wirtschaft beschränkt und heiligt die Logik des Marktes. Dieser Ansatz ermöglicht ein breiteres Verständnis der Vielfalt von Demokratieförderungsstrategien, Taktiken und Praktiken.

In meiner Masterarbeit beziehe ich mich auf das Forschungsfeld der US-amerikanischen Demokratieförderung in der MENA Region unter der Bush und Obama Administration. Die gramscianische Hegemonietheorie wird dabei meine theoretische Perspektive bilden. Ich möchte aufzeigen, dass die erwarteten Veränderungen bezüglich der Obama Außenpolitik in der MENA Region, nur methodischer Natur sind. Die Obama Administration ist in Kontinuität mit der US-amerikanischen Langzeitstrategie, die ich als ein Streben nach Hegemonie in der MENA Region definiere. Demokratieförderung ist also mit einem Streben nach Hegemonie gleichzusetzen. Es lässt sich eine Makro-Kontinuität in den Zielen von Bush und Obama erkennen und eine Mikro-Kontinuität in den jeweiligen Methoden der Förderung von Demokratie. Die Makro-Kontinuität ist mit der Langzeitstrategie gleichzusetzen und die Mikro-Kontinuität mit dem jeweiligen strategisch-methodischen Vorgehen.

Meiner Hauptargumentation nach, ist die USA bestrebt die autoritären Regime in der MENA Region graduell, in hegemoniale Demokratien zu transformieren. Unter hegemoniale Demokratien verstehe ich die Staaten in der MENA Region, die die US-amerikanische Vorstellung von Demokratie internalisieren. D.h., die damit verbundenen Werte und Normen als gesellschaftlichen Rahmen etablieren. Dazu benötigt die USA eine Elite, die nach ihren wirtschaftlichen (neoliberal) und politischen Spielregeln handeln. Hegemonie wird demnach versucht durch die Demokratieförderungsstrategien

zu erreichen. Die USA ist bestrebt, durch die Förderung von Demokratie, eine Reihe von politischen, ökonomischen und sozialen Reformen in der MENA Region zu fördern, um die Bedingungen für den gesellschaftlichen Wandel zu gewährleisten. Die autoritären Regime sollen nämlich mit Hilfe der Reformen, die in dem Deckmantel der Demokratieförderung gehüllt sind, durch eine auf Eliten basierende Demokratie ersetzt werden. Zur Realisierung dieses Vorhabens, setzte sowohl Bush als auch Obama auf Strategien der konsensualen Herrschaft der sozialen Kontrolle. Anknüpfend an die gramscianische Tradition, ist die Zivilgesellschaft der Ort, an dem der gesellschaftliche Wandel in der MENA Region stattfindet. Der methodische Unterschied zwischen Bush und Obama ist, dass sich die Bush Administration mehr auf politische Reformen stützte und sich ihr strategischer Ansatz stärker über eine Kooperation mit den autoritären Regimen definierte. Dennoch wandelte sich dieser Ansatz allmählich zu Gunsten einer auf die Zivilgesellschaft konzentrierten Förderung von Demokratie. Der methodische Unterschied zur Obama Administration ist die Förderung von ökonomischen und sozialen Reformen. Gleichwohl ist Obama in Kontinuität mit der US-amerikanischen Langzeitstrategie und setzt noch mehr als sein Vorgänger auf die Zivilgesellschaft. Der allgemeine methodische Unterschied zu dem konsensualen Ansatz wäre, eine auf Zwang basierende Kontrolle. Die kürzlichen „demokratischen“ Umbrüche in der MENA Region sind meiner Argumentation nach, zum Teil die Folge der US-amerikanischen Langzeitstrategie, die autoritären Regime mit Hilfe der Zivilgesellschaft in hegemoniale Demokratien zu transformieren.

Kurz gesagt, US-amerikanische Demokratieförderung ist ein neokoloniales Unternehmen, das versucht Ökonomien für kapitalistische Interessen zu öffnen, Werte aufzuerlegen und heimlich einen Regimewechsel herbeizuführen (vgl. Bridoux, Kurki 2014: 101).“ Meine Arbeit soll keine Kritik an der USA per se sein, sondern mir geht es in erster Linie darum, die mit meiner politikwissenschaftlichen Perspektive einhergehenden hegemonialen Strategien sichtbar zu machen.

1.2 Gestaltung der Arbeit

Methodisch gehe ich in meiner Arbeit vergleichend vor. Ich stelle die jeweiligen

Ansätze der Bush und Obama Administration vergleichend gegenüber. Da sich die Obama Administration u.a. auf den institutionellen Aufbau seines Vorgängers stützt, hebe ich aus dieser Konsequenz andere Aspekte seiner Strategien hervor. Auch sind die Umstände unter denen sich die beiden Administrationen wiederfinden unterschiedlich, demnach werden auch hier die jeweiligen Aspekte vor dem Hintergrund der Forschungsfragen beleuchtet und nicht versucht zwei gleichwertige Aspekte miteinander zu vergleichen. Die einzelnen Kapitel sind in der Regel so angeordnet, dass sie dem Leser ein logisches Verständnis von den hegemonialen Ansätzen der USA liefert. D.h., ich diskutiere z.B. zuerst das Netzwerk der Demokratieförderer, bevor ich auf die einzelnen operierenden Akteure der non-violence eingehe. Diese Gliederung soll das Verständnis für den Ansatz der Hegemoniebildung vereinfachen.

1.2.1 Aufbau der Arbeit

Der Aufbau meiner Arbeit gliedert sich in acht Kapitel. In dem 2. Kapitel zu meinem theoretischen Ansatz diskutiere ich den gramscianischen Hegemoniebegriff. Die zentralen Begriffe der Hegemonietheorie werden gesondert betrachtet. Im 3. Kapitel diskutiere ich, inwiefern es Sinn macht, dass US-amerikanische Agieren im internationalen System als hegemonial oder imperial zu theoretisieren. Das 4. Kapitel bezieht sich auf die Entwicklungsfaktoren und Konsequenzen, die zur US-amerikanischen Förderung von Demokratie geführt haben. Das 5. Kapitel befasst sich mit dem Begriff der Demokratie und der Demokratieförderung. Im darauffolgenden 6. Kapitel skizziere ich die Ansätze und Begründungen der jeweiligen Demokratieförderung unter der Bush und Obama Administration. Die Förderung von Demokratie wird in dieser Gegenüberstellung vor dem Hintergrund der Kontinuität dargestellt, der regionale Bezug wird nur peripher diskutiert.

Die empirische Betrachtung gliedert sich in zwei Kapitel. Eine regionale Betrachtung der MENA Region in Kapitel 7. und eine Fallanalyse anhand des Beispiels Ägypten im 8. Kapitel. Vorab sei zu erwähnen, dass es unmöglich ist, im Rahmen meiner Masterarbeit die jeweiligen Untersuchungsebenen explizit nach Polyarchie zu analysieren. Eine solche Beurteilung würde einen weit aus größeren

Untersuchungsaufwand erfordern. Um dennoch Robinson's Ansatz gerecht zu werden und einen roten Faden in meiner Arbeit sicherzustellen, analysiere ich die beiden Untersuchungsebenen nach folgenden gemeinsamen Aspekten: Ich werde die Bedingungen und Umstände (liberal-institutioneller Rahmen) aufzeigen, unter denen die USA einen politischen Wandel herbeiführen wollen und gleichzeitig versuchen, ihre materiellen Interessen zu sichern bzw. zu implementieren. In diesem Kontext werde ich die Institutionen, Mechanismen und Strategien der Förderung von Demokratie aufzeigen, die die Meinungen und Handlungen in der MENA Region beeinflussen, kontrollieren und unterdrücken im Namen der Demokratie. Um meiner konzeptionellen Annahmen gerecht zu werden, betrachte ich diese Aspekte vor dem Hintergrund der Kontinuität der Langzeitstrategie zwischen Bush und Obama.

Darüber hinaus wird die regionale Perspektive im Rahmen der Freedom Agenda analysiert. Die zivilgesellschaftlichen Institutionen und ihr institutioneller Rahmen stehen dabei im Mittelpunkt der Demokratieförderung unter Bush. Ich betrachte die Institutionen vor dem Hintergrund der Verbreitung von Amerikas liberal-demokratischer Ideologie. Dahingehend richte ich meinen Fokus auf die Formulierung, die Fähigkeit zur Interessenverallgemeinerung, Kompromisslösung und Kontrolle der jeweiligen institutionellen Ressourcen. Der Abschnitt zur Obama Administration befasst sich mit der Frage, inwiefern er mit dem institutionellen Erbe seines Vorgängers umgeht und diskutiert die Rolle der Zivilgesellschaft in seinem neuen Ansatz. Ziel der regionalen Analyse ist die Langzeitstrategie vor dem Hintergrund ihrer hegemonialen Fähigkeit zu betrachten.

Im 8. Kapitel werde ich die US-amerikanische Förderung von Demokratie anhand des Fallbeispiels Ägypten analysieren. Beginnend skizziere ich den Wandel der Strategie zur Förderung von Demokratie unter Bush. Dabei gehe ich auf die Zivilgesellschaft ein und diskutiere den Stellenwert den sie in der neuen Strategie einnimmt. In den folgenden Unterpunkten liegt der Fokus besonders auf der Kooptierung und Neutralisierung von NGOs und sozialen Bewegungen. Ägyptische Aktivisten werden im nächsten Abschnitt als Organische Intellektuelle diskutiert und ihre Funktion in

einem Netz von Strategien zur Förderung von Demokratie. Die Rolle der Medien in der Demokratieförderung werden anschließend diskutiert. Die anfänglichen Beziehungen der Obama Administration zu Ägypten werden darauffolgend vor dem Hintergrund der Kontinuität durchleuchtet. Bezüglich des Arabischen Frühlings verdeutliche ich den inhärenten Klassenkampf der in Ägypten damit verbunden ist. Ich diskutiere die Organischen Intellektuellen die im ägyptischen Netzwerk der Demokratieförderung eine wichtige Rollen spielen. Die Rolle der sozialen Netzwerke bei der graduellen Transformation Ägyptens wird diskutiert. Schlussendlich diskutiere ich warum es zu einem Sturz Morsi's kam und welche Rolle al-Sisi als neuer Präsident einnimmt.

1.3 Forschungsfragen und Hypothesen

Über die leitenden Forschungsfragen hinaus, versuche ich folgende Fragen im Laufe meiner Arbeit zu beantworten: Welche Strategien und Methoden verwenden die USA im Rahmen der Demokratieförderung? Hat die US-amerikanische Demokratieförderung zu einem demokratischen Wandel der MENA Region beigetragen? Welche Rolle nimmt die Zivilgesellschaft bei der Transformation der MENA Region ein?

Aus meiner oben beschriebenen Argumentation leiten sich folgende Forschungsfragen und Hypothesen ab:

Forschungsfragen

- 1.** Führt die Obama Administration zu einem Bruch mit der US-amerikanischen Demokratieförderung in der MENA Region?
- 2.** Kann man von einer US-amerikanischen Hegemonie in der MENA Region sprechen?

Hypothesen

- H1.** Die Obama Administration ist in Kontinuität mit der US-amerikanischen Langzeitstrategie.
- H2.** Die USA ist bestrebt die MENA Region entlang des demokratischen Paradigmas graduell zu transformieren.
- H3.** Demokratieförderung ist Regimewechsel.

2. Theorie

„Staat ist weder eine neutrale und zweckrationale Instanz, noch das „Instrument“ der herrschenden Klasse(n), sondern die spezifische und materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse (Poulantzas 1978, zit. nach Brand/Görg/Wissen 2007a, 225).“

Der Ausgangspunkt Gramscis Überlegungen ist der Nationalstaat. Gramscis Überlegungen im Gefängnis befassten sich nämlich mit dem Scheitern der italienischen ArbeiterInnenbewegung (vgl. Opratko 2010: 31). Die zentrale Frage Gramscis, befasst sich mit der Zustimmung der Subalternen zu den beherrschenden Verhältnissen, denn auf umkämpfter Weise wird über greifbare Kompromiss- und Einbindungsprojekte die Hegemonie ständig neu reproduziert (vgl. Opratko 2012: 30). Wie lässt sich aber diese Reproduktion auf internationaler Ebene verstehen. Auf diese Frage geben die sogenannten Neogramscianer eine Antwort. Konträr zum Neorealismus in den Internationalen Beziehungen, der den Nationalstaat als einzigen Akteur des internationalen Systems begreift und Machtbeziehungen auf quantifizierbare Ressourcen reduziert, „führen die Neogramscianer die zum Staat quer liegende Dimension von Klasse ein und entwickeln ein Konzept von Macht, dass vor allem auf die Fähigkeit rekurriert, die jeweils partikularen Interessen zu universalisieren (Scherrer 2006: 1).“ Gramscis Interesse war es unter anderem die Mechanismen bürgerlicher Herrschaft innerhalb westlicher Staaten zu erkennen, die neogramscianischen Autoren weiten dieses Erkenntnisinteresse auf die transnationalen Kooperations-, Macht- und Gewaltverhältnisse aus (vgl. ebd: 2). Meine theoretischen Betrachtung wird demnach auf der Weiterentwicklung des gramscianischen Ansatzes liegen, ihn entfalten und für eine empirische Forschung der Internationalen Beziehungen nutzbar machen.

Zunächst erfolgt die theoretische Abgrenzung des Neogramscianismus vom Realismus und Liberalismus. Darauf folgt die Darstellung des Hegemoniebegriffs, wie er in den Gefängnisheften entwickelt wurde. Die zentralen Begriffe der Hegemonietheorie werden gesondert betrachtet. Der Reihe nach gehe ich auf die Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft ein, den integralen Staat, die Intellektuellen und den Konsens. Ziel ist es, die Basis des Hegemoniebegriffs zu entfalten, um darauf aufbauend, dass neogramscianische Verständnis zu entwickeln. Da ich einen analytischen Rahmen für

die Analyse der internationalen Beziehungen entwickeln möchte, bezieht sich meine Betrachtung auf folgende Aspekte der Theorie: „(1) Bezugsrahmen und Grenzen von Hegemonie. (2) Struktur- und Handlungsdimension von Hegemonie. (3) Subjekte, AdressatInnen und TrägerInnen von Hegemonie (vgl. Opratko 2012: 21).“

2.1 Theoretische Begründung für die verwendete Theorie

Als Theorie verwende ich die gramscianische Hegemonietheorie bzw. den Neogramscianismus. Diese Theorie lässt sich dem historischen Strukturalismus zuordnen. Ich bevorzuge diese Theorie im Bezug auf ihre Analysetiefe und ihrer Komplexität weil sie mir gegenüber dem Realismus und Liberalismus Vorteile verschafft. Im Folgenden werde ich dafür einige Argumente aufführen:

Der Realismus konzentriert sich nur auf die Machtpolitik der Staaten. Dabei werden die Staaten im Inneren als homogen betrachtet. Innerhalb des Staates werden damit wichtige Individuen und Gruppen mit verschiedenen Interessenlagen ausgeblendet. Den marktbedingten Beziehungen von Individuen und Gruppen wird damit keine Aufmerksamkeit geschenkt. Die Produktionsverhältnisse und die daraus resultierenden Klassenverhältnisse werden ignoriert. Der Realismus schaut also auf die Machtpolitik von Staaten, ohne bei der Dynamik die historische Interdependenz von Produktionsbedingungen zu erkennen. Folglich kann die Analyse von homogenen Staaten als die einzigen wesentlichen Akteure im internationalen Kontext als deutlich verkürzt eingeschätzt werden. Die realistische Perspektive erreicht im Bezug auf meine Forschungsfrage, aufgrund der mangelnden Durchdringung mehrerer Analyseebenen und der unterkomplexen Dynamik die niedrigste Analysetiefe und Erklärungskomplexität (vgl. Trump 2012: 9).

Eine eindeutige höhere Komplexität und Analysetiefe erlangt im Gegensatz dazu die liberale Ausrichtung. Auf der Handlungsebene ist der Fokus nicht mehr nur auf Staaten, sondern auch auf Individuen, Gruppen und Unternehmen. Dabei wird ihren konkurrierenden Eigeninteressen auf den Märkten eine große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Ebene der Produktionsverhältnisse wird aber auch hier ausgeblendet.

Hier gehen die Liberalen von der Annahme aus, dass die Märkte immer zum Wohlstand aller beitragen. Die Konkurrenzsituationen auf dem Markt werden zwar analysiert, die durch die Produktionsverhältnisse bedingten entgegengesetzten Klasseninteressen und den damit einhergehenden verbundenen ausbeuterischen Charakter der kapitalistischen Wirtschaft werden jedoch genau wie im Realismus ausgeblendet. Demgemäß ist die unhinterfragte Gleichsetzung von marktorientierter Interdependenz mit Wohlstand für alle äußerst prekär und in dieser Hinsicht auch als unterkomplex zu beurteilen, zumindest im Vergleich zur Analyse der historisch-strukturalistischen Perspektive (vgl. ebd. 10).

Die historisch-strukturalistische Ausrichtung entwickelt aus den Produktionsbedingungen und konkret über den Besitz der Produktionsmittel gesellschaftliche Klassen, deren Teilhaber stehen jeweils in permanenten Wettbewerb zueinander. Namentlich sind es die Kapitalisten, die versuchen einen äußerst hohen Mehrwert über die Ausbeutung der Arbeitskraft zu erzeugen und die Arbeiter konkurrieren ihrerseits, um überhaupt Arbeitsplätze zu erhalten. Der Staat wird als diejenige Instanz verstanden, die das Recht auf Privateigentum schützt. Somit wird der Staat, anders als beim Realismus, nicht als eine neutrale Black Box verstanden. Der Staat wird als der Staat der Kapitalisten verstanden, über den die institutionalisierte Unterdrückung der Arbeiterklasse organisiert wird. Hinzu kommt, dass die Kapitalistenklasse notfalls über den Staat versuchen, auch militärisch neue Märkte zu erschließen, sobald die Kapitalakkumulation innerhalb der nationalen Grenzen ausgereizt wurde. Internationale zwischenstaatliche Konflikte können entstehen, wenn andere kapitalistische Staaten gleichermaßen um neue Märkte konkurrieren (vgl. ebd. 10).

Die theoretische Durchsetzung aller drei Analyseebenen (Machtverhältnisse der Staaten, Marktverhältnisse der Individuen, Gruppen und Unternehmen sowie Produktionsverhältnisse insgesamt), ist nur durch den historisch-strukturalistischen Ansatz gegeben. Folglich ist der hier beschriebene historisch-strukturalistische Ansatz mit dem größten Komplexitätsgrad und der weitreichendsten Analyseebene versehen.

Aufgrund dieser herausragenden Stellung im Feld der IPÖ wird die historisch-strukturalistische Perspektive im Rahmen meiner Arbeit grundsätzlich als die geeignetste Perspektive angesehen, um meine Fragestellung plausibel zu beantworten. Wie ich in meiner Arbeit noch zeigen werde, ist der Neogramscianismus nicht mit der klassischen marxistischen Perspektive gleichzusetzen, sondern ist mit seinen Konzepten der Hegemonie und des integralen Staates als theoretisch komplexer zu beurteilen (vgl. ebd. 10 – 11).

2.2 Bezugsgrößen der Hegemonie

Die Unterschiede in der Beurteilung von Hegemonie stehen im Zusammenhang mit der Frage, wer Hegemonie ausübt. Wie diese Frage beantwortet wird, und zwar ausgenommen davon, ob dies explizit oder implizit geschieht, bestimmt die Richtung für die Beurteilung von bestimmten Machtkonstellationen (vgl. Scherrer 2007: 75). Ich gehe davon aus, dass die USA die Richtung des Diskurses vorgibt. Dementsprechend werden die Machtkonstellationen in die Analyse mit einbezogen, die sich entlang dieses Diskurses bilden. Die für die empirische Erforschung notwendige sachliche, räumliche und zeitliche Spezifizierung der Bezüge von Hegemonie wird im Folgenden präziser bestimmt. Das sachliche Hegemonie-Spektrum reicht in seinem äußersten Maße vom allumfassenden historischen Block, bis hin zu einzelnen Politikfeldern. In meiner Betrachtung werde ich mich auf das Forschungsfeld der US-amerikanischen Demokratieförderung und im Besonderen auf die Beziehung der USA und der MENA Region nach dem 11. September beziehen. Demnach kann Hegemonie sich „in einem Fall auf den Kitt von Akkumulations- und Regulationsstruktur beziehen (vgl. ebd. 76),“ und in meinem Fall, auf die Fähigkeit einer Gruppe, in einem bestimmten Feld ihre Interessen recht umfassend zu universalisieren.

Die räumliche Reichweite von Hegemonie kann sich von der nationalen bis hin zur globalen Ebene erstrecken. Ich werde die Hegemonie ausgehend von der globalen Ebene analysieren und exemplarisch regionale Initiativen bzw. Institutionen mit einbeziehen (vgl. ebd. 76 – 77). Die Analyse Gramscis des Fordismus und Amerikanismus hat gezeigt, dass Hegemonie sich auch auf einzelne Phasen und

Entwicklungsweisen des Kapitalismus beziehen kann bzw. als Kategorie zur Analyse verwendet werden kann (vgl. Opratko 2010: 53). Ich werde der MENA Region demnach eine besondere Aufmerksamkeit schenken, da Demokratieförderungsstrategien als eine strategische Notwendigkeit verstanden wird, um den islamistischen Terror zu begegnen und der hegemoniale Anspruch der USA in dieser Region explizit formuliert wurde. Die zeitliche Bestimmung des Horizontes der hegemonialen Konstellationen erfolgt über eine Retrospektive, die deskriptiv den Zeithorizont bestimmt. In meiner Analyse werde ich mich auf die Amtsphasen der Bush und Obama Administration beziehen, die sich von Anfang 2001 bis zum heutigen Datum erstreckt (vgl. ebd. 76 – 77).

Strukturelle Zwänge auf Einstellungen zum gegenwärtigen Zustand der Verhältnisse sind schwer zu messen. Aus diesem Grund werde ich in meiner empirischen Analyse die eigentlichen Einstellungen und Interessen eher peripher anschneiden. Stattdessen werde ich an der Oberfläche ansetzen, an dem, was gesagt, geschrieben und getan wurde. In dem Sinne werde ich zunächst den Grad der Universalisierung ursprünglich partikularer Interessen nachgehen und zudem das Ausmaß an aktiver bzw. passiver Zustimmung ermitteln (vgl. ebd. 78 – 79). „Die Frage, wie stark ein bestimmter historischer Block auf Zwangsmomente angewiesen ist um seine Reproduktion zu gewährleisten, kann ein wichtiger Hinweis auf seine „hegemoniale Qualität“ sein (vgl. Opratko 2010: 56).“ Die Unterscheidung von hegemonialen und nicht-hegemonialen Strategien und Verhältnissen lässt sich an der Frage festmachen, ob „die herrschende Klasse in bestimmten Hinsichten von ihren besonderen Interessen abrückt und Konzessionen gegenüber den Klassen macht, die sie regieren will (Demirovic 2006, zit. nach Opratko 2010, 57).“

2.3 Das Hegemoniekonzept von Antonio Gramsci

Gramscis Begriff der Hegemonie ruht, wie er selbst sagt, auf einem fundamentalen Text von Marx, dem 1859 Vorwort zum „A Contribution to a Critique of Political Economy“ welches er in Teilen in seinen Gefängnisheften übernahm (vgl. Boothman 2008: 201 – 202). In diesem Zusammenhang ist die Rede von der marxistischen Konzeption des

Basis und Überbau, die Gramsci auf einer anti-ökonomischen Weise las. Aus diesem Vorwort schliesst Gramsci, dass sich verändernde sozioökonomische Umstände nicht von selbst politischen Wandel produzieren. Sie setzen nur die Bedingungen, unter denen solch ein Wandel möglich wird. Was entscheidend ist um diesen Wandel hervorzurufen, sind die Kräfteverhältnisse die auf der politischen Ebene zu erreichen sind, der Grad an politischer Organisation und der Kampfgeist der Gegenkräfte, die Kraft der politischen Allianzen welche dafür sorgen das politische Bewusstsein zusammenzuführen, oder die Vorbereitung eines Kampfes auf ideologischen Terrain. Es ist dieser Kontext der das zentrale Konzept der Hegemonie hervorbringt (vgl. Forgacs 1988: 190). Die theoretisch-politischen Begriffe Gramscis wie z.B. Hegemonie-Apparate, Intellektuelle etc. werden demnach überwiegend im Laufe der historischen Analyse, der Entfaltung des einheitlichen italienischen Staates, entwickelt. Die Beziehung der Theorie zur Geschichte ist also fern davon, sich in einen platten Empirismus zu verlieren, sondern arbeitet auf produktive Weise (vgl. Buci-Glucksmann 1981: 53).

Im Folgenden werde ich den Begriff der Hegemonie genauer bestimmen. Der Ausgangspunkt Gramscis Hegemoniekonzept ist, dass eine Klasse und ihre Repräsentanten, Macht über untergeordnete Klassen ausüben, durch Zwang und Überzeugung. In seinen Gefängnisheften bezieht sich Gramsci auf Machiavelli's griechisch mythischen Figur des Zentaur, halb Tier und halb Mensch, als ein Symbol der dualen Perspektive in politischen Handeln. Dieses handeln bezieht sich auf einer Ebene des Zwangs und Konsens, Autorität, Hegemonie, Gewalt und Zivilisation. Hegemonie ist eine Beziehung, nicht im Sinne von Dominanz durch Gewalt, sondern durch Konsens mit Hilfe von politischer und ideologischer Führung. Es ist eine Organisation von Konsens. Die Verwendung des Begriffes Hegemonie in einem gramscianischen Sinne, muss von der original griechischen Bedeutung unterschieden werden, der Vorherrschaft einer Nation über eine Andere (vgl. Simon 1988: 21).

Einer der Hauptstränge der zu Gramscis Hegemoniebegriff führt, entwickelte sich aus der Debatte innerhalb der Dritten Internationale. Die Debatte drehte sich um die

Strategie der bolschewistischen Revolution sowie die Errichtung eines sozialistischen Sowjetstaates. In diesem Kontext waren einige Interpreten bestrebt, Gramscis Gedanken mit denen Lenins zu kontrastieren (vgl. Cox 1998: 70). Für Lenin war Hegemonie eine Strategie der Revolution, eine Strategie, welche die Arbeiterklasse und ihre Repräsentanten annehmen sollten, um die Unterstützung der Mehrheit zu gewinnen. Gramsci fügt eine neue Dimension hinzu, indem er die Praxen der kapitalistischen Klasse oder ihrer Repräsentanten inkludiert. Die Praxen umfassen Strategien wie man die Staatsmacht erringen kann und wie man diese Macht erhalten kann, sobald sie errungen wurde (vgl. Simon 1988: 22). Wichtig ist es zu bemerken, dass Lenin sich sowohl auf das russische Proletariat als herrschende als auch auf führende Klassen bezieht. „Dominanz impliziert Diktatur, Leitung hingegen die Führung bei gleichzeitiger Zustimmung seitens der verbündeten Klassen [...] die Arbeiterschaft übt demnach über die verbündeten Klassen Hegemonie, über die feindlichen Klassen Diktatur aus (vgl. Cox 1998: 71).“ Gramsci unterscheidet zwischen Dominanz (Zwang) und intellektuelle und moralische Führung (vgl. Simon 1988: 22). Dazu schreibt Gramsci in einem Kommentar zur italienischen Einigungsbewegung:

„Eine gesellschaftliche Gruppe ist herrschend gegenüber den gegnerischen Gruppen, die sie auszuschalten oder mit Waffengewalt zu unterwerfen trachtet, und sie ist führend gegenüber den verwandten und verbündeten Gruppen. Eine gesellschaftliche Gruppe kann und muss sogar führend sein, bevor sie die Regierungsmacht erobert (das ist eine der Hauptbedingungen für die Eroberung der Macht; danach, wenn sie die Macht ausübt und auch fest in den Händen hält, wird sie herrschend, muss aber auch weiterhin führend sein (Gramsci GH 1947, zit. nach Neubert 2001, 66).“

Diese Feststellung enthält nach Gramsci zwei wesentliche Postulate. Die Machtausübung besteht demnach aus zwei unterschiedlichen Funktionen. Einmal aus der Herrschaft und aus der Führung, das heisst Hegemonie. Herrschaft bedeutet, dass die Beherrschten aus der politischen Gesellschaft ausgeschlossen sind, dennoch einen Teil der Zivilgesellschaft darstellen, demnach erwächst die Hegemonie aus der Zivilgesellschaft (vgl. Neubert 2001: 66). Angesichts dieses Hegemonieverständnisses erweitert Gramsci seine Definition des Staates. Wenn der administrative, exekutive und repressive Apparat der Regierung wirklich durch die Hegemonie der führenden Klasse einer umspannenden Gesellschaftsformation begrenzt war, dann darf sich die Definition des Staates nicht durch diese Aspekte erschöpfen lassen. Ein ausgedehnter Begriff des

Staates müsste dementsprechend auch die Basis der politischen Struktur in der Zivilgesellschaft einbeziehen. Dabei dachte Gramsci an sehr konkrete historische Begriffe, wie z.B. die Kirche, das Bildungssystem, die Presse, „alle Institutionen, die dazu beitragen, in den Menschen jene Verhaltensweisen und Erwartungshaltungen zu erzeugen, die der hegemonialen sozialen Ordnung entsprechen (vgl. Cox 1998: 71 – 72).“ Eine herrschende Klasse und ihre Hegemonie verkuppelt demnach die konventionellen Kategorien von Staat und Zivilgesellschaft. Diese beiden Kategorien sind zwar analytisch immer noch ertragreich, aber eben nicht mehr im Sinne tatsächlich separierter Einheiten (vgl. ebd. 72). Die historische Erfahrung beweist, dass die offene Gewalt von den Herrschenden vor allem nur dann angewandt wird, wenn die Macht als gefährdet erachtet wird (vgl. Neubert 2001: 66). Gramsci transformiert Hegemonie von einer Strategie (wie bei Lenin) in ein Konzept, das als ein Werkzeug zum Verstehen und Verändern von Gesellschaft fungiert (vgl. Simon 1988: 22).

Nach Brand (vgl. 2005: 9) kann man unter Hegemonie folgendes verstehen:

„Hegemonie ist die Fähigkeit herrschender Gruppen und Klassen, ihre Interessen durchzusetzen, so dass sie von subalternen Gruppen und Klassen als Allgemeininteresse angesehen werden und als weitgehend gemeinsame gesellschaftliche Vorstellungen über die Verhältnisse und ihre Entwicklung gibt. Insofern erzeugt Hegemonie einen Konsens der Regierten.“

Unter Hegemonie kann man entweder die explizite Zustimmung zu bestehenden Verhältnissen und Praktiken verstehen oder aber wenigstens ihre passive Hinnahme. Konsens wird nicht als ein harmonischer Interessenausgleich verstanden. Vielmehr wird der Begriff vor dem Hintergrund gesehen, dass sich im politischen Prozess die Interessen artikulieren und teilweise sich erst herausbilden. Die Institutionalisierung von Kämpfen verläuft über soziale (asymmetrische) Kompromisse, in denen die maßgeblichen und artikulierenden Interessen mehr oder weniger berücksichtigt werden. Hegemonie wird nicht nur über den Staat, sondern auch über die gesamte Gesellschaft hergestellt. Der Ort der Kämpfe um Hegemonie wird nach Gramsci in der Zivilgesellschaft ausgetragen. Ein weiterer wesentlicher Aspekt von Hegemonie ist es, dass die Herrschenden, die diskursiven und institutionellen Bereiche der Kontroversen und Kompromissbildung vorgeben. Nicht zu vernachlässigen sind hegemoniale Verhältnisse, mit denen sich ein Großteil der Menschen arrangiert haben, da sie als

alternativlos erachtet werden (vgl. Brand 2005: 9 – 10).

Die Hegemonie einer Klasse erfordert nach Gramsci, dass sie erstens die Güterproduktion produktiv organisiert, zweitens fähig ist, die Interessen anderer Gruppen zu beachten, und drittens, dass sie die kulturelle Führung innehat. Die hegemoniale Klasse durchwandert nach Gramsci idealtypisch drei Phasen, die mit der von ihm vorgenommenen Aufteilung der Gesellschaft in eine sozioökonomische Basis, eine Zivilgesellschaft und eine politische Gesellschaft korrespondiert (vgl. Scherrer 2007: 73). Die drei Phasen um Hegemonie ausüben zu können, sind wie folgt: Die erste Phase wäre die (1) ökonomisch-korporative Phase, (2) die ethisch-politische Phase und (3) die hegemoniale Phase. 1. Die erste und elementarste Phase besteht, wenn der Kaufmann sich verpflichtet fühlt an einem anderen Kaufman festzuhalten, oder ein Fabrikant an einem anderen Fabrikanten etc., aber der Kaufman fühlt sich nicht solidarisch mit dem Fabrikanten. Die Mitglieder einer Berufsgruppe sind sich ihrer gemeinsamen Interessen sicher und der Notwendigkeit sich zu organisieren, sind sich aber nicht der Notwendigkeit bewusst, sich mit anderen Gruppen der selben Klasse zusammenzuschliessen (vgl. Simon 1988: 23 – 30). Die Forderungen in dieser Phase sind borniert und egoistisch auf ihre ökonomischen Interessen bedacht. Die Gruppen müssen aber fähig sein Strategien zu entwickeln, um ihre Interessen zu universalisieren. Dies setzt aber den Verzicht auf kurzfristige Interessenrealisierung voraus, dadurch gelangen sie zur nächsten Phase. 2. Die zweite und mehr fortgeschrittene Phase besteht, wenn das Bewusstsein über ein gemeinsames Interesse, eine ganze Klasse umfasst, aber sich immer noch ausschliesslich im Bereich der Wirtschaft befindet. Bereits an dieser Stelle stellt sich das Problem des Staates dar, aber nur in Bezug auf den Gewinn rechtlicher und politischer Gleichberechtigung mit der herrschenden Gruppe (vgl. ebd. 30). 3. Die letzte, die hegemoniale bzw. staatliche Phase wurde erlangt, wenn sie ihrem politischen Projekt eine staatliche Gestalt geben können und somit ihre zuvor in der bürgerlichen, sogenannten Zivilgesellschaft erlangte Hegemonie mit staatlichen Zwang panzern (vgl. Scherrer 2007: 73).

Nach Gramsci findet die Hegemoniebildung in einer passiven Revolution statt. Dies

kann man als eine Revolution ohne Revolution verstehen, die zudem auch Restauration ist, indem sie die bürgerliche Herrschaft nicht nur erhält, sondern auch entwickelt. Heutzutage spricht man davon, dass der Neoliberalismus solch eine Revolution-Restauration angestoßen hat. Damit ist im Grunde die Erneuerung kritischen Denkens gemeint, jenseits der alten Gewissheiten, nicht vor der Folie des Alten, des angeblich schon verstandenen, sondern hervorgehend aus der Qualität des Neuen (vgl. Candeias 2007: 18). Der Begriff der passiven Revolution wurde demnach dafür verwendet, einen Prozess des reformistischen Wandels von Oben zu beschreiben, welcher umfangreiche Zugeständnisse durch relative schwache hegemoniale Gruppen beinhaltet, oft in der Gestalt von populistisch nationalen Programmen, um die wesentlichen Aspekte der Sozialstruktur zu bewahren (vgl. Egan, Levy 2003: 807). Gramsci betont, dass die passive Revolution in Momenten sehr charakteristisch ist, in denen die Hegemonie der Bourgeoisie gefährdet ist und ein Prozess der Reorganisation als notwendig erscheint, um die Hegemonie wieder herzustellen. Es wird von einer passiven Revolution gesprochen, wenn relativ weitreichende Modifikationen im Bereich der sozialen und ökonomischen Struktur von Oben unternommen werden. Staatliche Einrichtungen führen dies aus und schließen die aktive Teilnahme der Bürger aus. Soziale Reformen, die durch die Gegenkräfte gefordert werden, werden vielleicht durchgeführt, aber auf einer Art und Weise, in der sie desorganisiert werden und jeder populäre Kampf gedämpft wird. Daraus folgt, dass die entsprechende Strategie der Arbeiterklasse, eine anti-passive Revolution sein muss, gegründet auf eine kontinuierliche Erweiterung von Klassen und demokratischen Kampf (vgl. Simon 1988: 24 – 25).

Hegemonie umfasst nicht nur die ökonomisch-korporative Phase und die ethisch-politische Phase, sondern beinhaltet notwendigerweise die Elemente der Universalisierung. Aus den einzelnen Interessen einer Klasse werden verallgemeinerte Bezugspunkte für Subalterne, aber nicht bezogen auf eine Manipulation, dass also den hegemonial eingebundenen Kräften ein „falsches“, ihren eigenen wirklichen Verlangen widersprechendes Bewusstsein eingeflösst würde, sondern durch eine Dynamik der Universalisierung, die bestimmte Bestandteile subalternen Bewusstseins, Alltagserfahrungen, historisch gewachsene Ideologien und materielles Begehren

miteinbezieht und in sich aufnimmt. Zudem gibt es Begrenzung in der Kompromissbereitschaft, die liegt dort, wo die soziale Grundlage der Macht einer Klasse herausgefordert wird, also letztlich in deren gesellschaftlicher Position (vgl. Opratko 2010: 37 – 38). Die herrschende Gruppe:

„setzt also ihre Interessen keineswegs in reiner Form durch, sondern durchdringt zum einen durch Verallgemeinerung und Polarisierung die der anderen Fraktionen, zum anderen nimmt sie durch den selben Vorgang der Verallgemeinerung deren Interessen in sich auf (Dimirovic 1987: 64).“

Hegemonie lässt sich nicht auf den jeweiligen politischen Block an der Macht reduzieren, sondern ist weiter gefasst. Der Begriff des Machtblocks beinhaltet die politische Klasse und stellt eine Seite des Widerspruchs zwischen Regierenden und Regierten dar, während ein sogenannter geschichtlicher Block die widersprüchliche Einheit von Regierten und Regierenden darstellt. Massgeblich für Gramsci ist es zu verdeutlichen, dass in einem geschichtlichen Block, als Träger von Hegemonie, als Artikulation der vielen gesellschaftlichen Realitäten und Interessen in einem Kompromiss, „Herrschende wie Beherrschte, Führende wie Geführte, Repräsentanten wie Repräsentierte mit eingeschlossen sind (Candeias 2007: 20).“ Der Sozioökonomische Inhalt und die ethisch-politische Form werden in solch einem geschichtlichen Block identisch, es gibt also keine Trennung von Basis und Überbau. Gramsci verwendet demnach den Begriff des historischen Blocks „to indicate the way in which a hegemonic class combines the leadership of a bloc of social forces in civil society with its leadership in the sphere of production (Simon 1988: 27).“ Die Übereinstimmung von Strukturen (Basis) und Superstrukturen (Überbau), die eine vergleichsweise Stabilität in einer bestimmten Phase kapitalistischer Entwicklung ermöglicht, nennt Gramsci also „geschichtlichen“ oder „historischen Block“ (vgl. Opratko 2010: 37).

In dem oben genannten Zusammenhang, führt Gramsci das Konzept des Bewegungskrieges und des Stellungskrieges ein. Das Konzept des Stellungskrieges verwendet eine militärische Metapher, um vorzuschlagen, wie die Gegenkräfte, hegemoniale Koalitionen von unten herausfordern können, um einen vergeblichen Frontalangriff gegen den verschanzten Gegner zu vermeiden. Der Stellungskrieg stellt

vielmehr eine langfristige Strategie dar, über mehrere Basen der Macht koordiniert, um Einfluss in den kulturellen Institutionen der Zivilgesellschaft zu gewinnen, organisatorische Kapazitäten zu entwickeln und neue Verbündete zu gewinnen. Wie im Spiel Schach, liegt die Macht nicht im Spielen einzelner Figuren, sondern in der Konfiguration von Kräften, jede Bewegung und Gegenbewegung eröffnet neue Möglichkeiten, um die Nähte des Historischen Blocks aufzureissen (vgl. Egan, Levy 203: 807).

In der vorangegangenen Betrachtung bin ich den Beziehungen von Klassen, sozialen Kräften und der Natur des politischen Kampfes in denen sie involviert sind, nachgegangen. In der kommenden Betrachtung diskutiere ich den Staat, der tiefgreifend die Kräfteverhältnisse beeinflusst und beeinflusst wird.

2.4 Zivilgesellschaft und politische Gesellschaft

Zunächst werde ich Gramscis Verständnis von der Zivilgesellschaft und der politischen Gesellschaft erläutern, um darauf aufbauend, an den Begriff des integralen Staates anzuschliessen. Vorab sei bezüglich dem analytischen Wert der Begriffspaare politischer- und Zivilgesellschaft zu erwähnen, dass es sich dabei um eine methodische Unterscheidung handelt. Gramsci selber spricht von einem Irrtum, wenn man aus einer methodischen Unterscheidung eine organische macht. Eindeutige Zuweisungen in einer komplexen gesellschaftlichen Realität lassen sich also nicht vornehmen. Die Konzepte sind analytische Begriffe, bei denen man notwendigerweise mit den Mitteln der Abstraktion vorgeht, erfasst so die Momente einer Dynamik, die selbst immer ein komplex strukturiertes dialektisches „Werden“ ist. Wenn Gramsci also zwischen politischer- und Zivilgesellschaft unterscheidet, dann um die vielfältigen Dimensionen der Praxis der Machtausübung im modernen Kapitalismus zu benennen, die immer ineinander verflochten sind (vgl. Opratko 2010: 36).

Die marxistische Tradition versteht den Staat als einen repressiven Apparat. Der Staatsapparat,

„der den Staat als repressive Gewalt der Ausführung und der Intervention kennzeichnet – im

Dienst der herrschenden Klasse, also im Klassenkampf, den die Bourgeoisie und ihre Verbündeten gegen das Proletariat führen, ist also ganz einfach der Staat und er definiert ganz einfach dessen grundlegende Funktion (Althusser 2012: 113).“

Gramsci versteht die Definition eines Staates als ein Instrument der herrschenden Klasse und als eine Maschine zur Unterdrückung einer anderen Klasse als fehlerhaft und ökonomistisch. Diese Betrachtung geht nämlich von einer mechanischen Beziehung zwischen der Wirtschaft und der Politik aus, oder etwas präziser, zwischen den Produktionsverhältnissen und dem Staat. In diesem Zusammenhang spricht man eher von einem Klassenreduktionismus, also die Neigung komplexe politische und ideologische Beziehungen auf Klassenbeziehungen zu reduzieren (vgl. Simon 1988: 67). Für Gramsci hat sich die historische Einheit der herrschenden Klasse im Staat realisiert. Dennoch ist der Staat durch Klassenkämpfe bzw. demokratische Kämpfe betroffen. Der Staat wird als ein kontinuierlicher Prozess der Formation und der Verdrängung von instabilen Gleichgewichten verstanden. Auch eine hegemoniale Klasse die im Staat vorherrscht, kann den Staat nicht einfach nutzen um seine Interessen anderen Klassen aufzuerlegen. Der Staat hat eine relative Autonomie von der herrschenden Klasse, ohne die er nicht das Gleichgewicht der Kräfte aufrechterhalten könnte (vgl. ebd. 67 – 68). Die staatliche Form als ein Ergebnis gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse ist selbst paradox und mannigfaltig in sich gespalten. Die Struktur des Staates lässt sich verändern, insofern sich die Kräfteverhältnisse innerhalb der Gesellschaft versetzen (vgl. Candeias 2007: 22). Für Gramsci kann der Staat nicht ohne ein Verständnis von Zivilgesellschaft verstanden werden.

Gramsci unterscheidet zwischen der zivilen Gesellschaft und der politischen Gesellschaft. Wie bereits erwähnt, unterscheiden sie sich nur in methodischer Hinsicht. In der gesellschaftlichen Realität bilden sie eine Einheit. Für Gramsci ist die politische Gesellschaft übereinstimmend mit dem Staat im engeren Sinne, womit Gramsci „die Gesamtheit der institutionalisierten politischen, juristischen und militärischen Machtstrukturen und Instrumente der herrschenden Klasse meinte, so z. B. die Gerichte, die Bürokratie, die Regierung, die Armee und die Polizei (Nicoll 2012: 73).“ Gramsci bezeichnet die zivile Gesellschaft als den erweiterten Staat. Diese Bezeichnung führt

aber leicht in die Irre. Der nichtstaatliche Teil der Gesellschaft wird als Zivilgesellschaft verstanden. Es ist also die Rede von den Institutionen und Organisationen, die die sozialen, kulturellen, geistigen oder religiösen Verbindungen und Betätigungen der Menschen regeln. Genau gesagt meint Gramsci damit die „Medien, die Familien, die Parteien, die Kirche, die Schulen und die unzähligen Kultur- und Sportvereine eines Landes (ebd. 73).“ Diese Erweiterung des klassischen Staatsbegriffes bzw. die Einheit aus politischer und Zivilgesellschaft nennt Gramsci den integralen Staat. Dieses Staatsverständnis drückt sich in der Formel „politische Gesellschaft + zivile Gesellschaft = integraler Staat“ aus, oder in der Sprache der Wirkungsweise „Herrschaft = Zwang + Konsens“ (vgl. Körtner 2005: 2).

Gramsci verwendet den Begriff politische Gesellschaft für Beziehungen die auf Zwang beruhen und in den verschiedenen Institutionen wie z.B. Gerichte bzw. alle Verwaltungsabteilungen etc. materialisiert sind. In letzter Instanz beziehen sich diese Institutionen auf die Effektivität der Staatsgewalt, also auf Zwang. Gramsci war sich aber wohl bewusst, dass die Aktivitäten des Staates mehr als nur Zwang sind und dass der Staat eine vitale Rolle in der Organisation von Konsens spielt (vgl. Simon 1988: 70). Demnach repräsentiert der Staat mehr als nur die repressive Seite. Der Gesetzgeber strebt nämlich eine maximale Effizienz an, dies wird nur erreicht, wenn der Zwang hinter die Momente des Konsens tritt. D.h., die Bedeutung des Staates lässt sich nicht auf seine Aufgabe als Kontrolleur der Gesellschaft reduzieren. Ideologische Funktionen, wie z.B. den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu gewährleisten, gehören auch immer zu seinem Portfolio. In diesem Sinne bedeutet Ideologie nicht falsches Bewusstsein, sondern eine von oben organisierte Weltauffassung, die als eine Kraft zu verstehen ist, die die Gesellschaft umorganisiert. Ideologie wird also mit der Realität gleichgesetzt, die sich im Alltagsverstand einnistet und damit ein Teil der Wahrheit wird (vgl. Candeias 2007: 22). In diesem Kontext versteht Gramsci den Staat auch als Erzieher, neue gesellschaftliche Herausforderungen werden an den Einzelnen angepasst, zum Einen durch Unterdrückung, zum Anderen durch die Eröffnung von Möglichkeitsräumen und Entwicklung der Individuen. Die politische Gesellschaft wird immer auch als ein pädagogisches Verhältnis verstanden. Aber nicht in einem von oben

nach unten Verhältnis, also kein normatives, sondern das Individuum wird zwar von den Umständen geformt, verändert aber diese Umstände in seinen alltäglichen Praxen. Die damit verbundenen Kämpfe beziehen sich nicht nur auf die politische Gesellschaft, sondern auch auf die Zivilgesellschaft (vgl. ebd. 22).

Die Zivilgesellschaft ist ein Resultat eines komplexen Netzwerkes von sozialen Praxen und sozialen Beziehungen, einschließlich dem Klassenkampf zwischen dem Kapital und der Arbeit. Die Zivilgesellschaft ist die Sphäre, in der Kapitalisten, Arbeiter und Andere in einem politischen und ideologischen Kampf verwickelt sind. Es ist nicht nur eine Sphäre des Klassenkampfes, es ist auch eine Sphäre der demokratischen Kämpfe, die sich aus den verschiedenen Möglichkeiten ergeben, in denen die Menschen zusammengefasst sind. Dies könnte das Geschlecht, Rasse, Generation, lokale Gemeinschaft, Regionen, Nationen und so weiter sein. Demnach ist es die Zivilgesellschaft in der die Kämpfe um Hegemonie stattfinden. In einigen Passagen der Gefängnishefte sagt Gramsci, dass die Zivilgesellschaft eine ethische oder moralische Gesellschaft ist, denn es ist die Zivilgesellschaft in der die Hegemonie der dominanten Klasse mit den Mitteln der politischen und ideologischen Kämpfe ausgebaut wird (vgl. Simon 1988: 69). Die Zivilgesellschaft wird also nicht als ein Ort des friedlichen Miteinander verstanden, denn auch in ihr findet man herrschaftsförmige Strukturen. Der Staat fördert für seine politischen Projekte und Handlungen öffentliche Kampagnen, er kümmert sich um die Elemente der Zivilgesellschaft und greift in Diskurse ein. Politik und Ideologie bilden damit nach Gramsci einen engen organischen Zusammenhang und drücken sich im integralen Staat aus (vgl. Candeias 2007: 23).

2.5 Organische und Traditionelle Intellektuelle

Wie sieht der Kampf um die Hegemonie, dass Wettstreiten um den Alltagsverstand im modernen Kapitalismus entsprechend Gramscis Auffassung aus? In dieser Auseinandersetzung spielen die Intellektuellen eine wesentliche Rolle. In der Hegemoniethorie wird der Begriff der Intellektuellen nicht in einem alltagsverständlichen Sinne verwendet, sondern er wird erweitert und bezieht sich auf bestimmte Funktionen von Machtverhältnissen und Strategien (vgl. Opratko 2010: 41).

Gramscis Grundgedanke ist folgender:

„Jede gesellschaftliche Gruppe schafft sich, während sie auf dem organären Boden einer wesentlichen Funktion in der Welt der ökonomischen Produktion entsteht, zugleich organisch eine oder mehrere Schichten von Intellektuellen, die ihr Homogenität und Bewusstsein der eigenen Funktion nicht nur im ökonomischen, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich geben (Gramsci GH, zit. nach Opratko 2010, 41).“

Das Entstehen einer spezifischen Klasse, wird durch die Organischen Intellektuellen übernommen. Das heisst, dass bei der Erringung und auch bei der Verteidigung von Hegemonie, die Intellektuellen eine wesentliche Rolle haben (vgl. Nicoll 2005: 75). Die wesentliche Aufgabe ist die Herstellung und Reproduktion eines hegemonialen gesellschaftlichen Konsens. Nach Gramsci sind alle Menschen Intellektuelle. Denn in jeder Arbeit, die eine noch so geringe Anforderung an das Individuum stellt, ist ein Minimum an intellektueller Tätigkeit gefordert. Dennoch kann man nicht davon ausgehen, dass jeder Mensch in der Gesellschaft die Funktion eines Intellektuellen übernimmt (vgl. Körtner 2001: 4). Für Gramsci sind diejenigen Intellektuelle, die an der Organisation der Hegemonie beteiligt sind. Intellektuelle führen den charakteristischen Prozess der Entwicklung von partikularen Interessen in eine kohärente Weltanschauung an. Hegemonie muss organisiert werden, weil Ideologie nicht nur ein Reflex ist, welcher automatisch aus den gesellschaftlichen Strukturen entspringt. Diese Organisation obliegt denen, die in der jeweiligen Gesellschaft die Funktion von Intellektuellen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung haben (vgl. Buckel 2009: 444). Im Feudalismus hatte der Priester das Monopol über die Superstrukturen: die religiöse Ideologie, d.h. die Philosophie und Wissenschaft der Epoche, darunter Schulen, Bildung, Moral, Gerechtigkeit, Nächstenliebe, Wohlfahrt usw.. Mit der Differenzierung der verschiedenen Sektoren in den kapitalistischen Gesellschaften, sind diese Positionen an verschiedene Hegemonieapparate verteilt (vgl. ebd. 444). In diesem Zusammenhang stellt Gramsci die Frage, nach der eigentlichen Funktion der Intellektuellen im integralen Staat, wo sie in der politischen und Zivilgesellschaft die Funktion von Journalisten, Politiker, Gewerkschafter, Schriftsteller usw. übernehmen. Für ihn sind diese Intellektuelle, geistig-moralische Führungspersönlichkeiten. Die Intellektuellen verallgemeinern in den Gewerkschaften, sozialen Bewegungen etc. die institutionalisierten Interessen und übersetzen dies in eine universalisierte Sprache. Die

Intellektuellen treten häufig als Experten auf und versuchen die Partikularinteressen so zu universalisieren, dass sie als vernünftig, fortschrittlich und notwendig erscheinen. Ihre Aufgabe ist es, hegemoniale Bündnisse zwischen nicht-antagonistischen Klassen herzustellen (vgl. Ingar 2009: 111 – 112).

Alex Demirović betont die feingliedrige Hierarchie der Intellektuellen und fasst sie wie folgt zusammen:

„Es gibt die großen und die kleinen Intellektuellen. Die großen Intellektuellen sind konzeptativ tätig, sie überschauen die großen Entwicklungen und Traditionen, sie prägen die Begriffe des Konsenses und arbeiten an der moralischen und intellektuellen Einheit der kollektiven Überzeugungen und Gewohnheiten. Die kleinen Intellektuellen haben auf den verschiedenen Hierarchiestufen die Funktion der Vermittlung und der Reproduktion des Konsenses (Demirović 2007: 35).“

In dem o.g. Zusammenhang wird des weiteren zwischen Organischen und Traditionellen Intellektuellen unterschieden. Organische Intellektuelle ergeben sich durch Funktionsteilung und Spezialisierung der anfänglichen Funktion einer Klasse im Produktionsprozess, die Form ist umso vielfältiger, je differenzierter und komplexer der gesellschaftliche Reproduktionszusammenhang ist. Die organischen Intellektuellen finden bereits eine nach Hegemonie strebende Klasse vor, im Grunde sind das die organischen Intellektuellen vergangener Gesellschaftsordnungen. Ein Beispiel wäre der Klerus und seine Kirchmänner. Eine Klasse die nach Hegemonie strebt, muss sich bemühen diese Traditionellen Intellektuellen zu gewinnen. Die herrschende Ordnung wird durch die Traditionellen Intellektuellen aufrechterhalten, die als Meinungsmacher fungieren (vgl. Körtner 2001: 5). Die entscheidende Funktion, ausgeübt durch die Organischen Intellektuellen der kapitalistischen Klasse, ist es als Stellvertreter in der Organisation von Hegemonie in der Zivilgesellschaft zu fungieren (vgl. Simon 1988: 96). Organische Intellektuelle verankern

„bewusst oder unbewusst, politische, ideologische und kulturelle Weltauffassung der herrschenden Klasse im Alltagsverstand der Subalternen. Dabei handelt es sich nicht um die Implantation falscher Bewusstseinszustände in die proletarischen Köpfe, sondern um Bewegungen der Universalisierung, das Anknüpfen an Alltagserfahrungen und reale Kompromisse und Zugeständnisse (Opatko 2010: 44).“

2.6 Konsens und Zwang

Im Folgenden werde ich das Begriffspaar Konsens und Zwang präziser bestimmen. Im Laufe der Beschreibung der Hegemonietheorie Gramscis wurden die Begriffe bereits in den verschiedenen Kontexten erläutert. Da aber das Begriffspaar ein zentrales Kriterium in der Hegemonietheorie darstellt, werde ich die einzelnen Aspekte nochmals zu einem Strang bündeln.

Geht man von dem klassischen Feld des parlamentarischen Regierens aus, zeichnet sich die normale Ausübung der Hegemonie durch das Kombinieren von Konsens und Zwang aus. Dabei darf der Zwang nicht zu sehr gegenüber dem Konsens hervortreten. Im Gegenteil sogar, soll versucht werden, dass der Zwang so erscheint, als ob er auf den Konsens der Mehrheit gestützt ist (vgl. Neubert 2009: 26). In Auseinandersetzungen, die öffentlich ausgetragen werden, wird um den Konsens gerungen, der gesamtgesellschaftliche Gültigkeit erreichen soll. In zahllosen Diskursen von Lehrern, Journalistinnen, Wissenschaftlern etc. wird ein bestimmtes Wissen produziert, welches definiert und normiert, welche Diskurse als rechtmäßig anerkannt geführt werden dürfen und welche nicht. Gesellschaftliche Konformität wird in diesen Diskursen erzeugt, welche gleichzeitig spezifische Öffentlichkeiten konstituieren (vgl. Candeias 2007: 23). Der Konsens der Beherrschten ist dann ausreichend hergestellt, wenn spezifische Formen der sozialen Praxis in einer Art und Weise beibehalten werden können, dass nur in Ausnahmen auf offene Zwangsmomente zurückgegriffen werden muss (vgl. Jacobitz 1991: 12). Ein ausschlaggebendes Element der Hegemonietheorie ist demnach die Unterscheidung zwischen Herrschaft und Führung:

„Herrschaft wird [...] analog zu Zwang und der tatsächlichen oder potenziellen Ausübung von Gewalt gesetzt; Führung meint die moralisch-kulturelle Dimension, Konsens und Zustimmung, und wird mit dem Begriff der Hegemonie verknüpft (Opatko 2010: 32).“

2.7 Neogramscianisches Verständnis der Internationalen Beziehungen

In der folgenden Betrachtung gehe ich auf die Umformulierung der Hegemonietheorie Gramscis durch die Neogramscianer ein. Da Gramscis zentrale Bezugsgröße der Nationalstaat ist und sein begriffliches Instrumentarium sich überwiegend auf die Kräfteverhältnisse innerhalb des Staates bezieht, werde ich auf die Neuerungen

eingehen, die eine Analyse der internationalen Beziehungen ermöglichen. Seit den ersten neogramscianischen Beiträgen durch Robert W. Cox hat sich der Hegemoniebegriff weit ausdifferenziert, so dass ich mich gezwungen sehe, mich auf eine Weiterentwicklung innerhalb des breiten Feldes zu beschränken. Ich werde mich auf den kritisch-realistischen Strang von Robert Cox beziehen. Dieser Strang basiert auf einer kritischen Analyse der zivilgesellschaftlichen Hegemonialstrukturen, der seinen Fokus auf die fortbestehenden zwischenstaatlichen Machtbeziehungen und Konflikte legt (vgl. Bieling 2014: 186). Die leitende Frage die hier im Zentrum steht lautet, auf welche Weise der Hegemoniebegriff von Gramsci, weiterentwickelt und umformuliert wird? Da die gramscianschen Begrifflichkeiten nicht einfach auf die internationale Ebene übertragen werden, werde ich auch die Konzepte erläutern, die durch Cox dafür neu entwickelt wurden.

2.7.1 Internationale Hegemonie

In dem ersten Aufsatz von Cox zum Neogramscianismus, der in der britischen Zeitschrift Millennium erschienen ist, wurden die zentralen Kategorien Gramscis auf ihre Verwendbarkeit und Inspirationskraft für die Wahrnehmung der internationalen politischen Ökonomie diskutiert. Danach werden die

„Strukturen der Weltordnung und Weltökonomie [...] maßgeblich als das Resultat transnational verflochtener – und durch zwischenstaatliche Beziehungen und gesellschaftliche Kräfteverhältnisse vermittelter – sozialer (Re-)Produktionsbeziehungen begriffen (Bieling 2014: 185).“

Die staatlich-zivilgesellschaftliche Vermittlung kennzeichnet dabei keine simple Übersetzung ökonomischer Verhältnisse, sondern eine verworrene, diskursiv, kulturell, rechtlich und institutionell umkämpfte Entwicklung, in dem sich mitunter bestimmte Strukturen einer gesellschaftlichen und internationalen Hegemonie, also ein Modus einer konsensual abgestützten transnationalen Vergesellschaftung, herausbildet (vgl. ebd. 185). Der Neogramscianismus beruht demnach auf einer historischen Fassung des Wandels staatlicher Macht. Kräftekonstellationen bilden dabei das Zentrum der Analyse, die sich nicht auf staatliche Akteure beschränken, die Akteure sind vielmehr in einem transnationalen Raum konstituiert, in diesem Sinne geht die Perspektive über eine staatszentrierte Perspektive hinaus (vgl. Horn 2011: 107). Die gesellschaftlichen

Verhältnisse werden demnach in neogramscianischen Ansätzen als transnational verstanden, d.h. sie werden in einem Raum ausgemacht, der nicht durch nationale Grenzen bestimmt ist. Die sozialen Strukturen und Institutionen verdichten sich, d.h. zu einem verhältnismäßigen beständigen Ensemble von sozioökonomischen Beziehungen, Machtbeziehungen und intersubjektiv geteilten Ideen (vgl. Bohle 2012: 167). Vorausgesetzt wird demnach für die Hegemonie im internationalen System, dass Nationalstaaten Teil einer größeren, transnationalen Struktur werden, dessen Kräfteverhältnisse als eine soziale Verdichtung verstanden werden können. Der Prozess der Internationalisierung des Staates beschreibt, wie durch nationale Politik und Gesetze diese Strukturen der internationalen Politik greifbar gemacht werden. Der internationalisierte Staat wird dabei nicht als bloßer „Transmissionsriemen“ transnationaler Klasseninteressen verstanden, vielmehr sind die hegemonialen Projekte und Strategien in der transnationalen Zivilgesellschaft verankert (vgl. Horn 2011: 109).

Für Cox (2011: 55) ist der Handlungsrahmen bzw. die historische Struktur für die Analyse von hegemonialen Herrschaftsverhältnissen essentiell. Das Konzept der historischen Struktur ist angelehnt an Gramscis Begriff des historischen Blocks. Die historische Struktur beabsichtigt, eine bestimmte Konfiguration von Kräften abzubilden. Diese Konfiguration legt Handlungen nicht auf direkte, mechanische Weise fest, vielmehr werden Zwänge und Einschränkungen errichtet. Ob die Individuen in Einklang oder in einer Abneigung diesen Zwängen gegenüberstehen, spielt keine Rolle, da sie nicht ignoriert werden können. Wenn die Individuen sich einer vorherrschenden historischen Struktur erfolgreich widersetzen, wird ihr Handeln auf eine neue, aufkommende Konfiguration von Kräften gestützt, quasi eine rivalisierende Struktur. Die Ausführung von Cox zu diesen Strukturen drehen sich immer wieder um zwei miteinander verwobene Vermittlungskomplexe. Der erste Vermittlungskomplex wird durch das dialektische Dreiecksverhältnis von materiellen Bedingungen, Institutionen und Ideen dargestellt (vgl. Bieling 2014: 188). Die Beziehungen zwischen diesen dreien ist nicht als ein einseitiger Determinismus zu beschreiben, sondern man kann von einer Wechselseitigkeit ausgehen. Nur durch einen konkreten historischen Fall, wird die Richtung und auf welche Weise die Kräfte wirken, bestimmt. Die Materiellen

Kapazitäten existieren in dynamischer Form als technologische und organisatorische Eigenschaften, und als akkumulierter Ausdruck als natürliche Ressourcen, dazu zählen z.B. Industrien, Rüstungsgüter und das Vermögen (vgl. Cox 2011: 55).

Ideen kann man in zwei Arten unterscheiden. Die erste Kategorie beinhaltet intersubjektive Bedeutungen, das sind jene verschiedenen Meinungen über das Wesen gesellschaftlicher Gegebenheiten, die Gewohnheiten und Erwartungshaltungen tendenziell festsetzen. Ein Beispiel wäre, dass Diplomaten weltweit gewisse Immunitäten erfahren, da sie im gemeinsamen Interesse aller Staaten liegen. Die zweite Kategorie beinhaltet kollektive Vorstellungen über die soziale Ordnung, die von sich entgegengesetzten Personengruppen vertreten werden. Das Wesen und die Legitimität der vorherrschenden Machtverhältnisse, ist ein zentrales Kriterium, da man an den Machtverhältnissen die voneinander abweichenden Sichtweisen festmachen kann. Die intersubjektiven Bedeutungen bilden die Grundlage des Diskurses, dem entgegengesetzt können die Kollektiven Vorstellungen vielfältig und einander entgegengesetzt sein. Mit Hilfe der Institutionalisierung wird eine bestimmte Ordnung stabilisiert und auf Dauer gestellt (vgl. ebd. 56). Für Cox reflektieren Institutionen,

„die zur Zeit ihrer Entstehung vorherrschenden Machtverhältnisse und neigen zumindest anfänglich dazu, die mit diesen Machtbeziehungen übereinstimmenden Kollektiven Vorstellungen zu bestärken. Später entwickelt sich ein Eigenleben; sie können entweder ein Kampffeld für abweichende Tendenzen darstellen, oder diese Tendenzen werden in anderen, rivalisierenden Institutionen reflektiert. Institutionen sind ein spezifisches Amalgam von Ideen und materieller Macht, die ihrerseits die Entwicklungen von Ideen und Materiellen Kapazitäten beeinflussen (ebd. 56).“

Zwischen Gramscis Verständnis von Hegemonie und der Institutionalisierung, besteht eine enge Verbindung. Es werden nämlich durch Institutionen gewisse Möglichkeiten bereitgestellt, auf Konflikte einzugehen, dass die Anwendung von Zwang minimiert werden kann. Wichtig ist bezüglich der historischen Strukturen anzumerken, dass sie eine begrenzte Totalität darstellt. D.h., die historischen Strukturen präsentieren nicht die ganze Welt, vielmehr ist es eine spezifische Sphäre menschlichen Handelns in einer historischen verorteten Totalität (vgl. ebd. 57 – 58).

Der zweite Vermittlungskomplex betrachtet das Zusammenspiel von unterschiedlichen

historischen Strukturen, namentlich sind es die sozialen Produktionsbeziehungen, Staatsformen und Weltordnung. Die sozialen Produktionsbeziehungen versteht Cox als vermachtete, institutionell arrangiert und international verwickelte Muster der materiellen Reproduktion. Diese entsprechen ihrerseits – arrangiert über zivilgesellschaftliche Interaktionsmuster – mit bestimmten, historisch wechselnden Staatsformen, die ihrerseits auf die Strukturen der Produktion und der Weltordnung zurückwirken. Hauptsächlich macht Cox die Umbrüche in den sozialen Produktionsbeziehungen sowie die zivilgesellschaftlichen und staatlichen Organisationsformen für den Wandel der internationalen Strukturen verantwortlich. Kurz gesagt, für Cox ist die Weltordnung nicht nur ein Produkt zwischenstaatlicher Machtverhältnisse, die sich aus politischen und militärischen Stärken ableiten lassen, sondern er versteht sie auch als ein Ergebnis der produktionsorganisatorischen, institutionellen, kulturellen und ideologischen gesellschaftlichen Verhältnisse und Dynamiken (vgl. Bieling 2014: 189). Für sich genommen können die drei heuristischen Hilfsmittel des zweiten Vermittlungskomplexes, also die sozialen Kräfte, Staatsformen und Weltordnungen in einer ersten Annäherung als spezifische Konfigurationen des ersten Vermittlungskomplexes von materiellen Kapazitäten, Ideen und Institutionen dargestellt werden (vgl. Cox 2011: 59).

2.7.2 Internationalisierung des Staates

Die folgende Betrachtung widmet sich der Internationalisierung des Staates und die damit verbundenen internationalen Staatsapparate. Ich führe diese Perspektive in meinen bisherigen theoretischen Ansatz ein, da er mir eine differenzierte Betrachtung der Prozesse, sich rekonstituierender Hegemonie bietet. Die Internationalisierung des Staates kann man als einen komplexen Prozess der Veränderung von Staat und Staatensystem verstehen, er wurde durch Cox geprägt und durch verschiedene Wissenschaftler weiterentwickelt. In meiner Betrachtung schließe ich sowohl an Cox, als auch an die verschiedenen Weiterentwicklungen an und verknüpfe sie mit dem Begriff der Hegemonie. Die Internationalisierung mit ihren unterschiedlichen Ausprägungen wurde bspw. in der Krise des fordistischen Entwicklungsmodells der 1970er Jahre, in den kapitalistischen Zentren zur hegemonialen Strategie und zum

hegemonialen Projekt der herrschenden Klasse. Der Kapitalismus und seine Globalisierung ist aber nicht nur ein rein ökonomischer Prozess, vielmehr ist er eng verknüpft mit politisch-institutionellen Entwicklungen. Die Internationalisierung des Staates ist durch „das Paradox einer national dominierten globalen Herrschaft geprägt (Görg/Wissen 2003, zit. nach Brand 2007, 161).“ Die Staatsapparate und ihre Bedeutung für die internationale Ebene wächst gleichzeitig, entweder bestanden sie schon vorher, wurden transformiert oder werden neu geschaffen. Damit sind aber keine Staatsapparate im Sinne eines vermeintlich aufkommenden Weltstaates gemeint, sondern die Apparate bleiben eng mit den Nationalstaaten verknüpft, insbesondere den mächtigen wie den USA. Es werden unter der Führung eines solchen globalen hegemonialen Staates bzw. einer Allianz politischer und sozialer Kräfte gewisse Staatsaufgaben im Rahmen internationaler Regime übertragen und neu definiert (vgl. Brand 2007: 161 – 162). Den Kern der Internationalisierung kann man anhand von zwei für meine Betrachtung relevante Dimensionen festmachen: 1. Der integrale Staat, also die Zivilgesellschaft wird im Laufe der Globalisierung der kapitalistischen Produktionsweise internationalisiert und damit gleichzeitig Normen, Kultur, Aufmerksamkeitshaltungen etc.. 2. Die internationalen politisch-institutionellen Strukturen und Prozesse werden mit steigenden grenzüberschreitenden Entwicklungen wichtiger. Damit bilden sich neue internationale Staatsapparate heraus, oder werden wichtiger. Sie verfügen zwar nicht über ein Gewaltmonopol wie Nationalstaaten, übernehmen dennoch bestimmte Staatsfunktionen wie die Schaffung von Ordnung, die Sicherung des Eigentums oder die politische Ausarbeitung von Lösungen für gesellschaftliche Konflikte (vgl. Brand/Christoph/Wissen 2007a : 221). Dennoch bleibt der Staat ein wichtiger Faktor im Prozess der Regulation. Generell ist die Funktion des internationalen Staates, gegensätzliche gesellschaftliche Verhältnisse abzusichern und auf Dauer zu stellen. Demnach kann man davon ausgehen, dass die Internationalisierung ein Projekt der herrschenden Kräfte ist. Internationale politische Institutionen sind ein Resultat von Strategien, Projekten und einer Verdichtung sich wandelnder sozialer Kräfteverhältnisse (vgl. ebd. 222). Die Internationalisierung ist wichtig für meine Betrachtung, da sie die ökonomischen, politischen und kulturellen Prozesse in eine Verbindung mit der Revitalisierung kapitalistischer Dynamik setzt, die

wiederum zu einer Restrukturierung von Verhältnissen führt. Vor allem Projekte des weltmarktorientierten Kapitals wurden realisiert. Inter- und transnationale kulturelle Horizonte, als auch internationale politische Strukturen entstanden daraus. Bei diesem Prozess handelt es sich nach Gramsci, um eine passive Revolution (vgl. Brand 2014: 307).

Um die Funktion internationaler politischer Institutionen genauer zu verstehen, haben (vgl. Brand/Görg/Wissen: 2007a 226 – 227) den Begriff der „Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse zweiter Ordnung“ eingeführt. Dieser Begriff hilft den Zusammenhang von sozialen Kräfteverhältnissen und Institutionalisierungsprozessen in seiner Komplexität zu verstehen. Das Konzept der „Verdichtung zweiter Ordnung“ geht nicht von einer im Vorhinein bestehenden Asymmetrie bzw. festen Hierarchie aus. Machtasymmetrien werden eher als ein Resultat konflikthafter Auseinandersetzungen zwischen den Ebenen verstanden. In internationalen politischen Staatsapparaten verdichten sich die Interessen auch materiell durch ihre Verallgemeinerung, dabei sind sie weder funktional vorgegeben, noch muss es unbedingt gelingen. Die institutionelle Dichte äußert sich darin, dass die herrschenden Kräfte über die internationalen Staatsapparate die Art und Weise der Auseinandersetzung maßgeblich bestimmen und damit Kräftekonstellationen zwischen Ländern auf Dauer stellen. Auf diese Weise werden „Probleme definiert, die legitimen Akteure bei der Herstellung von Kompromissen bestimmt (und andere ausgeschlossen) und die Bedingungen von hierarchischen Aushandlungsprozessen, Verregelungen und Politikimplementierungen festgelegt (ebd. 227).“ Das soll aber nicht als eine starre Definition verstanden werden, sondern eher als Rahmung. Damit kommt die Möglichkeit auf, im Sinne einer internationalen Hegemonie, dass sich unter den dynamisch verändernden Voraussetzungen die Art und Weise der Veränderung in geregelte Bahnen lenken lässt. Es soll aber nicht vernachlässigt werden, dass auf der internationalen Ebene auch andere Akteure eine wesentliche Rolle spielen, namentlich sind es Akteure der internationalen Zivilgesellschaft bzw. transnationale Klassenakteure wie sie durch die Neogramscianer bezeichnet werden (vgl. ebd. 228).

Die internationale Zivilgesellschaft (iZ) ist nicht als etwas Einheitliches zu verstehen, vielmehr ist auch die iZ ein umkämpfter Raum, die ganz wesentlich zur Restrukturierung der internationalen Staatlichkeit beiträgt. „Der herrschaftstheoretische Gehalt erschließt sich, wenn die iZ als Terrain des Kampfes um Hegemonie verstanden wird, wobei diese das Umkämpfte und das Medium des Kampfes selbst ist (Brand 2004: 5).“ Die iZ erweitert durch die Eigeninitiative einer Menge an globalen Akteuren, NGOs, aufgeklärten und nicht-aufgeklärten internationalen Eliten wie auch eine Menge an Intellektuellen, die transnationalen politischen und staatlichen Netzwerke und bildet für sie das zivile „Vorfeld“, d.h., in ihnen wird ein globaler Konsens ausgearbeitet. Die iZ ist nicht als eine Erweiterung eines Weltstaates zu verstehen, vielmehr fordert sie den klassischen Nationalstaat heraus und trägt maßgeblich und von unten zu seiner Transformation bei (vgl. ebd. 5).

3. Hegemonie vs. Imperialismus

In der folgenden Betrachtung, diskutiere ich, inwiefern es Sinn macht, dass US-amerikanische Agieren im internationalen System als hegemonial oder imperial zu theoretisieren. Die leitende Frage an dieser Stelle lässt sich wie folgt formulieren: Inwiefern kann man von einer US Hegemonie nach dem 11. September sprechen? Um diese Frage zu diskutieren, werde ich an der Unterscheidung zwischen Imperium/imperial und Hegemonie/hegemonial anknüpfen. Diese Unterscheidung dient dem Verständnis der internationalen Rolle der USA und den gegenwärtigen Entwicklungen.

Es vergeht kein Tag an dem die amerikanische Macht nicht in den globalen Medien diskutiert wird. In der Tat, wurde in den letzten Jahren kein Thema mehr untersucht und in der Weltpolitik diskutiert, als das Ausmaß der US Macht, als Imperium oder Hegemon, das manchmal als Lob, aber am häufigsten als Ressentiment versandt wird. Eine Reihe von Kommentatoren und Analysten haben die Möglichkeit eines imperialistischen Wandels in der Konzeptualisierung und Verfolgung der US Außenpolitik bemerkt. Daher haben mehrere Diskussionen über ein amerikanisches Imperium und einer Pax Americana das politische Spektrum vieler bedeutenden Zeitung

weltweit garniert, vor allem nach dem raschen militärischen „Sieg“ der USA im Irak 2003 (vgl. David, Grondin 2006: 1). „Sadly, in many cases, one can say that the emperor has been stripped of his clothes – and most of the time he was not even an emperor (ebd. 1).“ Die jüngste Wiederbelebung von der Rede des „American Empire“ ist auf die Bush-Administration zurückzuführen. Der Begriff des Imperialismus entwickelte sich als ein Symbol, in diesem sich sowohl entschiedene Ablehnung dieser Politik ebenso ausdrücken kann wie begeisterte Bejahung. Er wird eher als eine provokative Metapher verwendet, als ein streng analytischer Begriff. Kritiker unterschiedlicher Herkunft, sehen die USA auf dem Weg zu einem Imperium und warnen vor den imperialistischen Strategien (vgl. Rudolf 2006: 10).

Michael Cox und Michael Mann beschäftigen sich unter anderem mit der Imperialismusdebatte. Cox argumentiert, dass der Begriff des Imperiums an sich aus verschiedenen Gründen problematisch ist. Vor allen Dingen besetzen die USA kein ausländisches Territorium, welches ein zentrales Kriterium für ein Imperium ist. Die USA fördert die Prinzipien der Selbstbestimmung und lebt in einer Welt unabhängiger Staaten. Dennoch war die Anwendung von „informal power“ Realität in vielen Regionen der Erde, sei es mit politischen oder ökonomischen Mitteln (vgl. Beyer 2008: 38). Mann wiederum vertritt die Sichtweise, dass die USA nicht vollkommen als Imperium charakterisiert werden kann und spricht deshalb vom „incoherent empire“. Ein Imperium kann nicht alleine durch militärische Mittel errichtet werden, da dies zu Störung und Chaos führen würde (vgl. ebd. 38). Mann bezieht sich auf das Konzept der Hegemonie und schreibt „the catch is that to be hegemonic, the US might have to play by rules. Abandon the rules, and it risks losing hegemony (ebd. 38).“ Dies kann durch die Anwendung von „hard power“ verursacht werden und führt zu einer Abnahme von Legitimität. Helfried Münkler differenziert das Verhältnis von Imperium und Hegemonie genauer aus. Für ihn kann ein Imperium als ein erfolgreich implementierter Imperialismus verstanden werden. Ein Imperium „based on hierarchical relationships between states in opposition to reciprocal relationships, which results in the possibility of exerting power and pursuing interests even in the face of opposition (ebd. 40).“ Der Unterschied zwischen einem gütigen bzw. harmlosen Hegemon und Imperium liegt, in

der Annahme von multilateralen Strategien, welche wiederum in Konsens gegen die Annahme von Machtpolitik resultiert (vgl. ebd. 40). Grondin bringt die Idee hervor, dass die USA als ein „informal empire“ konstruiert werden kann, welcher ein wiederkehrender Begriff bezüglich amerikanischen Imperialismus in der Literatur ist. Das „informal empire“ berücksichtigt die Notwendigkeit von Regeln, Normen und Institutionen (vgl. David, Grondin 2006: 1 – 2). John Ikenberry beschreibt die amerikanische Außenpolitik unter Georg W. Bush als „ein Hegemonialismus mit imperialen Implikationen (Rudolf 2005: 14).“ Es ist wichtig hierbei anzumerken, dass es sich bei diesen Anmerkungen um strategische Grundorientierung handelt, um ein strategisches Paradigma, nicht um ausgearbeitete Strategien. Erst durch die Reden des Präsidenten und vor allen durch die Nationale Sicherheitsstrategie in der sich die Zusammenschau von deklaratorischer Politik zusammenfindet, und tatsächlicher operativer Politik ermöglicht es, die Reichweite und die Grenzen des außenpolitischen Wandels angemessen einzuschätzen (vgl. ebd. 15). Eine Supermacht, dessen Macht auf Zwang und Einfluss basiert, ohne die Anwendung von Gewalt, dessen Macht als legitim empfunden wird, sollte für Beyer als Hegemon bezeichnet werden. Eine Supermacht wiederum die ihre Interessen und ihre Macht durch die Anwendung von militärischer Macht sichert, sollte nach Beyer als Imperium bezeichnet werden. Ein Imperium nach Hannah Arendt ist die dauerhafte Realisierung von Gewalt (vgl. Beyer: 40). Ausgehend dieser verschiedenen Betrachtungsweisen, die u.a. bereits wesentliche Ansätze der gramscianischen Hegemoniethorie beinhalten, bin ich der Ansicht, dass die Dynamik nach dem 11. September am besten mit dem Begriff der Hegemonie zu fassen ist. In einem gramscianischen Sinne umfasst die Hegemonie nämlich, das Konzept des Konsenses bzw. der Überzeugung und des Zwangs. Diese Sichtweise ist bspw. vertreten durch Andrew Hurrell und John Ikenberry. Es wird von ihnen argumentiert, dass es analytisch sinnvoller ist die USA als Hegemon zu verstehen, anstatt als imperialistische Macht. Besonders seit dem Hegemonie im Verhältnis zum Imperium eine weniger aufdringliche Form von Kontrolle ist (vgl. David, Grondin 2006: 1 – 2). Giovanni Arrighi prognostiziert in seinen jüngeren Aufsätzen den Abstieg der USA. Er attestiert der USA, dass sämtliche Versuche des Weltregierens mit den Mitteln der „Dominanz ohne Hegemonie“ gescheitert sind (vgl. Brink 2008: 212). Arrighi spricht also davon,

dass die US Hegemonie sich in etwas transformiert, was er „Dominanz ohne Hegemonie“ nennt (vgl. Arrighi 2007: 178). Arrighi spricht 2005 von einem „neuen“ Imperialismus, der für ihn nicht ein Zeichen der Stärke ist.

„The new imperialism will appear as the outcome of a protracted historical process consisting of spatial fixes of increasing scale and scope, on the one hand, and on the other, of an American attempt to bring the process to an end through the formation of a US-centred world government. This attempt [...] was integral to US hegemony from the start. Under George W. Bush, however, it has reached its limits and in all likelihood will cease to be the primary determinant of ongoing transformations [...] (Brink 2008: 212).“

In erster Linie geht es nicht dabei um die Stärke des irakischen Widerstands, die Dependenz vom Öl oder die innenpolitischen Auseinandersetzungen im Angreiferland selbst. Die wesentliche Frage ist, ob die USA weiterhin in der Lage ist die „Ordnung“ in der Welt zu garantieren (vgl. ebd. 213). Auch Beyer spricht von einem unipolaren Ansatz der USA im internationalen System. Es existieren zwar aufstrebende Kräfte, aber nur ein dominanter Staat. Diese Unilateralität wird für Beyer aktiv in einer hegemonialen Weise ausgeübt, mit dem Versuch die internationalen Angelegenheiten nach den Präferenzen des Hegemon zu organisieren. Die Auswirkungen solcher Hegemonie ordnenden Aktivitäten sind vielfältig (z.B. *Liberalismus, Demokratisierung*) und die wohl aktuellste ist die Ausbreitung der weltweiten Zusammenarbeit in der Terrorismusbekämpfung. Hinzu kommen Global Governance Vereinbarungen welche relativ unabhängig vom Hegemon arbeiten. Wo und wann immer es im Interesse von Hegemonie ist, wird die Macht genutzt, um Führung innerhalb der Globalen Governance Vereinbarungen auszuüben (vgl. Beyer 2012: 49).

Wenn Michael Mastanduno von der „grand strategy of primacy“ der USA spricht, dann meint er eine weitestgehende Kontinuität in der grundlegenden strategischen Orientierung in der Außenpolitik. Dem eigenen Selbstverständnis nach, ist das Kennzeichen für die Grundorientierung, das Bestreben, den „wohlwollenen Hegemon“ zu erhalten. Diese hegemoniale Ambition äußert sich in der Berufung auf eine internationale Führungsrolle, die sich nicht nur auf überlegende harte Machtressourcen, sondern auch auf weiche Macht stützt. Demnach gilt amerikanische Vorherrschaft als stabilisierend. Somit ist amerikanische Vorherrschaft sicherheitspolitisch nicht nur

erforderlich, sondern auch moralisch geboten (vgl. Rudolf 2005: 16). Die mitunter offensive, provokative Propagierung eines neuen außenpolitischen Paradigmas in den ersten Jahren der Bush Administration, hatte u.a. die Absicht, unter den Verbündeten einen Diskurs über die neuen Sicherheitsbedrohungen und die entsprechende Reaktion darauf auszulösen. Weiche Macht sollte dabei helfen, die internationale Agenda neu zu gestalten (vgl. ebd. 15). Demokratieförderung erscheint in diesem Kontext als eine logische Konsequenz. Die Argumente der vorangegangenen Autoren sprechen für eine theoretische Fassung des US-amerikanischen Agierens im internationalen System als hegemonial.

4. Von der Unterstützung autoritärer Regime, bis zur Förderung von Demokratie.

Im Folgenden gehe ich auf die Entwicklungsfaktoren und Konsequenzen ein, die zur US-amerikanischen Förderung von Demokratie geführt haben.

Es gibt einige Annahmen zu dem Verhältnis zwischen dem globalen Norden und dem Süden. William I. Robinson (vgl. 1996: 665) schreibt diesbezüglich, dass

„the reorientation of U.S. foreign policy, from support for authoritarian regimes to the promotion of "democratic" political systems in the Third World, has major implications for international relations and restructuring of the global order, and particularly, for North-South relations in the new world order.“

Robinson schreibt, dass die USA der letzte dominante Kernnationalstaat ist, unter dessen Ägide sich die Globalisierung entfaltet. Eine entscheidende Disjunktion im Prozess der Globalisierung ist die Internationalisierung der Produktivkräfte in einem institutionellen System welches immer noch rund um den Nationalstaat zentriert ist. Die zunehmende Trennung der Klassen von Territorialität und der Klassenmacht von Staatsmacht, drückt sich in dem Anstieg der strukturellen Macht des transnationalen Kapitals aus und in der institutionellen Macht von supranationalen Institutionen, begleitet von einem Rückgang der direkten Macht der Nationalstaaten. Dieser Prozess beinhaltet eine Verteilung der globalen Entscheidungsfindung weg von bestimmten Kernstaaten, auch wenn transnationale Konzerne die Politik über bestehend Staatsapparate filtern. Bei der Ausarbeitung einer Politik der Demokratieförderung

handeln die Vereinigten Staaten nicht im Namen einer US Elite, sondern spielen eine führende Rolle im Interesse einer entstehenden transnationalen Elite (vgl. ebd. 665).

Vor der Globalisierung, Führung im Weltsystem verschob sich von einer Kernmacht zu einer Anderen im Laufe der Zeit, ein Prozess der periodische Schwankungen zwischen Konflikt und Konsens unter Kernmächten und ein ziemlich konstantes Verhältnis zu der Kernmacht beinhaltete. Die USA übernahm nach dem Zweiten Weltkrieg die Führungsrolle, die USA füllte das Vakuum nach dem Zusammenbruch der alten Kolonialmächte durch zahlreiche Formen der militärischen und politischen Intervention in Lateinamerika, Afrika, dem Nahen Osten und Europa. Auf diese Weise kam den Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle in der Entwicklung der politischen Systeme in der Peripherie in den Nachkriegsjahren zu. Wie die Geschichte zeigt, war die wichtigste politische Form die die USA förderten, autoritäre Regime. US-amerikanischer Interventionismus resultierte, ob absichtlich oder als Nebenprodukt, in autoritäre politische und soziale Vereinbarungen in der Dritten Welt, als ein strategischer Träger zu Aufrechterhaltung der internationalen Ordnung und Stabilität. Die USA förderten und unterstützten globale politische Netzwerke von zivilen-militärischen Regimen und Diktaturen in Lateinamerika, weiße Minderheits- und Einparteiendiktaturen der postkolonialen Eliten in Afrika und repressive Staaten in Asien. Die USA übten Herrschaft in der Peripherie in dieser Periode durch Zwangsherrschaft aus. Herausforderungen für die Nachkriegsweltordnung und ihre Muster, besonders der Nord - Süd - Asymmetrie, nahm verschiedene Formen an, wie z.B. organisierte nationale Befreiungsbewegungen (Vietnam, Kuba, Chile), Multi-Class-Koalitionen für Demokratisierung und soziale Gerechtigkeit (Guatemala, Dominikanische Republik, Griechenland) und Bemühungen von nationalistischen orientierten Eliten, mehr Autonomie und lokale Steuerung (Iran, Brasilien, Indonesien, Ägypten) zu sichern. Diese Herausforderungen wurden von US-amerikanischen Interventionen, durch die Unterdrückung von sozialen Wandel und das Stärken von autoritären Systemen, begegnet. Diese Systeme wurden erachtet als die sinnvollsten Mittel, um Stabilität und soziale Kontrolle in der Peripherie zu erreichen, um wiederum einen reibungsfreien Betrieb für das internationale Kapital zu ermöglichen. Auf diese

Weise funktioniert die USA als das, was Soziologen James Petras und Morris Morley als "imperialer Staat" bezeichnen, fördern und sichern die Expansion des Kapitals über die Staatsgrenzen hinaus, durch die multinationale Gemeinschaft (vgl. ebd. 618 – 620). Die treibende Kraft hinter der Nachkriegsintervention in der Peripherie war also die Expansion und Verteidigung des aufkommenden postkolonialen, internationalen Kapitalismus unter Führung der USA. US Politiker waren sich einig in dieser Sache (vgl. ebd. 620). Das „National Security Council“ (NSC) Memorandum 68, einer der wichtigsten US-Außenpolitik Dokumente der Nachkriegszeit, erklärte, dass die Nachkriegspolitik zwei subsidiäre Politiken verfolgt. Eine davon war, dass die USA eine Umwelt fördert in der das amerikanische System überleben und gedeihen kann. In der anderen Politik ging es um die Eindämmung der Sowjetunion, die die Samen der Zerstörung im Sowjetsystem sucht. Im Memorandum hieß es weiter: Sogar wenn es keine Sowjetunion gäbe, würden wir uns dem großen Problem der Erreichung globaler Ordnung und Sicherheit stellen. Bezeichnenderweise war ein wichtiger Schwerpunkt der NSC-68 nicht die Sowjetunion, sondern die Sicherheit der USA und der Zugang zu Rohstoffen, Märkte und Arbeitskräfte in der Dritten Welt. Die Gewährleistung eines günstigen politischen Rahmens, für eine effektive Wirkungsweise der USA und dem zunehmenden internationalen Kapital (vgl. Robinson 1995: 645).

Anfang der 1970er Jahre fand ein Umdenken in der Unterstützung von autoritären Systemen statt. Demokratieförderung wurde ein wichtiges Element in der US-amerikanischen Außenpolitik. Die amerikanische Förderung der Demokratie im Ausland, spiegelt ein pragmatisches und anspruchsvolles Verständnis wieder wie eine stabile und relativ friedliche Weltordnung zu erreichen ist. Es läuft auf etwas hinaus, was man als amerikanische liberale grand strategy bezeichnen kann. Es ist eine Strategie, die auf einer sehr realistischen Sicht beruht, dass der politische Charakter anderer Staaten einen enormen Einfluss auf die Fähigkeit der USA hat, ihre Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen zu gewährleisten. Die amerikanische Beschäftigung mit der Förderung von Demokratie im Ausland, passt in eine größere liberale Ansicht über die Quellen von einer stabilen, legitimen, sicheren und wohlhabenden internationalen Ordnung. Diese Anschauung ist nicht immer das vorherrschende Leitprinzip in der

Außenpolitik und es führt manchmal zu Fehlern. Dennoch ist es eine relativ kohärente Orientierung, die in der amerikanischen politischen Erfahrung, dem amerikanischen Verständnis von Geschichte, Wirtschaft und den Quellen politischer Stabilität verwurzelt ist (vgl. Ikenberry 1999: 56).

Dieses typisch amerikanische liberale grand strategy basiert auf einigen Ansprüchen und Annahmen darüber, wie demokratische Politik, wirtschaftliche Interdependenz, internationale Institutionen und eine politische Identität, eine stabile politische Ordnung fördert. Es ist nicht eine einzelne Ansicht, die durch eine Gruppe von Denkern artikuliert wird. Es ist eine zusammengesetzte Ansicht, aufgebaut auf einer Vielzahl von Argumenten, durch eine Vielzahl von Anhängern. Einige verfechten die Förderung demokratischer Institutionen im Ausland, einige betreiben Lobbyarbeit für den Freihandel und wirtschaftliche Liberalisierung und andere wollen wiederum ehrgeizige neue internationale und regionale Wirtschafts- und Sicherheitseinrichtungen errichten. Jede Gruppe hat ihre eigenen Schwerpunkte und Agenden, jeder betrachtet sich selbst als völlig unabhängig von den anderen (und gelegentlich stehen sie sich sogar feindselig gegenüber), aber im Laufe der Jahre haben sie sich fast unbeabsichtigt gegenseitig ergänzt. Zusammengenommen, stellen diese Bemühungen die liberale „grand strategy“ dar (vgl. ebd. 57).

In den 1970er Jahren richteten sich Massenvolksbewegungen gegen die repressiven politischen Systeme und ausbeuterischen sozioökonomischen Verhältnisse die sich während des Kalten Krieges etabliert haben. Die Strukturen des Autoritarismus und der Diktatur begannen zu bröckeln, vor allem in den US Klientel-Regimen und eine generelle Krise der Eliteordnung begann sich zu entwickeln (vgl. Robinson 1995: 646).

Anfang der 1980er Jahre fand eine Überarbeitung des Diskurses über Demokratie und US-amerikanische Interventionen statt, um sich den neu entwickelnden Herausforderungen entgegenzustellen. Eine der größten Herausforderungen war dennoch, dass die Diktaturen nicht die Spannungen managen konnten, die durch die neoliberale Restrukturierung und das Aufkommen einer globalen Ökonomie generiert

wurde (vgl. Robinson 2013: 228). Die theoretische und normative Grundlage kann bereits 1972 gefunden werden. William Douglas, welcher die Reagan Administration unterstützte, entwickelte seine Demokratieförderungsprogramme. Douglas behauptete, dass die USA größere Chancen hätten, Demokratien als Diktaturen zu sanktionieren, um die notwendige politische Stabilität zu gewährleisten, die für das ökonomische Wachstum notwendig ist. Obwohl die damaligen Wissenschaftler glaubten, dass Demokratie ein langsamer und inkrementeller Prozess ist, fügte Douglas hinzu, dass die Mechanismen der Demokratie transplantiert werden könnten. Es war viel besser politische Programme zu fördern die ein Massenpublikum in der Peripherie ansprechen könnten, als wirtschaftliche Entwicklungshilfe zu leisten und verdeckte Sicherheitsoperationen durchzuführen. Douglas sah zivil gewählte Regime vor, die von pro-markt Eliten, verbündet mit der USA, eingenommen werden. Er glaubte, dass politische Beihilfe genauso effektiv im Aufbau von politischen Systemen sein könnte, um die vermutlich schädlichen Elemente einzugrenzen, wie auch Demokratie zu konsolidieren (vgl. Clement 2003: 358).

Robison (vgl. 1996: 622 – 633) fasst die drei miteinander verwobenen Faktoren, aus den 1970er und 1980er Jahren, die einen entscheidenden Wandel in der „elective affinity“ zwischen Autoritarismus und US-Vorherrschaft in der Peripherie brachten, wie folgt zusammen: Zunächst verbreiteten sich Volksbewegungen in der Dritten Welt gegen die repressiven politischen Systeme und ausbeuterischen sozioökonomischen Verhältnisse. Als die „elective affinity“ zwischen Autoritarismus und der US-Herrschaft begann sich aufzulösen, die Unterstützung für Autoritarismus wurde ein zunehmendes unwirksames Mittel, um Stabilität zu gewährleisten und den Massenforderungen an sozialen Wandel zu entgegnen. Eine Krise der Elitenherrschaft begann damit auf welt-systemischer Ebene zusammenzuwachsen. Zweitens, eine langwierige Debatte innerhalb der erweiterten politischen Gemeinschaft wurde in den frühen 1980er Jahren zu Gunsten der Förderung der Demokratie entschieden. Drittens, mit dem Aufkommen der globalen Ökonomie, begann sich die Basis für die internationalen Beziehungen und Klassenbildung neu zu definieren. Es entstanden neue Akteure, die als transnational charakterisiert werden können und neue Formen des politischen Drucks entwickelten,

um politischen Wandel im globalen Süden hervorzurufen. Diese drei Faktoren kulminierten in der Mitte der 1980er Jahre in einem expliziten Wandel in der US-amerikanischen Außenpolitik, also von der Förderung von Autoritarismus, zu der Förderung von Demokratie.

Sobald sich die Länder und Regionen in die globale Ökonomie integriert haben, konnte man die Entstehung neuer transnational orientierter Eliten beobachten. Diese Eliten organisieren sich in Wirtschaftsverbände, Parteien, zivilgesellschaftliche Gruppen, den Massenmedien etc., sie werden von der USA und westlich politischen Interventionsprogrammen, die unter der Rubrik Demokratieförderung auftreten, unterstützt. Demokratieförderungsprogramme versuchen diese transnational orientierten Eliten zu kultivieren, welche wohlwollend der Öffnung ihrer Länder für freien Handel und grenzüberschreitende Unternehmensinvestitionen gesinnt sind. Sie bemühen sich auch die entgegengesetzten Eliten zu isolieren, welche nicht für das transnationale Projekt offen sind. Sie versuchen die Massen zurückzuhalten, sich selbst zu politisieren und zu mobilisieren. Ob sie Unabhängig sind oder in Opposition zu dem transnationalen Elitenprojekt stehen, es wird versucht sie konsensual in das politische Projekt zu integrieren, welches die Elite versucht zu etablieren (vgl. Robinson 2013: 228 – 229).

Von den späten 1970er bis in die frühen 1990er Jahre wurden Apparate zur Förderung von Demokratie geschaffen, einschließlich staatlichen und quasi-staatlichen Behörden und Büros (einschließlich, aber nicht nur auf die National Endowment for Democracy NED beschränkt), Politikstudien und Konferenzen von staatlichen und privaten Institutionen der Politikplanung zum Entwerfen und Umsetzen von Programmen zur Förderung von Demokratie. Wo die USA früher Diktaturen unterstützte, wie z.B. in Chile, Nicaragua, Haiti, den Philippinen, Panama, Süd-Afrika und anderswo, begann die USA Demokratie zu fördern. Unter der Rubrik der Förderung von Demokratie, haben die USA neue Modalitäten der Verbindlichkeit entwickelt, um in Krisen, gesellschaftliche Übergänge und Machtvakuen aus dem Zerfall der alten Ordnung eingreifen zu können und zu versuchen, politische und wirtschaftliche Strukturen neu zu gestalten. Diese Modalitäten entsprechen neuen Techniken, um Individuen auf allen

Ebenen zu erreichen (vgl. Robinson 1995: 646). Ronald Reagan steht für die Erschaffung von konkret mit Demokratieförderung betrauten Institutionen wie dem NED und einem Büro für Demokratiehilfe in der Behörde USAID, die sich mit entwicklungspolitischen Themen befasst. Reagans politisches Projekt vereinigt vier Kennzeichen, die die Demokratieförderung bis heute grundsätzlich kennzeichnet. Erstens, hinter der Absicht der Verbreitung von Demokratie verläuft eine programmatische Konvergenz neoliberaler und neokonservativer Ideologien. Zweitens, ermöglicht dies eine allianzpolitische Konvergenz aus Kalten Kriegern und Menschenrechtsaktivisten. Drittens, führt dies zu einer Verfeinerung des demokratiepolitischen Instrumentariums. In diesem Sinne ist die Rede von der Diplomatie als „war of ideas“, über die Entwicklungspolitik (USAID, NED), bis hin zu gewaltsamen Interventionen (Militär, CIA) (vgl. Wolff 2011: 229 – 230). Das vierte Merkmal, ist eine „politisch-konzeptionelle Engführung, die Menschenrechte als politisch-bürgerliche Freiheits- und Beteiligungsrechte versteht, Demokratie als Polyarchie definiert und Demokratieförderung auf die Unterstützung von Martdemokratien ausrichtet (ebd. 230).“

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass autoritäre Formen der sozialen Kontrolle und die internationale Ordnung nicht im Zeitalter der Globalisierung lebensfähig sind. Diktaturen sind instabil, und ihre Vetternwirtschaft ist nicht mit Kapitalismus des freien Marktes kompatibel. Flüssige globale Akkumulation erfordert flexible politische Systeme, die Wettbewerb und Zirkulation unter den Eliten zulässt. Die Massen müssen konsensual mit einbezogen werden. Demokratie (Polyarchie) ermöglicht hegemoniale Einverleibung und steht im Gegensatz zu Zwangsausschließung. In diesem Zusammenhang gab es eine gewisse „elective affinity“ im späten 20. Jahrhundert zwischen der kapitalistischen Globalisierung und der Polyarchie. Diktaturen und autoritäre Regime führen zu einer Krise der Eliten und ermöglichen den Volksmassen die elitäre Ordnung herauszufordern. Theoretisch kann der Wandel in der US-amerikanischen Außenpolitik bezüglich der Demokratieförderung in einem gramscianischen Sinne, als eine Verschiebung von Zwangsmechanismen der sozialen Kontrolle zu konsensuellen Herrschaftsformen verstanden werden (vgl. Robinson 2013:

5. Demokratie und Demokratieförderung

„We can have democracy in this country, or we can have great wealth concentrated in the hands of a few, but we can't have both (Supreme Court Justice Louis Brandeisi).“

In der folgenden Betrachtung, diskutiere ich den Begriff der Demokratie und der Demokratieförderung.

Mit der dritten Welle der Demokratisierung hat sich die Expansion der liberalen Demokratie über die OECD-Welt hinweg als funktionale Methode zur Sicherung und zur Erweiterung einer um den US-Staat zentrierten, transnationalen Hegemonie bewiesen. Robinson deutet die aktive Förderung demokratischer Ordnungen, als hegemoniale Herrschaftsstrategie. Um den minimalistischen Charakter seines Demokratiekonzeptes ausdrücklich zu machen, verwendet er den Begriff der Polyarchie oder der „low-intensity“ Demokratie (vgl. Geis, Wolff 2007: 191). Robinson hat aufgezeigt,

„that U.S. democracy promotion normally promotes polyarchy, a form of low-intensity democracy that lends itself to more durable forms of social control. It does this by, among other things, confining social struggles to a liberal-institutional framework. As a form of hegemony that helps reproduce the neoliberal order, polyarchy provides a political code that restricts democratic control over the economy and sanctifies the logic of the market (Burron 2011: 116).“

Ein Verständnis demokratischer Außen- und Entwicklungspolitik erfordert, die Förderung von Demokratie als Interventions- und Herrschaftsstrategie zu analysieren, die auf der einen Seite die demokratische Norm und Form zur Erzielung spezifischer politischer *outcomes* im Empfängerland benutzt, sich aber auf der anderen Seite, sich eben auf diese Normen und Form einlässt. Die Förderung von Demokratie kann den Eigeninteressen nur dienen, solange die Zielpopulation dem demokratischen Projekt zumindest eine gewisse Glaubwürdigkeit und Wirkmächtigkeit einräumt. Inkonsistenzen in der Außenpolitik und doppelte Standards sind also vorzufinden, aber nicht beliebig tolerierbar (vgl. Geis, Wolff 2007: 187). Wolff betont in diesem Kontext, dass es sehr deutlich ist, dass die liberale Demokratie nicht mehr länger als eine konkurrenzlose Vorlage für die politische Entwicklung auf der ganzen Welt betrachtet

werden kann. Der Rahmen für die Förderung von Demokratie, wie er seit Jahrzehnten bestand, hat sich fundamental verändert. Die steigende Anfechtung der Demokratieförderung ist ein Teil, einer breiteren Dynamik der Normenanfechtung in der internationalen Politik. Die gegenwärtige Demokratieförderung durch den Nord-Westen, ist demnach, durch einen globalen Machtwechsel herausgefordert. Wichtig ist für meine Betrachtung, dass die zunehmende normative Anfechtung der Demokratieförderung, die Erosion der liberalen Hegemonie, in einem gramscianischen Sinne signalisiert. Das heißt, das Ende der ideologischen Unangefochtenheit der liberalen Demokratie, welche Wissenschaftler dazu veranlasst, von einer „striking universality“ der demokratischen Norm zu sprechen (vgl. Poppe, Wolff 2013: 2 – 3).

Demokratie ist, wie es der Philosoph W. B. Gallie bezeichnet, ein wesentlich umstrittenes Konzept. Dies bezieht sich auf ein Konzept, in dem verschiedene und konkurrierende Definitionen existieren. An und für sich, sind diese Begriffe hohl und ihre Bedeutung nur aus dem Blickwinkel des sozialen und theoretischen Kontextes ihrer Verwendung zu erkennen. Diese Begriffe beinhalten implizite Annahmen, sind in Ideologie eingehüllt und sind daher Teilmenge von einem breiteren Diskurs, der den Rahmen der politischen oder theoretischen Agenda in Frage stellt. Die wesentlich umstrittenen Konzepte, sind auch die Orte des diskursiven Kampfes, für die Kontrolle der Bedingungen und die Regeln des herrschenden Diskurses (vgl. Robinson 1996: 623).

Wenn US-amerikanische Politiker den Begriff von Demokratie verwenden, ist es eigentlich das, was Robert Dahl als Polyarchie bezeichnete, ein System, in dem eigentlich eine kleine Gruppe herrscht und Massenbeteiligung an der Entscheidungsfindung durch die Auswahl der Führerschaft in den Wahlen begrenzt ist, die sorgfältig dazu durch konkurrierende Eliten gemanagt werden. Die Polyarchie Definition von Demokratie, aufbauend auf den frühen Eliten-Theoretikern des 20. Jahrhunderts, wie z.B. Gaetano Mosca und Vilfredo Pareto, wurde in US-akademischen Kreisen eng mit der Community der Politikgestaltung in den Nachkriegsjahren entwickelt. Laut Samuel Huntington, kulminierte die Definition der klassischen

Definition von Demokratie als Herrschaft (Macht (craters) der Menschen (demos)), um sie realistischer und kompatibler mit der modernen Gesellschaft zu machen, in Dahl's 1971 veröffentlichten Studie, Polyarchie. Polyarchie hat in einem gramscianschen Sinne unter Wissenschaftlern, Journalisten, charismatischen Personen, politischen Entscheidungsträgern, Diplomaten, nicht nur in der USA, sondern auch in der internationalen Gemeinschaft und dem öffentlichen Diskurs generell, Hegemonie erreicht (vgl. Robinson 1995: 646 – 647).

Die Unterscheidung zwischen Polyarchie und Autokratie sollte nicht verharmlost werden, weder theoretisch noch normativ. Die Polyarchie Definition lässt die Frage offen, ob „politische Demokratie“, „ökonomische Demokratie“ begünstigt, oder nicht. Robinson argumentiert, dass Polyarchie als eine besondere Form der Elitenherrschaft, die Funktion der legitimen Existenz von Ungleichheiten ausführt, tut dies aber besser als der Autoritarismus. Die Absicht hinter der Förderung von Polyarchie ist, den inländischen Druck auf Staaten, von untergeordneten Klassen, für mehr politischen, sozialen und wirtschaftlichen Wandel, in einer aufstrebenden globalen Gesellschaft zu entlasten. Kurz gesagt, „the purpose of promoting polyarchy is to remove dictatorships and to preempt more fundamental change [...] more precisely, polyarchic political systems may provide the foundations for a Gramscian hegemony in a transnational setting (Robinson: 626 – 627b).“

Die Polyarchie Definition geht davon aus, dass Demokratie ausschließlich auf den Prozess beruht, so dass es keinen Widerspruch zwischen einem „demokratischen“ Prozess und einer sozialen Ordnung gibt. Eine soziale Ordnung, die von sozialen Ungleichheiten, eine Monopolisierung von gesellschaftlich materiellen und kulturellen Ressourcen durch eine Minderheit, durchzogen ist. Folglich, „under the polyarchic definition, a system can acquire a democratic form without a democratic content or outcome (ebd. 625).“

Kritische Analysen weisen darauf hin, dass die Ergebnisse der dritten Welle der Demokratisierung, generell den Präferenzen der weltwirtschaftlichen und politischen

Zentren weitgehend gleichkommen. Die Förderung von Demokratie zielt demnach bspw. in der Praxis keineswegs pauschal auf die konsistente Umsetzung demokratischer Prinzipien. Unter dem Vorwand der Förderung von Demokratie, wird die technokratische Aushöhlung demokratischer Verfahrensweisen unterstützt, wenn dies der Durchsetzung, präferierter Wirtschaftsreformen dient. Die Errichtung von der oft beschworenen Zivilgesellschaft, entlarvt sich oft als Unterstützung von „formal, urban-based, professional, elite advocacy NGOs“ und wenn Wahlen der Bevorzugung der externen Demokratieförderer eindeutig zuwiderlaufen, wird sogar der Minimalstandard untergraben. Die verdeckte Unterstützung der USA für den Putsch gegen den venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez ist ein historisches Beispiel (vgl. Geis, Wolff 2007: 186).

In vielen Fällen der politischen Interventionen durch die USA in den letzten Jahrzehnten wurde deutlich, dass Demokratieförderung und Wahlinterventionsprogramme, mit US-amerikanischer und transnationaler Elitenpolitik kombiniert wurde. Zu dieser Politik gehören Zwangsmaßnahmen und andere Formen der Diplomatie, Wirtschaftshilfe oder Sanktionen, internationale Medien- und Propagandakampagnen (öffentliche Diplomatie und psychologische Operationen), militärische oder paramilitärische Aktionen, verdeckte Operationen und so weiter. Diese verschiedenen Stränge der US-Außenpolitik werden zu einer kohärenten Strategie, die oft rund um Schlüsselinteressen montiert werden. Das Ziel ist eine tiefe Durchdringung der Zivilgesellschaft und der politischen Systeme des intervenierten Landes (vgl. Robinson 2013: 231).

Robinson betont, dass die Förderung von Demokratie als eine Form des Interventionismus, sich hauptsächlich auf die Zivilgesellschaft konzentriert, im Gegensatz zu formellen Regierungsstrukturen. Diese neue politische Intervention, betont den Aufbau von Kräften in der Zivilgesellschaft, welche mit den dominanten Gruppen in den USA und den Kernregionen des Weltsystems verbunden sind. So spielt die Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle in den Strategien zur Förderung von Demokratie, als eine Arena der Ausübung von Herrschaft (vgl. Venezuelanalysis.com).

Robinson hat verständlich herausgearbeitet, dass es bei der Förderung polyarchischer Ordnungen nicht um wirklichen politischen Wandel geht. Die Absicht dahinter ist die Etablierung hegemonialer Ordnungen in den Ländern des globalen Südens. Es handelt sich um

„die Gleichzeitigkeit von formalem (und d.h. zumindest potenziell realem) politischem *Empowerment* und faktischer Einhegung, die die Fähigkeit der liberalen Demokratie charakterisiert, die Aufrechterhaltung universaler (Gleichheits-) Prinzipien mit der Reproduktion einer höchst ungleichen Macht- und Wohlstandsverteilung zu verbinden (Geis, Wolff 2007: 186).“

Der Übergang zur Demokratie erlaubt so konsensuale Abläufe politischer Konfliktbearbeitung und sozialer Kontrolle. Diese Abläufe sind durch die Funktion der Demokratie als „universal aspiration“ mit „mass appeal“ fähig, radikalen Wandel fordernde Demokratisierungsbewegungen zu demobilisieren, (potenzielle) Eliten die dem Projekt entgegenstehen zu kooptieren und gegen-hegemoniale Ideen zu absorbieren. Demokratisierung und Demokratieförderung eröffnen im Sinne eines gramscianischen Hegemoniebegriffs an dieser Stelle begrenzte Organisations-, Handlungs- und Veränderungsspielräume, um eine unkontrollierte soziale und politische Transition präventiv zu unterbinden (vgl. ebd. 191 – 192).

Wichtig ist es nochmal zu betonen, dass Demokratisierungsbewegungen auf der Welt, nicht als Geschöpfe von Außenpolitik zu verstehen sind. Im Gegenteil, die Veränderung in der US Außenpolitik und die neuen Modalitäten der US Intervention sind speziell dazu gedacht, herauszufordern, zu untergraben und das Ausmaß des politischen Wandels in den Ländern, in denen Massen von Menschen und die Elite für Demokratie kämpfen, zu kontrollieren. Es ist die Durchdringung der kapitalistischen Globalisierung die jedes Land und jede Gemeinschaft auf den Kopf stellt und die alten Formen der politischen Autorität von unten herausfordert. Es ist dieser Punkt, an dem die USA versucht mit den Demokratisierungsbewegungen den politischen Wandel zu kontrollieren. Die USA versuchen die Ergebnisse der Demokratisierungsbewegungen zu bestimmen, bestimmte Gruppen an die Macht zu bringen und andere Gruppen zu marginalisieren. Alle verschiedenen Gruppen, die in den Demokratisierungsprozess involviert sind, kommen auf die eine oder andere Weise unter US-amerikanischen Geltungsbereich. Einige

werden durch Finanzierung, technische Verbindungspersonen, Berater usw. in den Einflussbereich US-amerikanischer Programme gebracht, während andere marginalisiert werden (vgl. Venezuelanalysis.com).

Die verschiedenen Gruppen sind natürlich keine Handlanger der US-amerikanischen Außenpolitik. Diejenigen, die für komplett andere Version kämpfen, also konträr zu den Interessen der USA und dem globalen Kapitalismus, werden an den Rand gedrängt, wenn sie nicht gekauft werden können. Es werden alternative oder parallele Organisationen durch US-amerikanische „operatives“ (und ihre lokalen Verbündeten und Agenten) aufgebaut, eine Finanzierung die machtvoller, moderater, zentralistischer und stärker Elitenorientiert ist. Diese Organisationen und NGOs bekommen die Aufmerksamkeit der internationalen Presse, sie erhalten finanzielle Unterstützung und nehmen Kontakt mit anderen Kräften im Ausland auf. Wir können also Zusammenfassen, dass es drei verschiedene Kategorien von Gruppen gibt. Es gibt diejenigen, die eindeutig Instrumente der US-Außenpolitik sind und das sind keine Gruppen die Demokratie fördern, sondern Demokratisierung begrenzen und den Wandel kontrollieren. Des weiteren gibt es diejenigen, die einfach an den Rand gedrängt werden. Dann gibt es noch diejenigen, die die USA nicht beeinflussen können bzw. die USA ist nicht daran interessiert sie zu marginalisieren und herauszufordern, in diesem Fall versucht die USA diese Gruppen zu kooptieren und zu zügeln. Sehr oft gibt es Menschen mit guten Absichten und Menschen mit einer legitimen politischen Agenda, Demokratisierung, Regimewandel von einem autoritären Herrscher etc., aber aufgrund struktureller oder „on-the-ground“ Umstände wird nichts anderes zugelassen, außenpolitische Operationen oder Intervention der USA und der transnationalen Eliten, ziehen alles an sich heran (vgl. ebd. Venezuelanalysis.com).

Die Behauptung einer skrupellosen „Kriegspolitik“ der Demokratien ist ebenso wenig evident wie die liberale Annahme einer intrinsisch harmonischen Natur von Liberalismus und Demokratie. Wenn mit Gramsci gesprochen, Hegemonie stets „gepanzert mit Zwang“ ist, hegemoniale Ordnungen können demnach, in denen Konsens dominiert, generell in eine durch Vorherrschaft und Zwang gezeichnete nicht

hegemoniale Ordnung umschlagen. Ausgehend meiner hegemonietheoretischen Annahmen, wäre dies aber der Unterschied ums Ganze: Denn der Mehrwert einer hegemonietheoretischen Analyse und genau darum geht es in meiner Arbeit, liegt in der klaren Abgrenzung hegemonialer und nicht-hegemonialer, also z.B. imperialer Ordnungen (vgl. Geis, Wolff 2007: 193).

6. Von Bush zu Obama

„Our nation is strong. Our greatest strength is that we serve the cause of liberty. We support the advance of freedom in the Middle East, because it is our founding principle, and because it is in our national interest (Georg W. Bush März 2003).“

Im Folgenden Kapitel skizziere ich die Begründung und die Ansätze der jeweiligen Förderung von Demokratie unter der Bush und Obama Administration. Hierbei ist es mir wichtig ein Verständnis vom jeweiligen Ansatz zu bekommen. Ich versuche die Kontinuität zwischen der Bush und Obama Strategie aufzuzeigen und die jeweiligen Unterschiede in ihren methodischen Ansätzen zu diskutieren.

Als George W. Bush sein Amt im Januar 2001 antrat, beurteilten viele Experten die Agenda des neuen Präsidenten vergleichsweise einfach („ABC“ – Anything But Clinton). Acht Jahre später, als Präsident Obama sein Amt antrat, betitelten viele den Ansatz des neuen Präsidenten übereinstimmend als („ABB“ – Anything But Bush). Bush vererbte Obama eine Menge an schwierigen Situationen und Krisen: „die unpopulären Kriege in Afghanistan und Irak, die Behandlung von Gefangenen in Guantánamo und an anderen geheimen Orten, die globale Finanzkrise, die Beziehungen zu Pakistan und dem Iran, der Israel-Palästina-Konflikt u.a.m. (vgl. Poppe 2011: 4b).“

Als Präsident George W. Bush im Januar 2009 aus seinem Amt schied, befand sich sein bedeutendstes außenpolitisches Projekt, die weltweite Verbreitung von Demokratie, mit dem Ziel der Beendigung der Tyrannei in unserer Welt, tief in der Krise. Bush hat Demokratieförderung ganz oben auf seine Freedom Agenda geschrieben, für ihn war die Förderung der Demokratie die Quintessenz seiner „global war on terrorism“ Strategie. In vielen Teilen der Welt hat die Politik der Bush Administration zu abweichenden

Verhalten, ja sogar zu offenem Widerstand geführt. Diese Politik wurde in der USA, aber auch international heftig kritisiert (vgl. ebd. 10).

Angesichts der Bürde, die Bush der Obama Administration hinterlassen hat, ist die Frage gerechtfertigt: Quo vadis, Präsident Obama? Hat Obama bei der Demokratieförderung einen neuen Weg eingeschlagen, oder folgt die Förderung von Demokratie der generellen Ausrichtung und den Inhalten seines Vorgängers, wenn auch bis jetzt auf leisere Art und Weise? Während einige der Obama Administration Kontinuität beglaubigen, andere sehen wiederum zweifellos Zeichen des Wandels (vgl. ebd. 10).

6.1 Demokratieförderung unter Bush

Seit den Terroranschlägen des 11. September, ist der Terrorismus in den USA als ein hervorstechendes Thema aufgestiegen. Um mehr Sicherheit zu gewährleisten, wurde der amerikanischen Bevölkerung gesagt, dass sie einen weltweiten Krieg gegen den Terror kämpfen müssen, ihr Blut und die Staatskasse opfern, um weitere Terroranschläge zu verhindern und den Frieden zu sichern. Dies gipfelte sowohl in den Krieg in Afghanistan und im Irak, in den Terror entgegnet und Regimewandel als das beste Mittel zur Verfolgung der eigenen Interessen präsentiert wurde. Seitdem hat der weltweite Krieg gegen den Terror eine zusätzliche Dimension angenommen. Diese Dimension wurde als Freedom Agenda bekannt und wurde von der Bush Administration als der beste Weg zur Bekämpfung des Terrorismus vorgestellt. Demnach erklärte Präsident Bush im November 2003, dass die USA eine Forward Strategy of Freedom in the Middle East verfolgen werden (vgl. Hassan 2008: 268 – 269).

Unter der Bush Administration wurde die Förderung von Demokratie im Nahen Osten eindeutig erhöht und ein zentrales Element der US-amerikanischen Sicherheitsinteressen. Jessica Mathews stellte fest:

„Of all the tectonic shifts in US foreign policy emerging from the aftermath of 9/11, none is more potentially transformative than the widespread conviction in the US policy community that America must reverse its long time support for friendly tyrants in the Middle East and push hard for a democratic transformation of that troubled region (2005: vii – viii).“

Die Absicht hinter der Freedom Agenda war, dass gesamte Spektrum der zur Verfügung stehenden Mittel der USA, für die Förderung der menschlichen Freiheit und Menschenwürde durch effektive Demokratie zu verwenden. Die Ziele davon waren:

- Beseitigung des Terrorismus
- Förderung der regionalen Stabilität
- Förderung des regionalen Wirtschaftswachstums
- Beenden der Tyrannei und die Erschaffung von Frieden (NSS 2006, zit. nach Hassan 2009, 21).

Zweifellos wurden diese Ziele durch liberale Ideale dominiert und die Freedom Agenda ist der vollkommene Ausdruck der „liberal grand strategy“ (vgl. ebd. 22). Die Strategie, „drew upon hegemonic stability theory, democratic peace theory, neoliberal economics, and modernization thesis to justify and operationalize promoting democracy in the Middle East (Hassan 2008: 270).“ Dieser Ansatz wird am besten durch die kühne Behauptung in der National Security Strategy von 2006 deutlich:

„It is the policy of the United States to seek and support democratic movements and institutions in every nation and culture, with the ultimate goal of ending tyranny in our world. In the world today, the fundamental character of regimes matters as much as the distribution of power among them. The goal of our statecraft is to help create a world of democratic, well-governed states that can meet the needs of their citizens and conduct themselves responsibly in the international system. This is the best way to provide enduring security for the American people (NSS 2006, zit. nach Hassan, 2009, 22).“

Die Freedom Agenda wurde demnach entwickelt, um sukzessive die Region über einen Zeitraum von mehreren Generationen zu reformieren und gleichzeitig mit „Freunden“ und „Partnern“ zusammenzuarbeiten. Das Ziel war, die Region schrittweise in eine stabile Lage zu transformieren, die mit der Verfolgung US-amerikanischer Interessen kompatibel ist (vgl. Hassan 2011: 45). Das Novum der Freedom Agenda, ist die Art und Weise in der die Bush Administration versuchte Demokratie durch einen auf Zwang basierenden Regimewandel zu verbreiten und die Forward Strategy of Freedom in the Middle East zu institutionalisieren. Während ersteres sich am deutlichsten durch den Irak-Krieg ausdrückte, kulminierte letzteres in der Stärkung und den Ausbau in der amerikanischen Demokratie-Bürokratie. Es ist wichtig für meine Argumentation zu betonen, dass die Freedom Agenda sowohl aus „carrots“ und „sticks“ besteht (vgl.

Hassan 2008: 22). Diese „carrots“ drücken sich in den verschiedenen regionalen und nationalen Kooperationsinitiativen aus. In meiner regionalen Betrachtung werde ich als dann die einzelnen Initiativen aus der gramscianischen Perspektive analysieren.

6. 2 Demokratieförderung unter Obama

Nachdem Obama 2009 sein Präsidentenamt antritt, behaupteten viele, dass er die Idee der Förderung von Demokratie als ein zentrales Element der US-amerikanischen Außenpolitik den Rücken kehren wird. Das war eine falsche Deutung des Präsidenten und seiner Administration, besonders während der ersten zwei Jahre. Ein Grund warum die ersten zwei Jahre der Obama Präsidentschaft als nachlässig der Demokratieförderung gegenüber erscheinen, ist dass sie nicht von hochkarätigen Ereignissen gekennzeichnet sind (vgl. Bochet 2003: 31). Mit dem Amtsantritt war es klar, dass sich Obama von der Freedom Agenda distanzieren wollte. Obama wies gerne darauf hin, dass die radikale Seite der Freedom Agenda, durch einen pragmatischeren „open handed“ Ansatz ersetzt wird. Darüber hinaus argumentieren viele Kritiker, dass Obama die Freedom Agenda komplett aufgeben wird, aufgrund ihrer giftigen Verbindung zu Präsident Bush (vgl. Hassan 2011: 47).

Präsident Obama distanzierte sich zunächst von der Rhetorik seines Vorgängers, enthärtete die Rhetorik bezüglich der Förderung von Demokratie im Ausland und unternahm erste Schritte, um Amerikas demokratisches Ansehen wieder aufzubauen. Das Obama-Team begann ihren eigenen Ansatz abzustecken, betonten multilaterale Verpflichtung und verschiedene Initiativen, um den normativen und institutionellen Rahmen für die Förderung von Demokratie zu stärken (vgl. Carothers 2012: 5 – 6). In seiner bekannten Rede vom Juni 2009 an der Universität Kairo, wurde sein neue Rhetorik besonders deutlich:

„Each nation gives life to this principle in its own way, grounded in the traditions of its own people. America does not presume to know what is best for everyone, just as we would not presume to pick the outcome of a peaceful election. But I do have an unyielding belief that all people yearn for certain things: the ability to speak your mind and have a say in how you are governed; confidence in the rule of law and the equal administration of justice; government that is transparent and doesn't steal from the people; the freedom to live as you choose. These are not just American ideas; they are human rights. And that is why we will support them everywhere (Obama 2009).“

Die Obama Administration stellte die Förderung von Demokratie damit in einen breiteren Zusammenhang, indem sie Menschenrechte und Entwicklungspolitik direkt damit verbinden (vgl. Poppe 2011: 30). Bezüglich der Förderung von Demokratie auf einer ideellen Ebene kann gesagt werden, dass im Gegensatz zu einigen seiner Vorgänger Obama dazu tendiert, dass amerikanische Modell als ein Ideal für andere Länder herunterzuspielen. Er verzichtet auch auf den liberal demokratischen Triumphalismus, der den amerikanischen Diskurs für Jahre nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion dominierte. Wann immer er Demokratie in seinen Hauptreden angesprochen hat, betonte er, dass die USA das Recht der Anderen respektiert, ihren eigenen politischen Weg zu gehen. Doch jedes Mal, wenn der Präsident und Andere darüber sprechen, die Spezifität und Entscheidungen anderer Länder und Kulturen zu respektieren, haben sie diese Behauptung mit der Standardproklamation verbunden, dass die USA an liberale Werte und Rechte glauben, die nicht verhandelbar sind. Die National Security Strategy erklärt demnach, „America will not impose any system of government on another country, but our long-term security and prosperity depends on our steady support for universal values (NSS 2010, zit. nach Bouchet, 2013, 39).“ Das Fazit aus diesem administrativen Instrument ist, dass die alternativen Wege zur Demokratie innerhalb der Grenzen bleiben, was akzeptabel mit der liberal universalistischen Weltansicht ist. Der eigene Weg den andere Länder einschlagen, muss zu einem Ziel führen, dass für die USA als liberal-demokratisch erkennbar ist (vgl. ebd. 39).

Betrachtet man die Förderung von Demokratie auf einer strategischen Ebene, dann ist die Absicht hinter der Demokratieförderung regionale Partner zu stabilisieren und ihnen zu helfen Konflikte zu beenden. Die Obama Administration beabsichtigt also, demokratische Staaten aufzubauen, die Partner für die kommenden Jahrzehnte sein können. Dieser Gesichtspunkt reflektiert die Bemühungen Entwicklungshilfe mit der Förderung von Demokratie zu verbinden. Im September 2010 unterzeichnete Obama eine Richtlinie zur globalen Entwicklung, die Entwicklung als Eckpfeiler amerikanischer Macht erheben soll. US-amerikanische Strategien sollten demnach Entwicklungsländer und fragile Staaten helfen, demokratische Institutionen aufzubauen.

Laut der NSS: „The United States must support democracy, human rights, and development together, as they are mutually reinforcing [and because] democracies without development rarely survive (NSS 2010, zit. nach Bouchet, 2013, 44).“

Trotz der veränderten Rhetorik und den teilweisen gemäßigeren Ansätzen, bei näherer Betrachtung, hat die Obama Administration die konservative Seite der Freedom Agenda erweitert, durch eine erhöhte Finanzierung der von Bush etablierten regionalen Initiativen (MEPI) und der Ernennung von Tamara Cofman als Deputy Assistant Secretary für den Nahen Osten. In der Tat, Ernennung wie z.B. Anne-Marie Slaughter als Director of Policy Planning, Susan Rice als UN Botschafterin und Samantha Power und Michael McFau im Nationalen Sicherheitsrat, weisen darauf hin, dass die Förderung von Demokratie weit davon entfernt ist, beseitigt zu werden (vgl. Hassan 2011: 48).

Die institutionelle Infrastrukturpolitik hat sich zwar nicht in demselben Maße wie unter der Clinton und Bush Administration entwickelt, aber die Obama Administration hat die Demokratie-Bürokratie und Finanzierung verteidigt, in einer Zeit, in der ein ernsthafter Druck auf dem Bundeshaushalt lag. Der Präsident hat vom Kongress einen kontinuierlichen Betrag für die Demokratieförderung beantragt. Das erste Ersuchen für das Jahr 2010 betrug 2,8 Mrd. US\$. Seine nächsten drei Anfragen betragen 3,3 Mrd., 3,1 Mrd. und 2,8 Mrd. US\$. Das Budget im Jahre 2012 betrug zusätzliche 770 Millionen US\$, um einen neuen Middle East and North Africa Fund einzurichten und um die Transition nach dem Arabischen Frühling zu begleiten (vgl. Bouchet 2013: 48).

In der Folge der 2011 Revolutionen allerdings, neigt die Obama Administration immer mehr dazu, den Bush Ansatz als die präferierte Agenda zu befürworten (vgl. Hassan 2011: 48). Abschließend ist es mir noch wichtig anzumerken, dass man nicht zu viel in die begrenzten institutionellen Innovationen für die Förderung von Demokratie unter der Obama Administration hineinlesen soll. Die Existenz eines gut etablierten rechtlichen und bürokratischen Rahmens, benötigt nicht unbedingt eine große Veränderung oder Erweiterung, beides würde nur Energie und Zeit kosten, die man auch

für die Operationalisierung von Demokratie und die Umsetzung von Maßnahmen verwenden kann. Es ist auch essentiell für meine Betrachtung zu erwähnen, dass wesentliche Veränderung in der Demokratietradition und besonders jeder Rückzug in der Demokratieförderung, nicht als die Vermittlung von bestimmten Präsidenten verstanden werden sollte, sondern als eine Neuordnung der internationalen Machtverhältnisse (vgl. Bouchet: 2013 49 – 51). Meiner Meinung nach ist dies der interessante Punkt an meiner Arbeit. Die MENA Region befindet sich in einer Neuordnung und die Kräfte, die an die Macht kommen, fordern gleichzeitig die internationalen Machtverhältnisse heraus. Zu sehen wie die Vereinigten Staaten von Amerika auf diese historische Zäsur reagieren, ist äußerst interessant.

7. Der Mittlere Osten und Nord Afrika eine regionale Analyse

„The U.S. wants to promote democracy in the Middle East region. Or so it says. In principle, there is no objection to that, for there is no nation in the world - not only in the Middle East - that does not want democracy and that has not struggled for it for a long time. Had the United States said that it was going to help the nations in the region to achieve democracy in accordance with the convictions of these nations, their cultures, civilizations and values, we would have all given a standing ovation to such an initiative.... But the United States wants to turn us into democrats according to a pre-cast U.S. 'vision.' That is, it wants to export its own democracy model and we have but to gulp it down with a glass of water, just like a cure-all pill of medicine. By so doing the U.S. is violating the first principle of democracy: the right to differ and the imperative of respect for the privacy of others. It denies us our right to our own model of democracy, and this in itself is undemocratic. The U.S. is undermining the sublime value of democracy as a political, social and cultural way of thinking. It turns it into a mere 'commodity' that can be shipped and exported to any port, whence it is unloaded and moved to distribution outlets and hence to consumers (Muhammad Abu-al-Hadid März 2004).“

Die Förderung von Demokratie in der MENA Region seit dem 11. September, wurde auf verschiedenen Ebenen verfolgt, keine kann isoliert von der Anderen betrachtet werden. Die erste Ebene besteht aus politischen Initiativen, umfassende Cluster von Projekten, welche die Zivilgesellschaft unterstützen und Staatsinstitutionen reformieren, mit der Absicht dahinter, demokratischen Wandel zu begünstigen. Die zweite Ebene der Demokratieförderung umfasst traditionelle und öffentliche Diplomatie. Immer wieder seit dem 11. September haben öffentliche Kommentatoren und Staatsbeamte, Top-Regierungsbeamte, darunter der Präsident selbst, Collin Powell und Condoleezza Rice betont, dass demokratische Reformen im Nahen Osten zu einem Kernziel der US Außenpolitik in der Region wird. Schließlich, auf einer dritten Ebene, wurde Demokratieförderung zu einem integralen Bestandteil einer interventionistischen

Außenpolitik der USA im Nahen Osten, versinnbildlicht in der Invasion und Besetzung des Irak (vgl. Dalacoura 2005: 963 – 965).

7.1 Bush Administration

Im folgenden Kapitel beschäftige ich mich mit der Institutionalisierung der Freedom Agenda auf der regionalen Ebene. Trotz der dürftigen Behauptung, dass die Förderung von Demokratie im nationalen Interesse liegt, kann die Freedom Agenda als eine Politik des konservativen Radikalismus beschrieben werden. Der Ansatz ist radikal, da er bis zu einem gewissen Maße auf Demokratie besteht und konservativ in seinem Wunsch, die sozioökonomischen Verhältnisse im Interesse der Agenda zu gestalten. Eine solche Strategie ist gefangen zwischen der Förderung von Demokratie und freiem Handel als positiven Weg zur Freiheit und Vorherrschaft im dem Maße, dass negative Freiheit zu Gunsten der hegemonialen Ordnung untergraben wird. In den Situationen, in denen die Bush Administration zwischen diesen beiden Elementen schwankte, führte dies zu einem doppelten Standard in der Freedom Agenda. Hegemonietheoretisch tritt an dieser Stelle der Zwang in den Vordergrund und die Subalternen verlieren das Gefühl geführt zu werden. In diesem Sinne ist nicht von Hegemonie zu sprechen (vgl. Hassan 2013: 9).

Wie ich oben bereits erwähnt habe, besteht die Freedom Agenda aus „carrots“ und „sticks“. Im Folgenden werde ich die „carrots“ analysieren, die im Laufe der Bush Administration etabliert wurden. Dazu zählt die Middle East Partnership Initiative (MEPI, 2002), The Greater Middle East Initiative (GMEI, 2003), The Broader Middle East and North Africa Initiative (BMENA, 2004). Des weiteren gibt es noch die Middle East Free Trade Area (MEFTA, 2003) auf die ich nicht eingehen werde.

7.1.1 Middle East Partnership Initiative

Die Middle East Partnership Initiative bildet den Hauptrahmen für die US-Soft Interventionen im Nahen Osten. Von der republikanischen Regierung im Jahr 2003 gegründet, verfolgt die MEPI politische und wirtschaftliche Reformen als Mittel zur Verbreitung von Demokratie. Die Rhetorik des „war on terror“ kann man als Maßstab der Bush Administration nehmen. Selbst die größten Skeptiker würden zustimmen, dass

die Rede Obamas in Kairo eine Verschiebung im Präsidentschaftston markierte. Doch diese Verschiebung wurde bereits von der republikanischen Regierung eingeleitet, als Bush sein Dachprogramm einleitete. MEPI zielt auf ein Gebiet ab, welches sich von Marokko bis Pakistan zieht. MEPI strebt „weiche“ Reformen an, durch die Verbesserung des Bürger-Unternehmertums, die Stärkung von Frauen und den Aufbau von Zivilgesellschaften, um Demokratie zu verbreiten (vgl. Salime 2010: 725 – 726).

MEPI bezieht sich auf jeden Aspekt der gesellschaftlichen Organisation in der MENA Region und hat bereits eine Vielzahl an „partnerschaftlichen“ Programmen überwacht. Außerdem wurden Mittel zur Unterstützung von NGOs mobilisiert und Training für Frauen, Jugendliche, Unternehmer und politische Akteure zur Verfügung gestellt. Mit den Worten von Bush:

„MEPI expands the U.S. engagement with governments and people of the Middle East to promote economic growth, education, and political freedom. The goal is to build a more peaceful and prosperous Middle East [...] so democracy can spread, education can thrive, economies can grow, and women can be empowered (Bureau of Near Eastern Affairs).“

Anthony Wayne, US Assistant Secretary für Wirtschaft und Unternehmen, betont die wichtigsten Ziele der MEPI, indem er die Programme als „means of sharing experience and opening trade opportunities to create free and dynamic economies that can boost prosperity in the Arab world (Salime 2010: 726)“ definiert. Innerhalb dieser Marktlogik, werden Regierungen, Menschen und die Zivilgesellschaft unter einem neuen Gesellschaftsvertrag zusammengebracht und neue Formen des Regierens werden von Spielern in der MENA Region in Kraft gesetzt.

MEPI beruht auf vier Säulen: Wirtschaft, Politik, Bildung und die Selbstermächtigung von Frauen. Mit der wirtschaftlichen Säule zielt die MEPI auf die Schaffung der notwendigen Rahmenbedingungen für eine marktgerechte, eine vom Privatsektor angetriebene lokale Wirtschaft. William Burns, Assistant Secretary für das Bureau of Near Eastern Affairs erklärt weiter:

„[W]e will support those who are working to open up their economies and expand opportunities for all their citizens [...] we will be strong advocates for enhancing private sector involvement, diversifying economies, and preparing the region’s workforce for the global economy (Burns 2003, zit. nach Salime 2010, 728).“

Daher erscheint Demokratie meist nur rhetorisch auf den „arabischen Straßen“ zu sein, Marktreformen sind es jedoch nicht. Sie berufen sich auf die Schaffung von konkreten wirtschaftlichen, rechtlichen und finanziellen Institutionen, wie z.B. die Middle East Finance Corporation, the Partnership for Financial Excellence, and the Commercial Law Initiative. Diese Institutionen sorgen dafür, dass die Verschiebung von einem teilweisen Wohlfahrtsstaat zu einem Marktstaat, von mehr Regierungen gebilligt wird, während bilaterale Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten unterzeichnet werden (vgl. Salime 2010: 728 – 729).

Durch die politische Säule versucht die MEPI, Institutionen und Prozesse zu entwickeln, die essentiell für aktive Bürgerschaften und Regierungsvertreter sind. Das Ziel ist die Unterstützung von einem erweiterten öffentlichen Raum, in dem demokratische Stimmen im politischen Prozess gehört werden. Die Zivilgesellschaft ist von zentraler Bedeutung für diesen Prozess. MEPI beschreibt dies innerhalb einer liberalen Maxime, als den Ort, indem die Bedürfnisse der Bürger zum Staat vermittelt werden, durch NGOs. MEPI erklärt dazu:

„civil society provides an avenue for the governed to advocate to the government for change organizations is central to the building of educated citizenry actively participating in their own governance (Bureau of Near Eastern Affairs).“

Die Erweiterung der Zivilgesellschaft wird durch die Schaffung von Diskussionsforen, Praktika, Ausbildung von NGO Führern, Besuche in den Vereinigten Staaten, und Konferenzen in der Region, sowie durch Zuschüsse und Finanzierung für NGO Projekte verfolgt. Die Wirtschaft und Politik wird gemeinsam sowohl explizit als auch implizit unter die Bildungssäule gebracht. Wenn von Bildung gesprochen wird verwendet Anthony Wayne, der stellvertretende US-Staatssekretär für Wirtschaft und Handel, überwiegend einen ökonomischen Jargon. Er behauptet folgendes:

„It will be important for host governments to establish strategies to increase infrastructure deployment and foster use of information and communications technologies, including appropriate commercial and regulatory frameworks that spur investment, competition, and innovation (Wayne 2003 U.S. Department of State).“

Nicht nur die Verbreitung von Wissen, sondern auch die Inhalte der Ausbildung wurden genau unter die Lupe genommen und sind weitgehend offen für Marktinterventionen. Erhöhung der Mittel und Anreize im Privatsektor sind von zentraler Bedeutung für die

Bildungsreformen die derzeit den Nahen Osten mitreißen. In der MEPI wird Wissenserwerb in technischen Fachbegriffen wie Führungskapazitäten, Fähigkeiten, Fertigkeiten in Englisch und digitale Gewandtheit ausgedrückt, mit einem besonderen Fokus auf Fernstudien und virtueller Kommunikation (vgl. Wayne 2003: U.S. Department of State).

Dieses Verpacken von Wissen hat weitere Verschiebung in der öffentlichen Bildung sowohl in staatlich geförderter Ausbildung als auch in Beschäftigungsverhältnissen zur Folge, so werden amerikanische und private Sektoren ermächtigt einzuschreiten und Fähigkeiten da zur Verfügung zu stellen wo eine klare Marktnachfrage besteht (vgl. ebd. Wayne). Wir dürfen nicht den US-amerikanischen Drang für die Schaffung von Freihandelszonen und die Notwendigkeit für eine hochqualifizierte, lokal ausgebildete Managerklasse außer Acht lassen. Die Manager muss man als die notwendige Elite für die USA verstehen, da sie zu dem gesellschaftlichen Konsens beitragen bzw. das vorherrschende Paradigma vorantreiben. Die Managerklasse ist für die aufkommende globale Mittelklasse essentiell, deren Subjektivität durch den Staatsdiskurs über das Bürger-Unternehmertum geprägt ist und von dem Wunsch die Grenzen des Nationalstaates durch die Akkumulation persönlicher Privilegien, wie z.B. Visa, Anerkennung, den freien Verkehr von Körpern und transnationaler Vernetzung zu überschreiten. MEPI begegnet diesen steigenden Erwartungen durch das Angebot von Workshops, Lehrbüchern, Bücher in Bibliotheken für Schulkinder und Studenten mit einem Fokus auf Privatunternehmen, Staatsbürgerschaft und guter Regierungsführung. Bildung ist auch der Ort, wo die US-akademischen Institutionen sich machtvoll ins Spiel stürzen, durch Praktika, Stipendien und Partnerschaftsprojekte (vgl. Salime 2010: 730).

In der Studie von Daniel Neep aus dem Jahre 2004 zur Arbeitsweise der MEPI, stellte sich u.a. heraus, dass trotz der erklärten Absicht der Gestalter der MEPI, die überwiegende Mehrheit der Zuwendungen (über 70%) an Programme gerichtet wurde, von denen entweder die arabischen Regierungen direkt profitierten oder Regierungsbeamte durch Seminare und bereitgestellte Schulungen. Nur 18% der Mittel

flossen in die arabischen NGOs (vgl. Durac 2009: 9). An dieser Stelle lässt sich erkennen, dass in den Anfängen der MEPI, die Bush Regierung noch verstärkt auf eine direkte Reformierung der Staatsapparate setzte.

Aus einem offiziellen Dokument mit der Überschrift, Wie arbeitet die MEPI, geht hervor, dass es länderübergreifende Programme für die ganze Region gibt, lokal verwendete Fördermittel und länderspezifische Projekte. Die Absicht hinter den länderübergreifenden Regionalprogrammen wird beschrieben als „Aufbau von Netzwerken für Reformwillige, damit sie voneinander lernen und einander unterstützen können (Luftpost 2014: 2).“ Zur direkten Unterstützung ziviler einheimischer Gruppen werden die lokalen Fördergelder verwendet. MEPI Projekte betreffen mehr als die Hälfte solcher lokaler Gruppen (vgl. ebd. 2). Hieraus lässt sich erkennen, dass es einen Wandel innerhalb der MEPI Strategie gegeben hat, der nun überwiegend auf die Förderung der Zivilgesellschaft setzt.

Für die länderbezogenen Aspekte des Programms und der Vergabe der dafür vorgesehenen Gelder sind beauftragte Mitarbeiter der US-Botschaften zuständig, die in unmittelbarer Verbindung mit den verschiedenen unterstützten NGOs und anderen zivilen gesellschaftlichen Gruppen treten. Die länderspezifischen Projekte werden auf Vorschlag der US-Botschaften, lokaler Reformer und von US-Analysten vor Ort auf die Entwicklungen und Erfordernisse der entsprechenden Länder abgestimmt. Aus neuen politischen Umbrüchen in einem Land können sich neue Absichten und Herausforderungen für die Politik der US-Regierung ergeben, die eine Umstrukturierung, der MEPI Gelder erfordert (vgl. ebd. 2).

Für Salime (vgl. 2010: 735 – 736) wird die Zivilgesellschaft durch die Reformer als Geisel genommen. Bush preist die Reformer wie folgt:

„Reformers in the Middle East are gaining influence, and the momentum of freedom is growing [...] America is working with governments and reformers throughout the Middle East. We are strengthening ties through our Middle East Partnership Initiative (Bush, 2003).“

Es ist klar, dass dieser Diskurs die Samen für die gegenwärtige Polarisierung des

politischen Feldes in der MENA Region pflanzte, entlang der Linien der moderaten Reformisten (zu denen die USA sprechen) und Hardliner (zu denen sie nicht sprechen). Die Reformer werden sorgfältig ausgewählt, um ein Teil von MEPI's Foren, Schulungen und Geschäftsreisen in die USA zu werden. Die Annahme hinter der selektiven Inklusion besteht darin, dass die Reformer die „Werkzeuge“ und Fähigkeiten, die sie in der USA gelernt haben, nach Hause bringen, MEPI's Terminologie verwenden und zu Agenten der Demokratisierung in ihren Ländern werden (vgl. ebd. 736).

Der Prozess der Selektion wird von den Regierungen in Übereinstimmung mit der US-Botschaft und ihren verschiedenen kulturellen und wirtschaftlichen Dienstleistungen betreut. Offensichtlich werden die Profile der Individuen, bevor sie von den Regierungen vorgeschlagen werden, geklärt, bevor sie ihre Visaprivilegien erhalten. Gershman argumentiert, wenn die Anfechtung der Demokratisierung beseitigt ist, wird die Demokratisierung ein Aspekt der Entwicklungspolitik, von der Politik getrennt und weitestgehend von professionalisierten Bürokratien übernommen, die mit den verschiedenen Agenturen in der MENA Region verbunden werden. Die MEPI beseitigt aber nicht nur die Anfechtung der Demokratisierung, sondern Teilnahme wird durch Fragmentierung, Individualisierung und Depolarisation der Akteure hergestellt (vgl. Washingtonpost.com).

MEPI schweigt zur politischen Opposition in der MENA Region und zwar bei den Islamisten, Studenten, Arbeitslosen und Globalisierungskritikern. Der Fokus auf die Zivilgesellschaft verringert bereits die Rolle der politischen Akteure, also der genannten Opposition. Dennoch war die Bush Administration sich nicht darüber im Klaren wie sie mit dem islamistischen Aktivismus umgehen soll. MEPI ignoriert die Rolle der islamischen Moral, der sozialen Solidarität und die Ethik der zinslosen Transaktionen, bei der Gestaltung der unternehmerischen Praxis in muslimischen Ländern. Außerdem hat es der Krieg gegen den Terror Staaten ermöglicht, islamische Fonds erheblich einzuschränken und den Geldumlauf islamistischer Netzwerke zu kontrollieren, MEPI ermöglicht dem globalen U.S. Kapital mit diesen Fonds zu konkurrieren. Dies geschieht durch die Kooptierung eines Teiles der Zivilgesellschaft mit Programmen die für die

jüngere Generation vorgesehen sind (vgl. Salime 2010: 737). Burns spricht davon, dass MEPI nach Wegen sucht, „to expose young people to entrepreneurship and market-based economics through education and skill-development programs like Junior Achievement (Burns 2003, zit. nach Salime 2010, 737).“ Die meisten dieser Programme sind in einem liberalen Rahmen zur Ermächtigung der Frauen formuliert. Die Stärkung der Frauen sind ein wichtiger Faktor in der Reformierung der Gesellschaften in der MENA Region (vgl. ebd. 737).

Die vorangegangene Analyse der MEPI hat gezeigt, dass die Programme die zur Entwurzelung des Autoritarismus dienen und dem Individuum eine größtmögliche Freiheit einräumen sollen, sich eher in der Förderung des freien Unternehmertums und in Mechanismen die Freihandelsabkommen, Freihandelszonen, Mikrokreditprogramme etc. begünstigen, äußert.

7.1.2 Greater Middle East North Africa Initiative

Ende 2003 haben die US-Behörden damit begonnen, den Aufbau der Greater Middle East North Africa Initiative GMEI¹ zu verkünden. Die USA verkündete bereits 2004 die Broader Middle East and North Africa Initiative BMENA während ihrer G8 Präsidentschaft, sie beabsichtigten damit der Forward Strategy of Freedom eine multilaterale Dimension hinzuzufügen. Außerdem wurden einigen gemeinsamen Reformprioritäten zugestimmt. Die BMENA versucht viele Eigenschaften der MEPI zu kopieren. Es wird versucht ein multilaterales Ziel zu verfolgen, zur Förderung von Demokratie und guter Regierungsführung, den Aufbau einer Wissensgesellschaft und den Ausbau der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die BMENA Initiative wurde als eine Partnerschaft zwischen der G8, der USA und der EU vermarktet, zusammen mit den Regierungen der MENA Region, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft der MENA Region (vgl. Hassan 2009: 27).

Die zentrale Initiative die aus dem G8 Gipfeltreffen im US Bundesstaat Georgia hervorging, war das „Forum for the Future“. In diesem Forum treffen sich die

¹ Der Name GMEI wurde etwas später in Broader Middle East and North Africa Initiative BMENA geändert. Der Einfachheit halber werde ich BMENA in den folgenden Seiten verwenden.

Regierungen, Handelskonzerne und Zivilgesellschaften der G8 und MENA Region jährlich, um über Reformmaßnahmen zu diskutieren. Aus den „Forums for the Future“ Treffen haben sich vier Arbeitsgruppen entwickelt:

- „Tax Administration and Policy; (geführt von Ägypten)
- Financial Systems combining Banking System, Financial Sector Reform and Regulation, Financial Services, and Capital Market Development; (geführt von Bahrain)
- Microfinance; (geführt von Jordanien)
- Financing Poverty Alleviation; (geführt von Jemen) (G8-BMENA 2006).“

Eine weitere multilaterale Einrichtung die die BMENA Initiative ausgerufen hat, war die „Foundation of the Future“. Die Stiftung beabsichtigte internationale Fonds zu bündeln und an NGOs in der MENA Region zu verteilen. Die größte Zahlung kam von den USA im Jahre 2006 mit 35 Million US\$. Condoleezza Rice verkündete auf dem „Forum of the Future“ im Jahre 2005:

„The Foundation will provide grants to help civil society strengthen the rule of law, to protect basic civil liberties, and ensure greater opportunity for health and education. But most importantly, the Foundation is a sign that citizens have to be trusted who are working for democratic reform in particular countries, and cities, and villages to use their grant money for the greatest good that they see fit (Rice 12. Dezember).“

Auf einer bürokratischen Ebene hat die Freedom Agenda zur Schaffung neuer Institutionen und Politiken beigetragen. Der ADVANCE Democracy Act von 2007 bildet eine zusätzliche legislative Ebene. Mit dieser Rechtshandlung werden zum ersten Mal Demokratie und Menschenrechte ein wesentlicher Bestandteil US-amerikanischer Außenpolitik. Einer der Neuerungen die damit einhergingen, ist die Etablierung des Democracy Liaison Office DLO mit entsprechenden Beamten. Die Demokratie-Verbindungsbeamte werden in diplomatischen Vertretungen, multilateralen Organisationen und US Kampfkommandos eingesetzt (vgl. Hassan 2009: 30). Zusätzlich weist die ADA die Verantwortlichen der Missionen in nicht demokratischen Ländern und demokratischen Transformationsländer an:

„to Develop, as part of annual program planning, a strategy to promote democratic principles, practices, and values in each such foreign country and to provide support, as appropriate, to nongovernmental organizations, individuals, and movements in each such country that are committed to democratic principles, practices, and values (ADA 2007: 22 USC 8211, zit. nach Hassan, 2009, 30).“

Diese Anweisungen wurden von Anordnungen begleitet, öffentlich Verletzungen gegen international anerkannte Menschenrechte zu verurteilen, lokale Sehenswürdigkeiten zu

besuchen die mit nicht gewaltsamen Protesten verbunden sind und sich mit Regierungsvertretern zu treffen, um mit ihnen über Demokratie und Menschenrechte zu diskutieren. Folglich stellt die ADA eine wichtige Rechtsgrundlage für die US-Außenpolitik auf, um Demokratie zu fördern und um auf die Forward Strategy of Freedom in the Middle East Politik der Bush Regierung aufzubauen (vgl. ebd. 31 – 32).

Die Verkündung der BMENA Initiative war sehr problematisch, besonders aufgrund des negativen Bildes der USA in der MENA Region. Die Invasion im Irak und die Folterskandale im Abu-Ghraib Gefängnis haben besonders zu diesem Bild beigetragen. Es wurde anerkannt, dass die Regierungen in der MENA Region eine solche bevormundende Initiative als eine neue Form der wirtschaftlichen und kulturellen Hegemonie ansehen würden. Sie würden verstehen, dass Washington die Programme der NED aus Osteuropa und dem Balkan in den Nahen Osten erweitern wollen. Das US-amerikanische Office of Management and Budget (OMB) hat die Zahlung von 458 Millionen US\$ für die Förderung von Demokratie verkündet, für die ersten sechs Monate des Jahres 2004 allein im Irak. Es hat sich anschließend herausgestellt, dass die USA eine verdeckte Operation durchführte, um die am 30. Januar 2005 durchgeführten Wahlen im Irak zu manipulieren (vgl. Girdner 2008: 45).

Man kann kein besseres Bild davon bekommen, was mit der BMENA Initiative beabsichtigt ist, als dessen Schwerpunkte hervorzuheben: Business-Initiativen, kaufmännische Ausbildung, Zivilgesellschaft, Menschenrechte und die Ausbildung für Parteiführer. Die Initiative legt nahe, dass das Bahrain Institute of Banking and Finance, mit einem amerikanischen Direktor und einer Partnerschaft mit mehreren US-amerikanischen Universitäten, als ein Modell für andere Länder dienen könnte. Die Initiative bietet einen Platz für US-amerikanische Universitäten, ihre Bildungsprogramme, abgestimmt auf die Bedürfnisse der Unternehmen, in der MENA Region zu vermarkten. Es wird gesagt, dass der Schlüssel für die Initiative die Entfesselung des privaten Potenzials der Region ist, unter der Schirmherrschaft des westlichen und US-amerikanischen Kapitals (natürlich war das schon immer eine US-amerikanische Voraussetzung, damit sich eine Region auf der Welt entwickeln darf)

(vgl. ebd. 46).

Auch die BMENA Initiative betont das Wachstum einer unternehmerischen Klasse, damit Demokratie und Freiheit gedeihen kann. Dies gibt auch einen Hinweis auf die Art der Demokratie, die das Programm zu fördern versucht. Ein neoliberaler kapitalistischer Rahmen, der Freiheit für das westliche Kapital bietet und als Demokratie definiert ist, dies ist das gewünschte Endprodukt. In der Tat ist es weitgehend anerkannt unter seriösen politischen Ökonomen in der heutigen globalen politischen Ökonomie, dass es einen scharfen Widerspruch zwischen Kapitalismus und Demokratie gibt, zwischen Unternehmensgewinne und Demokratie sowie zwischen Unternehmenssteuerung und Demokratie. Die BMENA Initiative befasst sich eindeutig mehr mit der Freiheit für das Kapital als mit dem Frieden für menschliche Individuen (vgl. ebd. 46).

Die Initiative fordert auch die Einrichtung einer Greater Middle East Development Bank (GMED Bank), eine Partnerschaft dessen Schwerpunkt auf der Beseitigung der Hindernisse für transnationale Finanztransaktionen liegt. Mit anderen Worten, neoliberale Finanzmarktliberalisierung, die in den letzten Jahren die Ursache für viele Finanzkrisen auf der ganzen Welt ist, wird eine hohe Priorität eingeräumt. Finanzdienstleistungen werden liberalisiert, um die Vermarktung und die Kontrolle der lokalen Finanzinstitute durch das westliche Kapital zu ermöglichen. Der interregionale Handel wird gefördert, die Länder werden gedrängt der WTO beizutreten und es gibt Exporthandelszonen, die als Business-Inkubations-Zonen (BIZ) und Sonderhandelszonen bezeichnet werden. Dies wird den Prozess der Maquiladorization des Nahen Ostens erhöhen. Natürlich, wenn kleinere Unternehmen erfolgreich durch die Dollar der US-Steuerzahler werden, werden die großen Haie der westlichen Konzerne da sein, um sie aufzukaufen und um das Fundament der Firmen zu erweitern, für die Kapitalakkumulation im globalen Maßstab. Aus dem oben genannten sehen wir, dass die BMENA Initiative eindeutig ein schmaler Grad eines Keiles ist, um die ganze MENA Region unter dem Banner der neoliberalen Unternehmenskontrolle zu transformieren. Die Araber waren nicht unrealistisch als sie die Initiative als einen Versuch bezeichneten, die MENA Region unter imperialistischer Kontrolle zu

bekommen (vgl. ebd. 46 – 47). An dieser Stelle muss ich nochmals betonen, dass es sich in meiner Arbeit genau um den Unterschied zwischen der imperialistischen und der hegemonialen Kontrolle handelt. Bei der imperialistischen Kontrolle würden die Menschen in der MENA Region die BMENA Initiative als eine pure Auferlegung empfinden.

Während die ersten Reaktionen in der MENA Region auf die BMENA Initiative negativ waren, wird argumentiert, dass das Programm auch einige unmittelbare positive Ergebnisse hervorbrachte, so wurden einige Regierungen gezwungen, Reforminitiativen zu ergreifen. Was aus meiner Perspektive nur ein weiterer Schritt in Richtung Transformation der autoritären Regime ist. In Ägypten hat der Rechtsausschuss der Regierung einen Nationalen Rat für Menschenrechte (NCHR) ernannt. Dieser Ausschuss hatte immer wieder empfohlen, dass der Ausnahmezustand in Ägypten aufgehoben werden muss. In Libyen hatte Gaddafi zugesagt, den Ausnahmezustand aufzuheben. Die palästinensische Autonomiebehörde hatte bekannt gegeben, dass Wahlen abgehalten würden. In Saudi Arabien veranstaltete Kronprinz Abdullah eine Reihe von Nationalen Dialog-Foren und versprach, dass Gemeinderatswahlen stattfinden würden. Mit diesen Bemühungen haben die Staaten zu einem gewissen Grad versucht dem Druck des Westen zuvorzukommen (vgl. ebd. 48).

Die Arabische Liga verabschiedete die Tunis Deklaration am 22. Mai 2004, welche zum Ausdruck bringt, „commitment to the humanitarian principles of noble values of human rights [...] freedom of expression, thought, belief, and the independence of the judiciary (Meforum.org).“ Zweiundzwanzig arabischen Regierungen verpflichteten sich, Reformen und Modernisierungen einzuleiten, demokratische Praktiken zu konsolidieren, die Teilnahme in politischen, ökonomischen, sozialen, kulturellen und Bildungsbereichen zu vergrößern (vgl. ebd. Meforum).

Viele arabische Regierungen signalisierten also ihre Reformbereitschaft für „home-grown“ Vorschläge, anstatt der BMENA Initiative. In diesem Zusammenhang hielt Präsident Mubarak seine Eröffnungsrede vor Intellektuellen und Repräsentanten der

Zivilgesellschaften, bezüglich Reformen in der arabischen Welt. Aus der Konferenz ging die Alexandria-Charta hervor, welche für die Annahme von weitreichenden Reformen in politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Bereich plädiert. In diplomatischer und nicht-bindender Sprache formuliert, klingt die Alexandria-Charta in vielerlei Hinsicht wie eine höfliche und verwässerte Version der BMENA Initiative. Wie die BMENAI:

„it called on Arab governments (without naming any) to accept alternation of power, competitive elections and term limits, to strive for improving the climate for the private sector, to raise standards of living for the population, and to enhance the participation of women in all aspects of society (Baroudie 2007: 397).“

Sami E. Baroudi (vgl. 2007: 390) analysiert arabische Intellektuelle wie sie die USA in arabischen Zeitungen darstellen. In einer Fallstudie untersucht er die Reaktionen der Intellektuellen auf die BMENA Initiative. Er kategorisiert die Kritiken nach bestimmten Vorwürfen. Im Folgenden werde ich einige Vorwürfe der Intellektuellen zitieren, um auch ein Bild von den gegen-hegemonialen Tendenzen zu bekommen. Ich werde die Argumente zitieren, die in Einklang mit meinem theoretischen Ansatz sind bzw. mit der Kritik an der Förderung von Demokratie. Es ist wichtig, auch diese Perspektive mit hinein zu nehmen, da ihre Meinung die öffentliche Wahrnehmung beeinflusst.

Der tunesische Außenminister Rafiq Abd al-Salam nimmt kein Blatt vor dem Mund, wenn es um das amerikanische Modell der Demokratie geht:

„Contrary to the claims of many liberals, democracy does not represent a transparent system that reflects the general will of the citizens; quite often democracy embodies the interests of a political elite that is highly trained in the techniques of concealment and deception and in the usage of oratory and play on words in order to promote the interests of powerful groups in the financial, media and security domains (Abd al-Salam 2004, zit. nach Baroudi, 2007, 400).“

Für die arabischen Autoren ist die GMENA Initiative eine bloße Nebelwand, um die amerikanischen Pläne zu verdecken. Der libanesisch-christliche Autor Ilyas Sahab, der sarkastisch schreibt:

„As if the Arabs in the twenty-first century needed the present US Administration to coin the expression ‘Greater Middle East’ in order to be reminded that the entire Arab region, since the collapse of the Ottoman Empire, is still placed in the morgue of global politics, under the knives of major powers, which slice it according to their interests and expansionist and imperialist projects (Sahab 2004, zit. nach Baroudi, 2007, 408).“

Der einflussreiche Autor Abd al-Wahab Badrakhan bemängelt die USA dafür, dass sie

die betroffenen Parteien nicht konsultiert hat, bevor sie ihre demokratische Initiative bekannt gegeben hat und für die Verschleierung ihrer wahren Interessen. Er schreibt:

„The problem with this American Initiative is its American authorship. The United States [...] says it worries about the welfare of societies that [we know] it despises and shows enmity towards. What it really seeks is a region that it molds and administers through American (and Israeli) officials (Badrakhan 2004, zit. nach Baroudi, 2007, 409).“

Generell hat sich herausgestellt, dass die meisten arabischen Autoren davon überzeugt sind, dass die USA weder aufrichtig noch ernst sind, wenn es sich um die Förderung von Demokratie in der arabischen Welt handelt. Nach ihrer Ansicht wird die US-Nahostpolitik durch eine ganze Reihe von Fragen dominiert, neben der Förderung der Demokratie. Viele Autoren gehen einen Schritt weiter und argumentieren, dass die Demokratisierung der arabischen Welt, die amerikanische Agenda mehr hindert als ihr zu dienen. Hazem Saghiyeh weist z.B. darauf hin, dass das wahrscheinlichste Ergebnis der Demokratisierung, die Wahl von radikalen islamistischen Gruppen ist (vgl. Baroudi 2007: 410).

Aus der vorangegangenen Analyse der BMENA Initiative wurde deutlich, dass die USA überwiegend Programme fördert, die auf die Transformation der MENA Region nach neoliberalen Prämissen abzielt. Das heißt, die Programme die eigentlich die Demokratie fördern sollten, zielen auf die Herausbildung bzw. Verfestigung einer Wirtschaftselite ab. Dies ermöglicht die neoliberale Kontrolle der MENA Region unter dem US-amerikanischen Kapital. Natürlich muss man Programme, die die Selbstermächtigung der Frauen fördern als positiv bewerten, aber der Neoliberalismus ermächtigt die Frauen nur noch mehr Potenzial für seine Verbreitung freizusetzen.

7.2 Obama Administration

Die Freedom Agenda erfordert eine weitere Analyse, da sie ein institutionelles Erbe für die Obama Administration darstellt. Während Präsident Obama einen pragmatischeren Ansatz für den Umgang mit der MENA Region signalisierte und Aufrufe zur Verfolgung der Freedom Agenda herunterspielte, hat seine Administration dennoch die Verbindung zwischen der Förderung von Demokratie und dem Kampf gegen den Terrorismus akzeptiert. Der konservative Radikalismus unter der Bush Administration wandelte sich,

zu einem konservativen Pragmatismus unter der Obama Administration. Obama versuchte demnach Regime wie Syrien und den Iran zu erreichen, versuchte aber weiterhin die MENA Region in Partnerschaft mit den autoritären Regimen zu reformieren (vgl. Hassan 2013: 9). Natürlich verkomplizierte sich die konservative Strategie der Obama Administration mit dem Arabischen Frühling von 2011. Das Außenministerium begann einen neuartigen und dynamischeren Ansatz zur Förderung von Demokratie zu entwickeln, durch die Digitalisierung der Freedom Agenda und das Eingreifen in die Revolution jenseits des Staates (vgl. ebd. 165).

Der pragmatische Ansatz der durch die Obama Administration angenommen wurde, vermittelt mit Sicherheit eine gemischte Wahrnehmung, die vor allem den Eindruck vermittelt, dass die US-amerikanische Außenpolitik die Freedom Agenda über Bord geworfen hat (vgl. ebd. 159). Der größte Unterschied zwischen Bush und Obama in der Förderung von Demokratie ist, dass sich Obama der radikalen Dimension entledigt hat. Er wollte sich vom Irakkrieg als ein Instrument zur Förderung von Demokratie distanzieren. Abgesehen davon, ist Obamas Förderung der Demokratie nicht viel anders als die von Bush. Die Rhetorik um die Förderung der Demokratie hat sich verändert, Demokratie wurde durch Würde und Entwicklung ersetzt. Obamas Ansatz ist freigiebiger und pragmatischer, aber der konservative Strang der Bush Freedom Agenda hat sich erweitert, hauptsächlich durch die MEPI (vgl. Shahi 2010: 3). Im FY2009 wurden der MEPI 50 Millionen US\$ genehmigt, welches im FY2010 erheblich auf 65 Millionen US\$ stieg und 80 Millionen US\$ im FY2011. Die Ernennung von Tamara Coffman Wittes zum „Deputy Assistant Secretary for Near Eastern Affairs“, die seit langem fordert, dass die Förderung von Demokratie ein wesentlicher Bestandteil der US-amerikanischen Außenpolitik sein muss, ist ein wichtiger Hinweis darauf, dass die Demokratieförderung ein zentrales Element in der Außenpolitik von Obama ist (vgl. Hassan 2013: 160).

Mit der Veröffentlichung des Quadriennale Diplomatie and Development Review (QDDR) Ende des Jahres 2010 wurde deutlich, dass die Obama Administration eine nachhaltigere Form von Demokratie zu fördern beabsichtigte:

„Through an aggressive and affirmative development agenda and commensurate resources, we can strengthen the regional partners we need to help us stop conflict and counter global criminal networks; build a stable, inclusive global economy with new sources of prosperity; advance democracy and human rights; and ultimately position ourselves to better address key global challenges by growing the ranks of prosperous, capable and democratic states that can be our partners in the decades ahead (QDDR 2010: ix).“

Diesen vielseitigen Ansatz haben einige Autoren als Obama's nachhaltige Förderung von Demokratie bezeichnet. Er stellt eine teilweise Verschiebung von neoliberalen Modernisierungsthesen dar und Entwicklung wurde als eine Annäherung zur Demokratisierung verstanden. Dieser Ansatz beschäftigt sich aber nicht notwendigerweise mit den Problemen der informellen Reglementierung, die ein Teil des institutionalisierten imperialen Rechts der Bush Administration war. Der Ansatz blieb konservativ und teilte ähnliche Ziele in der Gewährleistung einer graduellen Transformation der MENA Region, die mit den US-amerikanischen Interessen kompatibel ist. Während die USA einen neoliberalen Ansatz zusammen mit den Regierungen als einen „top-down“ Prozess verfolgten, konzeptualisierten die USA jetzt einen Modernisierungsansatz der als „bottom-up“ zu bezeichnen ist. Dies ist als eine Korrektur der Methoden und Instrumente der Freedom Agenda zu verstehen. Das Ziel dieser Strategie war die freie-Markt Demokratisierung mit der Technik der Auslandshilfe und Entwicklung zu ersetzen, um kontinuierliche Herrschaft zu erreichen, die in Einklang mit den US-amerikanischen Interessen in der MENA Region sind. Diese Einstellungen der Freedom Agenda zielt letzten Endes auf dieselben Ziele wie die Bush Administration ab. Die USA hat weder durch die Strategie der Förderung von Freihandel oder Entwicklung die Langzeitpartner in der MENA Region aufgegeben, sondern haben kontinuierlich in einer Partnerschaft mit ihnen zusammengearbeitet. Die Entwicklungsstrategie forderte die Macht der MENA Regime nicht heraus. Der Hauptfokus der USA lag auf der Unterminierung der islamistischen Gruppen, durch die Anwendung von Entwicklung, als ein Instrument für socially engineering in der MENA Region (vgl. Hassan 2013: 164).

Jenseits des Staates: Zivilgesellschaftliche Partnerschaften

Die Zusammenarbeit mit Gruppen der Zivilgesellschaft bildet die intellektuelle Basis für Obama's digitalisierte Freedom Agenda und den Reformen denen die existierenden Freedom Agenda Institutionen unterzogen wurden. Im Jahre 2009 traf die Obama Administration die Entscheidung, bilaterale Förderung nur an NGOs zu vergeben, die bei den Regierungen registriert waren. Im Jahre 2010 gab es vermehrte Aufrufe für Dialoge mit der Zivilgesellschaft und vor allem sich jenseits des Staates zu engagieren (vgl. QDDR 2010). Solche Ansätze bauen vermehrt auf einige Aktivitäten auf, die im Forum of the Future durchgeführt wurden. Im Jahre 2009 wurden z.B. hohe Regierungsvertreter aus der MENA Region auf die selbe Plattform wie die Vertreter der Zivilgesellschaften untergebracht, um über gemeinsame Probleme zu reden (vgl. Hassan 2013: 168).

Der Fokus auf zivilgesellschaftliche Partnerschaft wurde bereits in der MEPI gefestigt. Seit dem Jahre 2004 hat die MEPI ein lokales Unterstützungsprogramm entwickelt, welche Fonds an einheimische NGOs bereitstellt, durchschnittlich 50.000 US\$ kommen von den US-amerikanischen Botschaften. Dennoch blieb dieser Beitrag ein begrenzter Anteil am gesamten MEPI Programmportfolio. Die Obama Administration steigerte sowohl den durchschnittlichen Betrag der lokalen Unterstützungsprogramme als auch den Anteil an MEPI's gesamten Portfolio. Dies führte zu einer gesteigerten Förderung der einheimischen NGOs, „close to the ground in the region [...] backed up by branch management staff in the regional offices in Tunis and Abu Dhabi (Wittes 2010, zit. nach Hassan, 2013, 168).“ Viele der Empfänger der Fonds beschreiben MEPI als flexibel, risikobereit und als die Finanzierungsquelle für neue und innovative NGOs.

Die Fördergelder werden in Botschaften ausgemacht, auf der Basis von persönlichen Beziehungen und Netzwerken, dies macht es kleineren NGOs schwerer in solchen Kreisen zu verkehren und die selben Beziehungen zu entwickeln, die für das Geber-Empfänger-Verhältnis notwendig sind. Die Verschiebung zu einer verstärkten Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft, in einer nachhaltigeren und häufigeren Weise, durch das Forum of the Future, die Internet Freedom Agenda und MEPI's lokales

Förderprogramm, machte Obama's Freedom Agenda markanter und markierte eine teilweise Entwicklung in der Institutionalisierung der Freedom Agenda. Es gibt natürlich immer reformorientierte Programme, aber unter der Bush Administration war dies oft konservativ begrenzt und war mit Sicherheit nicht digital, denn Seiten wie Facebook und Twitter hatten wenig Bedeutung in den letzten Jahren der Bush Administration. Die Strategie der Obama Administration war demnach auffälliger und charakteristischer wie sie mit der Zivilgesellschaft qualitativ und quantitativ zusammenarbeitete. Diese Verschiebung wurde durch Empfänger von Fördergeldern wahrgenommen, einer von ihnen kommentierte dies, „that under Obama there was a less imperialist and colonial way of thinking of things (vgl. ebd. 169)“ Diese Wahrnehmung reflektiert, dass der beratende Ansatz der Obama Administration verbesserungsfähiger ist und demonstriert bestimmte Vorteile, die von der Einsicht der Administration, dass fundamentaler Wandel von innen kommt, stammt. „If you believe that, than that is where you have to invest (Wittes 2011, zit. nach Hassan, 2013, 169).“

Sobald die USA auf die Umbrüche in der MENA Region eingegangen war, untermauerte die Obama Administration die demokratischen Entwicklungen mit entsprechenden Strategien. In Tunesien und Ägypten z.B. sprach sich die Administration für einen demokratischen Wandel aus und stellte die verschiedensten Finanzierungsquellen zur Verfügung. „New ranges of programmes from election's administration, civic education and political party development (Carothers 2012, zit. nach Hassan, 2013, 175)“ wurden unterstützt. Vor der Revolution in Tunesien z.B. arbeitete die MEPI mit fünf NGOs zusammen, aber nach der Revolution stieg der Bedarf nach lokalen und internationalen NGOs in die Höhe. Als ein Resultat begann die MEPI Fördergelder zu verteilen. Die Flexibilität der MEPI erlaubte es relativ rasch auf die Krise zu reagieren. MEPI warf zuallererst Geld auf Tunesien und Ägypten, darauf folgte eine Koalitionsbildung zwischen den NGOs und sie etablierten ein regionales Netzwerk. Allerdings hatte MEPI 10 Jahre institutionelle Erfahrung auf die sie sich stützen konnte, es wurde das MEPI „alumni“ Netzwerk mobilisiert, Seminare ausgerollt auf denen man gelernt hat wie man mit sozialen Medien umgeht, als ein Instrument der Interessenvertretung. Es wurde sichergestellt, dass sich Aktivisten auf Konferenzen

treffen und schließlich wurde versucht, das ein Lernprozess während des anhaltenden revolutionären Wandels einsetzt (vgl. ebd. 175).

Diese anfänglichen Schritte sollten zu dem neuen Ansatz beitragen, den der Präsident am 19. Mai 2011 als „a bold new approach to foreign policy“ für die MENA Region ankündigte. Der Präsident argumentierte, dass die Revolutionen durch die Verweigerung von Würde verursacht wurden, einem Mangel an politischer und ökonomischer Selbstbestimmung. Er folgerte, dass die MENA Region in einen Prozess eines jahrelangen Wandels eintritt und daß dieser Prozess seine Höhen und Tiefen hätte, die Amerikas Kerninteressen herausfordern. Dennoch versprach er den Ländern der MENA Region, diesen Prozess partnerschaftlich zu begleiten (vgl. ebd. 176). Er signalisierte jedoch deutlich, dass solche Partnerschaften auf langer Sicht problematisch sind, wenn autokratische Regime keine Reformen anstreben:

„The status quo is not sustainable. Societies held together by fear and repression may offer the illusion of stability for time, but they are built upon fault lines that will eventually tear asunder. So we face a historic opportunity [...]. There must be no doubt that the United States of America welcomes change that advances self-determination and opportunity (Obama 19. Mai 2011).“

Dieser neue Ansatz in der US-amerikanischen Außenpolitik war auffallend ähnlich mit Bush's Freedom Agenda und spielte die inkrementellen Innovationen der Obama Administration herunter, die er im Laufe seiner Amtszeit gemacht hatte. Er appelliert an ähnliche Prämissen, die in der liberalen grand strategy der Bush Administration vorzufinden sind, Obama argumentiert, „after decades of accepting the world as it is in the region, we have a chance to pursue the world as it should be (Obama 2011, zit. nach Hassan, 2013, 176).“ In diesem Kontext, begann der Präsident mehr als nur eine übergreifende Erzählung für seinen Ansatz in der MENA Region zu konstruieren. Er setzte eine liberale, wenn auch pragmatische grand strategy in Gang, unter der Überschrift von politischen Reformen, Menschenrechten und ökonomischen Reformen. Die neue Strategie soll helfen Reformen in der MENA Region einzuleiten (vgl. ebd. 176).

Es wurde deutlich, dass Obama die Bush Doktrin eher re-kalibrierte, als sie über Bord zu werfen. Walter Mead argumentiert in diesem Zusammenhang, dass „[...] in many

ways we are living through George W. Bush's third term in the Middle East, and neither President Obama's friends nor his enemies want to admit it [...] (The-american-interest.com).“ Es lässt sich demnach behaupten, dass sich die Obama Administration das institutionelle Erbe der Bush Administration zu Nutze gemacht hat. Die veränderte Rhetorik und der pragmatische Ansatz sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die beiden Administrationen ein gemeinsames Ziel verfolgen. Die Verlagerung auf die Zivilgesellschaft, besonders seit dem Ausbruch der Revolution, verdeutlicht die Rolle der Zivilgesellschaft in der graduellen Transformation der MENA Region. Der institutionelle Aufbau zivilgesellschaftlicher Organisationen wie z.B. die MEPI, verdeutlicht, dass die USA versucht eine Gruppe hervorzubringen, die nach den neoliberalen Spielregeln spielt. Eine detailliertere Analyse im nächsten Kapitel an dem Fallbeispiel Ägypten soll diese Entwicklungen verdeutlichen.

8. Ägypten ein Fallbeispiel

„We don't interfere in the politics of any other country. [...] What we do is to make available the benefits of America's experience with democracy to those civil society groups that might be interested in taking advantage of it. That is consistent with our practice in many countries around the world and it is consistent with international standards (Deputy Secretary William Burns).“

Demokratieförderung kann mehrere Formen innerhalb eines vielschichtigen Systems von Geopolitik, internationalen Angelegenheiten und Entwicklung annehmen. Sie kann rangieren von stillschweigenden diplomatischen Druck, Unterstützung von Wahlbeobachtung bis zur vollständigen Beseitigung von einem Regime wie in den Fällen Irak und Afghanistan (vgl. Badawi 2012: 51). Der Fokus in meinem Fallbeispiel wird auf „democracy assistance“ liegen. Acuto versteht darunter:

„the provision of support (either financial, cultural, or material) to 'democratic agents' in the process of democratization, without entailing direct intervention. It seeks to foster the conditions for the rise of a democratic regime, such as NGOs patronage or diplomatic pressure, and is thus, a quiet support for democracy (2008: 464).“

In meiner Analyse der US-amerikanischen Förderung von Demokratie in Ägypten beabsichtige ich nicht ein erschöpfendes Narrativ der Ereignisse (besonders des Arabischen Frühlings und seine Folgen) während der Bush und Obama Administration darzulegen. Darüber hinaus sollen die Handlungen die in den kommenden Seiten

dargestellt werden, nicht als Anti-Arabischer Frühling verstanden werden oder als ein Versuch, „to smear the name of what is one of the most important paradigm shifts of the modern age, a true victory for people power and a warning to autocratic dictatorships around the globe (Berger 2013: 327).“ Es gibt viele Werke da draußen, die das Problem der Demokratieförderung untersuchen und ein großer Teil von ihnen geißeln die Aufstände als geplante Revolution, eine Verschwörung geboren in den Hallen des US-amerikanischen Außenministeriums und ausgeführt von Lockspitzeln und nützlichen Idioten (vgl. ebd. 327). Ich glaube, dass dieser Ansatz falsch ist. Ich möchte auch nicht, dass stereotype Bild von westlichen Pro-Demokratie-Aktivisten, die mit inländischen NGOs verbunden sind und zusammen gegen den Autoritarismus der MENA Region auftreten, simplifizieren. Deshalb möchte ich an dieser Stelle betonen, dass es ein sehr komplizierter und verworrener Prozess ist. In der folgenden Fallstudie werde ich die Mittel und die Bedingungen analysieren, unter denen die USA versucht, einen politischen Wandel in Ägypten herbeizuführen.

8.1 Die Beziehungen zwischen den USA und Ägypten

Ägypten existierte Jahrzehnte unter einer Autokratie, die demokratische Entwicklungen erstickte. Die US-amerikanische Außenpolitik akzeptierte stillschweigend diesen Zustand zu Gunsten von Sicherheit und Stabilität. Nach den Terroranschlägen vom 11. September änderte sich diese Haltung und es wurde Platz für die Freedom Agenda gemacht (vgl. Glassman, Glickman 2011: 15). Die USA unterhält dennoch auf lange Sicht gute Beziehungen zu Ägypten um folgende Ziele zu erreichen: Den sowjetischen Einfluss im Mittleren Osten zu minimieren, den Arabisch-Israelischen Frieden zu verfolgen, Terrorismus zu bekämpfen, ökonomische und politische Reformen zu fördern. Der Stellenwert von Ägypten hat demographische, geographische, politische, religiöse und kulturelle Aspekte. Ägyptens momentane Bevölkerung beträgt ca. 82 Millionen Menschen, bei einer wachsenden Rate von 2% jährlich (vgl. Dunne 2011: 72). Nach Aussage von Fahmy ist Ägypten „the cultural and intellectual center of the Arab world, and events there tend to have an impact far beyond its borders (Ahmed 2009: 1).“ Mit einem Viertel der Bevölkerung in der arabischen Welt und der geostrategischen Lage zwischen Asien und Afrika, ist Ägypten das wichtigste arabische

Land, in dem die Bush Administration sich bemühte, Demokratie zu fördern (vgl. Dunne 2009: 132). Die Relevanz Ägyptens, aus Sicht der USA zeichnet sich besonders an den finanziellen Zahlungen ab. Ägypten hat mehr militärische und ökonomische Hilfe bekommen, als jedes andere Mitglied der Organisation of Islamic Cooperation. Zwischen 1979 und 2009 erhielt Ägypten ca. 65 Milliarden US\$ (vgl. Dunne 2011: 73). Die ursprüngliche Basis der Beziehungen zwischen Ägypten und den Vereinigten Staaten in der Neuzeit ist der Friedensprozess mit Israel. Seit dem Camp-David-Abkommen von 1978 und der Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel im folgenden Jahr, wurde Ägypten ein wichtiger strategischer Verbündeter der Vereinigten Staaten (vgl. Durac 2009: 82).

Die US-amerikanische Politik gegenüber Ägypten durchlief erheblichen Wandel in den Jahren zwischen dem Zusammenbruch des Arabisch-Israelischen Friedensprozesses im Jahre 2000 und zum Ende der Bush Administration. Die Ziele der USA gegenüber Ägypten änderten sich mit dem 11. September. Die USA schätzte aber weiterhin die ägyptische Stabilität und die militärischen und diplomatischen Beziehungen. Die USA hatte auch ein Interesse an Ägyptens ökonomischer Entwicklung. Im besonderen die Entwicklung weg von einer staatlichen zu einer freien Marktwirtschaft. Die im Jahre 2002 angesetzten politischen Reformen und die etwaige Demokratisierung Ägyptens, sind als ein neuer Ansatz zu verstehen. Im November 2003 wurde von Bush zum ersten Mal geäußert, dass „the great and proud nation of Egypt has shown the way toward democracy in the Middle East (Bush 2003, zit. nach Dunne 2011, 77).

8.2 Demokratieförderung unter Bush

Im Folgenden werde ich die Entwicklungen skizzieren die den Wandel der politischen Strategie der Bush Administration verdeutlichen soll. D.h., den verstärkten Fokus auf die Zivilgesellschaft. Ich schaue mir die Rahmenbedingungen an unter denen der Wandel hervorgerufen werden soll. Dies geschieht anhand einer chronologischen Betrachtung.

8.2.1 Freedom Agenda 2001 – 2004 und der verstärkte Fokus auf die Zivilgesellschaft

Demokratieförderung muss in den oft durch das autoritäre Regime begrenzten politischen Raum vorgehen. Dies macht Demokratieförderung zu keiner leichten Aufgabe, denn die Aufforderungen zur politischen Reform (unabhängig von der Herkunft der Aufrufe) betrachtet das Regime als bössartig und feindselig, insbesondere wenn politische Reformen nicht ganz oben auf der Agenda stehen, wie im Falle Mubarak's (vgl. Badawi 2012: 56).

Der verstärkte Fokus auf die Förderung von Demokratie nach dem 11. September 2001 in der MENA Region, versetzte das Mubarak Regime unter zunehmenden US-amerikanischen Druck, politische Reformen zu beschleunigen und Ägypten demokratischer zu machen. In dem Bemühen, die Reformagenda ohne Verzicht auf ihre Macht zu kontrollieren, haben Mubarak und die regierende Nationaldemokratische Partei (NDP) einige politische Reformen eingeleitet und unterstrichen dabei die Notwendigkeit von Wirtschaftswachstum als Voraussetzung für einen demokratischen Wandel (vgl. Sharp 2008: 7).

Demnach verstand Mubarak sehr wohl, dass Liberalisierung sowohl die ökonomische als auch die politische Sphäre beinhaltet. Infolge des zunehmenden US-amerikanischen Drucks war Mubarak demnach eher bereit wirtschaftlich zu liberalisieren und deckte sich mit den neoliberalen Befürwortern der Demokratisierung als echte politische Reformen anzustreben. Ägyptens Verfassungsänderungen aus dem Jahre 2007 verdeutlichen dieses Argument, indem sich 6 von 34 Artikeln auf wirtschaftliche und soziale Liberalisierung bezogen (vgl. Badawi 2012: 46 – 47). Nach Heydemann ist der Ansatz der selektiven wirtschaftlichen Liberalisierung des Mubarak Regime's ein Mittel, um sich als autoritäres Regime in der arabischen Welt aufzuwerten. Dies wurde teilweise durch den Ansatz der US Politiker begünstigt, die argumentierten, dass

„the road to democracy in the Arab world ran through economic reforms that would spur growth, create jobs and mitigate social conditions felt to promote extremism, and create the conditions necessary for advancing political liberalization (Heydemann 2007, zit. nach Badawi 2012, S. 49).“

Der „markets first, democracy later“ Ansatz wurde ein Eckpfeiler der US-amerikanischen Außenpolitik gegenüber der MENA Region in den frühen 1990er Jahren. Der inhärente Neoliberalismus und der Fokus auf den freien Markt im Zentrum der „democracy assistance“ macht den Hauptkritikpunkt aus (vgl. Badawi 2012: 49ff).

Washington ermutigte Ägypten ihrem Vorhaben zu folgen und war nun darauf bedacht, die Langzeitstabilität durch politische Reformen zu gewährleisten, ohne fundamentalistische Alternativen zu stärken. Diese Haltung wurde von Richard Haass, dem ehemaligen Direktor des politischen Planungsstabes im US-Außenministerium und dem heutigen Vorsitzenden des US Council on Foreign Relations geteilt, der eine ehrliche Kritik an den Bemühungen zur Förderung von Demokratie in der MENA Region äußerte (vgl. Berger 2010: 5):

„Muslims cannot blame the United States for their lack of democracy. Still, the United States does play a large role on the world stage, and our efforts to promote democracy throughout the Muslim world have sometimes been halting and incomplete. Indeed, in many parts of the Muslim world, and particularly in the Arab world, successive U.S. administrations, Republican and Democratic alike, have not made democratization a sufficient priority. At times, the United States has avoided scrutinizing the internal workings of countries in the interests of ensuring the steady flow of oil, containing Soviet, Iraqi and Iranian expansionism [...]. Yet by failing to help foster gradual paths to democratization in many of our important relationships – by creating what might be called a “democratic exception” – we missed an opportunity to help these countries become more stable, more prosperous, more peaceful, and more adaptable to the stresses of a globalizing world (Haass 2002, zit. nach Berger 2010, 5).“

Diese Aussage verdeutlicht in aller Stärke nochmal den neuen Ansatz der USA gegenüber der MENA Region. Die graduelle Transformation der Region entlang des demokratischen Paradigmas, in Einklang mit den aus der Globalisierung sich ergebenden Erfordernissen (u.a. ökonomisch).

Während eines Besuchs Mubaraks in der USA im Jahre 2004, wurde Bush in seinen Forderungen nach politischen Reformen deutlicher:

President Mubarak and I spoke about the future of the region and of Egypt. Just as Egypt has shown the way toward peace in the Middle East, it will set the standard in the region for democracy by strengthening democratic institutions and political participation. I'm encouraged by the ongoing debate on reform in Egypt, including the excellent discussions involving civil society representatives from the Arab world who met partnership as he moves forward to realize the hopes of his people (US Department of State Archive: 2004).

Diese Aussage zeigt, dass Bush versucht einen Konsens in der Debatte über die Demokratisierung Ägyptens herzustellen. Dabei räumt er nicht nur der ägyptischen Zivilgesellschaft einen hohen Stellenwert bei der Demokratisierung ein, sondern spricht von der arabischen Zivilgesellschaft als Ganzes.

Die Regierungen vor der Bush Administration machten eher zaghafte Versuche Demokratieförderung in ihrer Außenpolitik zu integrieren und hatten sich diesbezüglich auch nicht auf Ägypten besonders konzentriert. Dies änderte sich abrupt mit der hochrangigen Artikulation der Freedom Agenda und stellt eine wesentliche Veränderung in der US-amerikanischen Demokratieförderung gegenüber Ägypten dar. Bush bezeichnete Ägypten als Kernziel seiner Agenda, besonders auf Grund der Vorbildfunktion die Ägypten in der MENA Region einnimmt. Die Bemühungen für die Förderung von Demokratie drehten sich meist um die Förderung der Wahlen. Dazu gehörte die Stärkung der staatlichen Institutionen durch eine verbesserte Regierung und justizieller Leistung (vgl. Freigang 2013: 38).

Obwohl die USA eine lange Zeit die ägyptische Regierung unter Druck gesetzt hat ökonomische Reformen durchzuführen, ist der Fokus auf politische Themen etwas Neues. In privaten Verhandlungen mit ägyptischen Funktionären im Jahre 2003 – 2004, begann die USA Maßstäbe für politische und ökonomische Reformen als Teil eines Hilfspakets vorzuschlagen. Im Dezember 2004 unterstützte der US Senator Sam Brownback eine Änderung der Rechtsvorschriften zur Bereitstellung von Mitteln für das Außenministerium, in der spezifiziert wird:

„with respect to the provision of assistance to Egypt for democracy, human rights, and governance activities, the organizations implementing such assistance and the specific nature of that assistance shall not be subject to the prior approval by the Government of Egypt (vgl. Dunne 2011: 77).“

Aus dieser Änderung lässt sich schließen, dass die Bush Administration der Zivilgesellschaft einen größeren Stellenwert einräumt und ihr einen möglichst großen Handlungsrahmen ermöglichen möchte (vgl. Dunne 2011: 78). Diese Änderung in der Gesetzgebung entfernte somit die Macht der ägyptischen Regierung und entschied über das Schicksal und die Finanzierung der Demokratieprogramme in Ägypten. USAID

bekam damit die Freiheit, Ressourcen direkt an die ägyptische Zivilgesellschaft und NGOs zu richten (vgl. Freigang 2013: 40).

Als Folge initiierte USAID/Ägypten ein direktes Zuschussprogramm im Jahr 2005 und aktualisierte seine Democracy&Governance (D&G) Programme um drei große Bereiche aufzuspannen: „rule of law and human rights, good governance (local government) and civil society, in form of support in the areas of political reform, elections monitoring and civic education (Glassman, Glickman 2011: 46).“ Es war das erste Mal in der USAID-Geschichte von Hilfeleistung, dass die meisten der D&G Initiativen direkt durch ägyptische NGOs gefördert wurden. Diese Initiativen spannten neue Bereiche auf, wie z.B. die Entwicklung eines wettbewerbsfähigeren politischen Prozesses, Medien, Dezentralisierung, Familien- und Strafjustiz. Zugleich eröffnete MEPI Regionalbüros in Ägypten, um demokratische Reformziele in der Region durch die direkte Zusammenarbeit mit lokalen Partnern besser zu fördern, um wiederum neue Kanäle zu schaffen mit der ägyptischen Zivilgesellschaft direkt arbeiten zu können. (vgl. Freigang 2013: 40).

Mit der Einführung der MEPI fand eine gemeinsame Überprüfung durch das Außenministerium und der USAID im Jahre 2004 statt, die die strategische Richtung und das Programmportfolio mit den Zielen der MEPI in Einklang brachten. Bis dahin hatte das US-Budget nur am Rande die Unterstützung für D&G Programme in Ägypten erwähnt. Der aktualisierte strategische Plan zeigte eine zunehmende Schwerpunktverlagerung auf politische Liberalisierung. Konkret wurde auf ein verbessertes Umfeld für politische Prozesse und wirksame Rechtsdienstleistungen gesetzt (vgl. Freigang 2013: 39). Die MEPI unterstützte für das Projekt Presidential Election Monitoring das Ibn Khaldun Center in Kairo mit 550.000 US\$ im Jahr 2004. Der Auftrag lag in der Beaufsichtigung der Präsidentschaftswahlen 2005 und der anschließenden Fertigung eines Berichts über deren Ablauf. Wichtig dabei war es nach außen zu kommunizieren, inwiefern politische Rechte und internationale Standards gewahrt werden. Ein weiteres wichtiges Projekt läuft unter dem Namen Political Party Strengthening, das sich mit der Stärkung der politischen Parteien beschäftigte, damit

diese zu Initiatoren und Trägern politischer und gesellschaftlicher Reformen werden. Eine in Kairo ansässige Organisation von Rechtsanwälten und politischen Aktivisten mit dem Namen United Group, führte dieses Vorhaben mit einem finanziellen Rahmen von 139.687 US\$ im Jahr 2004 durch. Die ägyptischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 2005 standen u.a. im Kontext dieser beiden Projekte (vgl. Mansey 2006: 10).

Zu Beginn der USAID Hilfe für die ägyptische Zivilgesellschaft lag der Schwerpunkt auf der Entpolitisierung dieses Ansatzes, Unterstützung zielte nur auf „service NGOs“ und wurde als Instrument zur Förderung von Dezentralisierung und privater Zusammenarbeit präsentiert. Nach Hawthorne (vgl. 2004: 6) ist die ägyptische Zivilgesellschaft in fünf Sektoren aufgeteilt: der religiöse Sektor, „service NGOs“, Berufsverbände, Solidaritätsverbände und Pro-Demokratie/ Interessengruppen. „Service NGOs“ spielen eine geringe ergänzende Rolle in der Bereitstellung von staatlichen Leistungen, in bestimmten Fällen stellen sie einen Ersatz dar. USAID betrachtete die „service NGOs“ als eine Plattform auf der die Bürger dem demokratischen Prozess ausgesetzt werden, durch die Teilnahme an der Entscheidungsfindung für niedrige Schlüsselfragen. Die positive Auswirkung dieser Plattform, führt zur Anerkennung durch den Staat und als Resultat lässt der Staat mehr Beteiligung an der Entscheidungsfindung zu. Der Fakt, dass „service NGOs“ einen großen Teil der NGO Gemeinschaft darstellen, wurde als ein Vorteil in Hinblick auf ihre Fähigkeit staatlichen Einfluss auszugleichen, wahrgenommen (vgl. Mesbah 2009: 42).

„Service NGOs“ sind auch Non-Islamistisch, dementsprechend wurden sie als sichere Wahl betrachtet, da ihre Befähigung nicht den Staat und die Interessen der USA in der MENA Region bedrohen, im Gegensatz zum islamischen Sektor der Zivilgesellschaft. Der islamische Sektor wurde also von der USA ignoriert um ihren präferierten Sektor der Zivilgesellschaft zu stärken. Obwohl viele glaubten, dass der islamische Sektor der einzige wäre der in der Lage ist, die Bürger zu mobilisieren, auf Grund der einzigartigen Unterstützung aus der Bevölkerung. Diese Unterstützung lässt sich aus dem Bemühen ableiten, dass der islamische Sektor (im Besonderen die Muslimbrüderschaft) versuchte

die wirtschaftliche und soziale Not der Bevölkerung zu lindern. Pro-Demokratie und Interessengruppen waren auch Ziele von zivilgesellschaftlicher Unterstützung, obwohl sie nur eine geringe Anzahl an Unterstützern aus der Bevölkerung hatten. Pro-Demokratie Gruppen hatten einen besonderen Reiz, weil sie direkt Demokratisierung herbeiführen (vgl. Mesbah 2009: 42).

Im Jahre 2008 politisierte die USA ihren Ansatz gegenüber der zivilgesellschaftlichen Hilfeleistungen durch die Angabe, dass 50% der zugewiesenen Mittel für die Demokratie-Unterstützung für das Geschäftsjahr 2009 durch ägyptische NGOs kanalisiert werden sollte. Das Abzielen auf „service NGOs“ als Weg zur Demokratieförderung stellte ein Problem dar, da sie weder das Volk vertreten, noch eine Demokratieagenda zusätzlich zu der Tatsache haben, dass sie zu einem großen Teil von der Regierung kontrolliert wurden. Auch wenn später der Fokus auf Pro-Demokratie Gruppen erweitert wurde, die Tatsache, dass diese Gruppen keine Unterstützung aus der Bevölkerung haben auf die sie zurückgreifen können, machte aus ihnen ein leichtes Ziel für Angriffe auf ihre Glaubwürdigkeit seitens der Regierung. Außerdem fokussierte die Beihilfe für die Zivilgesellschaft intensiv auf die Verbesserung von Managementfähigkeiten, die als Hindernis für eine funktionierende Zivilgesellschaft gesehen wurde. Auf der anderen Seite werden die Hindernisse ignoriert, die durch das rechtliche Umfeld geschaffen werden und in dem alle anderen NGOs arbeiten müssen. Darüber hinaus werden politische Themen aus dem Bereich der Überzeugungsarbeit ausgeschlossen, stattdessen wird der Fokus auf Nebenfragen gelenkt, die über keinen direkten Einfluss auf die Demokratisierung verfügen (vgl. Mesbah 2009: 43). Aus diesem Beispiel lässt sich eindeutig erkennen, dass die USA bestimmte zivilgesellschaftliche Gruppen fördert und gleichzeitig echte Demokratiebestrebungen unterdrückt. Es werden Probleme thematisiert die einer bestimmten Gruppe (mit Managementfähigkeiten) zu Gute kommen. D.h., es werden gar nicht erst gewisse demokratische Themen angesprochen und entsprechende Interessengruppen werden marginalisiert. Folgt man den Beschreibungen William Robinson und seinem weiterentwickelten Verständnis von Polyarchie, dann lässt sich eine eindeutige Parallele ziehen.

8.2.2 Wahlen in Ägypten 2005

Während des Jahres 2005 drängte die Bush Administration auf freiere parlamentarische Wahlen in Ägypten, vorgesehen für den Herbst desselben Jahres. Außenministerin Rice verkündete in einer Rede in Kairo im Juni 2005:

„The Egyptian Government must fulfill the promise it made to its people – and to the entire world – by giving its citizens the freedom to choose. Egypt's elections, including the Parliamentary elections, must meet objective standards that define every free election (vgl. Dunne 2011: 78).“

Die USA führte eine Menge Vorbereitungsarbeit im Voraus durch. Dies beinhaltete eine erhöhte Rhetorik US-amerikanischer Repräsentanten in Ägypten, eine signifikante Erhöhung des D&G Budget's und umfangreiche Schulungen im Bereich Wahlbeobachtung. Im Juni 2005, vor den Wahlen im September, hielt Außenministerin Rice einen Vortrag in Cairo, in dem sie den Mangel an Demokratie in Ägypten bedauerte und erklärte, dass die USA nicht mehr bereit wäre, die Augen vor den autoritären Praktiken zu verschließen (vgl. Freigang 2013: 41).

Dieser Druck ergänzte eine bedeutende inländische Bewegung für freie Wahlen, die sich als die freiesten (jedoch weit von Perfektion) Wahlen auszeichneten die jemals in Ägypten gehalten wurden. Die Regierung wies aber das Ersuchen nach internationaler Wahlbeobachtung energisch zurück, letztendlich gaben sie dem internationalen Druck nach und verpflichteten sich, das Training und den Einsatz von von 5.000 ägyptischen Wahlbeobachtern zu gewähren. Die Bush Regierung reagierte jedoch auf einige negative Veränderungen nach den Wahlen, wie z.B. der Widerruf der angesetzten kommunalen Wahlen, durch Streichung der bilateralen Handelsgespräche. Die zuvor ausgehandelten Wahlbeobachter lassen sich demnach als ein Konsens zwischen der ägyptischen Regierung und der US-amerikanischen verstehen. Die Streichung der Handelsgespräche sind wiederum Versuche durch Zwang soziale Kontrolle zu generieren. Danach verloren die Bemühungen der Förderung von Demokratie an Dampf, im Besonderen nach dem Sieg der Hamas in den palästinensischen Wahlen, da er die Sorgen Washingtons über einen starken Auftritt der Muslimbrüderschaft vergrößerte (vgl. Dunne 2011: 78 – 79).

Das Weiße Haus und das Außenministerium kritisierten kontinuierlich die ägyptische Regierung für Verletzungen von politischen- und Menschenrechten. In Folge dessen erhöhte die US Agentur für internationale Entwicklung ihre Ausgaben für Demokratieförderungsprogramme in Ägypten. Präsident Bush fuhr von Zeit zu Zeit fort, die Notwendigkeit von Demokratie zu betonen (vgl. Dunne 2011: 79).

Es erscheint, dass die USA erhöhte Demokratieförderungsmöglichkeiten in den bevorstehenden Wahlen sah und erweiterte den Umfang der Demokratieförderung. Regierungsvertreter, wie Außenministerin Rice verschärften ihre hochrangige Rhetorik. Dies ist ein eindeutiges Zeichen dafür, dass sich die USA nicht mehr auf das autoritäre Regime Mubarak stützen wollte. Das diese Rhetorik mit einer zunehmenden Unterstützung und Ausbildung der Zivilgesellschaft einherging, verdeutlicht in aller Stärke nochmal den neuen Ansatz der USA gegenüber der MENA Region bzw. Ägypten. Die Unterstützung von Informationskampagnen und die Kooperation mit ägyptischen Organisationen, um eine wettbewerbsfähigere Umgebung für US treue Organisationen zu schaffen, verdeutlicht den konsensualen Ansatz der Demokratieförderung gegenüber der MENA Region.

8.2.3 Verstärkte Demokratieförderungsbemühungen 2005 – 2009

Die Wahlen waren sowohl eine Enttäuschung für Ägypter als auch für US-Politiker. Die ägyptische Regierung nahm einige Reformen in den Jahren 2005 und 2006 zurück. Darauf mäßigte die USA ihre Rhetorik und ihre Bereitschaft das Mubarak Regime herauszufordern. Zugleich erhöhte die USA das Budget für Ägypten nach den Wahlen. Die Bush-Administration erhöhte z.B. USAID/Ägyptens Finanzierung von 1.3% im Jahr 2005 auf fast 80%. Dabei erreichte das Budget 51 Millionen US\$, dass Programm war damit das drittgrößte im ganzen Nahen Osten. Dies verdoppelte die Anzahl an D&G Programmen unter USAID/Ägypten und entwickelte damit rapide neue Programme. Die D&G Finanzierung um ca. 50 Millionen US\$ blieb bis 2009 auf diesem erhöhten Level. Im Jahre 2007 bezeichnete eine Depesche der US Botschaft in Kairo diese verstärkten Bemühungen als “Updated Democracy Strategy” (vgl. Freigang 2013: 44 – 45). In der Strategie lautet es:

„Our fundamental reform goal in Egypt remains democratic transformation, including the expansion of political freedom and democratic pluralism, respect for human rights, and a stable, democratic and legitimate transition to the post-Mubarak era. While our programs in the area of judicial reform and decentralization are well conceived and have had some notable successes, we propose to expand our support for civil society, especially through offshore programming (Glassman, Glickman 2011: 47).“

Hierbei wird ganz konkret davon gesprochen, welche US-amerikanischen Vorstellungen von Demokratie durch die ägyptische Zivilgesellschaft in Ägypten vorangetrieben werden soll.

Im Jahre 2005/06 wurde eine ressortübergreifende Gruppe für Demokratie in Ägypten initiiert, um Material aus der MEPI und der US Botschaft mit Repräsentanten, die an D&G Programmen der USAID Missionen arbeiten, zusammenzubringen. Im Jahre 2005 – 2008 lancierte das USAID/Ägypten D&G Büro die sogenannte Dezentralisierungsinitiative. USAID vergab 80 Zuschüsse und ist Kooperationsabkommen unter ihren Zivilgesellschaftsprogrammen eingegangen, um die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten in den Bereichen Menschenrechte, Korruptionsbekämpfung und Transparenz, Wahlen und politische Prozesse, Bürgerbeteiligung und politische Bildung zu erweitern und zu stärken (vgl. Freigang 2013: 45). Ein Zivilgesellschaftsaktivist äußerte seine Frustration in einem Interview mit David M. Faris im Jahre 2007, über die Diktate die ausschließlich aus Washington kommen: „We [civil society] did not participate in selecting the strategic planning of USAID’s [democracy] program [...]. It was a completely American agenda (Snider, Faris 2011: 61).“

Auch die NED führte während dieser Zeit einige Projekte durch. Diese zielten auf die Erweiterung der politischen Teilnahme, Verantwortlichkeit, beobachten und dokumentieren von Menschenrechtsverletzungen ab und förderte das Rechtsbewusstsein unter Journalisten für Meinungsfreiheit. Die NED arbeitete daran, der Zivilgesellschaft eine Unabhängigkeit vom Staat zu verschaffen, überwachte und berichtete über Verletzungen gegen NGOs. Des weiteren unterstützte die NED Arbeiterbewegungen und die Kontrolle der Regierung durch die Bürger, sowohl auch Gewerkschaften, um die Lobbyarbeit zu verbessern und zu erhöhen. Um die Medienkanäle zu unterstützen,

lancierte die MEPI einen Radiosender namens Horytna und das IRI lancierte eine Online-Universität, um Schulungen und Material den Ägyptern bereitzustellen (vgl. ebd. 45).

Aus den Jahren nach den Wahlen 2005 wird deutlich, dass die Bush Administration ihre Rhetorik mäßigte und sich von hochrangigen radikalen Statements zurückhielt. Stattdessen wird der Bottom Up bzw. Grass-Roots Ansatz der auf einem Konsens innerhalb der Zivilgesellschaft basiert vor allem durch das stark erhöhte Demokratieförderungsbudget und den zahlenmäßig erhöhten Demokratieförderungsprogrammen deutlich. Die Demokratieförderungsstrategien beziehen viele gesellschaftliche Bereiche mit ein die eine graduelle Transformation des politischen Systems zulassen. Dabei wird bspw. durch die “Updated Democracy Strategy” deutlich, dass in diesem Prozess nur die US-amerikanische Vorstellungen von Demokratie propagiert werden. Zugleich wird bereits in diesem Zusammenhang von einer Post-Mubarak Ära gesprochen. Dies bestätigt wiederum meine Annahme der graduellen Transformation des autoritären Regimes entlang des demokratischen Paradigmas.

8.3 Organische Intellektuelle in der Demokratieförderung

Die Verurteilung des prominenten ägyptisch-amerikanischen Wissenschaftlers und Menschenrechtsaktivisten Saad Eddin Ibrahim stellt die USA vor ein großes Problem. Ibrahim verstehe ich in einem gramscianischen Sinne als einen Organischen Intellektuellen (vgl. Berger 2010: 6). Thomas Friedman betont kreativ die Symbolik von Ibrahims Schicksal, indem er seinen Einfluss als New York Times Kolumnist nutzt, um der Bush Administration vorzuschlagen, dass „[...] before we go trying to liberate a whole country – Iraq – we first liberate just one man, one good man, who is now sitting in an Egyptian jail for pursuing the very democratic ideals that we profess to stand for (Friedman 2002).“ Die beispiellose Entscheidung der Bush Administration in aller Öffentlichkeit Beihilfe mit der Freilassung von Ibrahim zu verbinden, war genauso warm in den US-amerikanischen Medien willkommen wie es in Ägypten kritisiert wurde. Es führte schließlich zu Ibrahims Freispruch am 18. März 2003, genau einen Tag

vor der US-geführten Invasion in den Irak (vgl. Berger 2010: 6). Ibrahim ist der Gründer des Ibn Khaldun Center for Development Studies (ICDS), das durch die NED finanziert wird. Das ICDS konzentriert sich auf die Entwicklungsprobleme in der Demokratisierung der MENA Region und die Rolle der Zivilgesellschaft darin, mit einem besonderen Fokus auf Ägypten (vgl. The International Relations and Security Network.ch).

Der weit gefeierte ägyptische pro-demokratie Aktivist Saad Ibrahim ist des weiteren Vorstandsmitglied des American Islamic Congresses. Wenn man hinter die dünne Fassade der progressiven Rhetorik des American Islamic Congresses schaut, ist das Erste was einem kritischen Beobachter auffällt, dass der mit neun Mitgliedern besetzte Verwaltungsrat mit Neokonservativen vollgestopft ist. Kürzlich trat Ibrahim sogar einem Beirat einer neokonservativen Gruppe bei, namens Cyberdissidents.org, dessen Website angibt, dass sie sich der Unterstützung menschlicher Freiheiten verschrieben haben, durch die Förderung von Stimmen von Online-Dissidenten. Gegründet im Jahre 2008 wird dieses Projekt durch ihren Mitbegründer David Keyes geleitet, der zuvor als Koordinator für Demokratieprogramme unter dem rechtsstehenden Zionisten Natan Sharansky im Adelson Institute for Strategic Studies diente (vgl. Barker 2011: 10 – 11). Ich bestreite nicht, dass Ibrahim ein engagierter Menschenrechtsaktivist, Verfechter von Demokratie und ein politischer Dissident ist, das bedeutet aber noch lange nicht, dass sein Aktivismus und seine Wissenschaft keine progressive Agenda vorantreibt.

Barker beurteilt Ibrahims Aktivitäten der Förderung von Demokratie insofern, dass er sie nicht als die gängige Form bezeichnet die am häufigsten mit einem progressiven Aktivismus verbunden ist, stattdessen erscheint er als ein Befürworter einer low-intensity Demokratie. Diese Polyarchie Ambitionen werden durch Ibrahims Dienst als Vorstand einer Gruppe namens Rights and Democracy illustriert (auch bekannt als das International Centre for Human Rights and Democratic Development), welches das kanadische Äquivalent der US-amerikanischen NED ist (vgl. StateofNature.org).

Ibrahims demokratische Reputation wird durch seinen Dienst beim internationalen

Beirat des Journal of Democracy der NED verstärkt. Im Jahre 2002, als Belohnung für seinen engagierten Aktivismus, zeichnete ihn das neokonservative Bollwerk Freedom House, mit dem Bette Bao Lord Preis für sein schreiben für den Frieden aus. Seine demokratische Aufrichtigkeit wird durch seine Position als Beirat beim Projekt für Middle East Democracy gestärkt, eine Organisation die sich damit beschäftigt wie sich echte Demokratien im Mittleren Osten entwickeln können und wie die USA am besten diesen Prozess begleiten können. In diesem Posten arbeitet er zusammen mit imperialistischen Eliten wie z.B. Thomas Carothers, Lorne Craner, Botschafter Mark Palmer und Haleh Esfandiari (vgl. ebd. StateofNature.org).

Die beiden Vorstandsmitglieder des American Islamic Congresses Khaleel Mohammed und M. Zuhdi Jasser sind Mitbegründer des neokonservativen Think Tank Center for Islamic Pluralism. Ein weiterer bemerkenswerter Mitbegründer dieses Zentrums ist der ägyptische Staatsangehörige Ahmed Mansour Subhy, der ein ehemaliger Gastwissenschaftler bei der NED war. Subhy war tief in den Bemühungen involviert, Religionsunterricht zu reformieren, um Menschenrechte zu begünstigen und Toleranz zu fördern, in Verbindung mit Saad Ibrahim's Ibn Khaldoun Center (vgl. Barker 2011: 11).

Am 19. Januar 2001 veröffentlichte das Egyptian Centre for Economic and Social Rights eine öffentliche Erklärung, in der sie die Freilassung von 17 Bloggern und politischen Aktivisten forderten, die kurz zuvor festgenommen wurden. Es ist wichtig zu erwähnen, dass diese Aktivisten mit von den USA unterstützten Pro-Demokratiebewegungen verbunden sind. Zu nennen ist z.B. Israa Abd Al Fatah Rashed der ein Mitglied der Al-Ghad Partei ist und Mitbegründer der April 6 Movement, die von der NED finanziert und trainiert wurde (vgl. Barker 2011: 13). Der Vorsitzende der Al-Ghad Partei Ayman Nour gehört auch zu den politischen Aktivisten, der von den USA ausgewählt wurde und Unterstützung erfährt (vgl. Al-ahram.org.eg). Außerdem ist Rashed der Medienkoordinator an der Egyptian Democratic Academy die natürlich auch von der NED finanziert wird. Hinzu kommt Al-Ghad Parteimitglied Bassem Samir, der Exekutivdirektor der Egyptian Democratic Academy ist, sowie Basem Fathy der auch für die Akademie als Projektdirektor arbeitet. Der Vorsitzende der Akademie, Hossam

El Din Ali, ist ein Mitglied des hohen Rates der Al-Ghad Partei und führt den Ableger der electoral and civil resistance monitoring group U-Shahid in Port Said, wieder eine Gruppe die von der NED finanziert wird. Man sollte beachten, dass der Führer der Al-Ghad Partei Ayman Nour, im Vorstand von Ibrahims Ibn Khaldun Center sitzt (vgl. Barker 2011: 13).

Die World Movement for Democracy hat einen Lenkungsausschuss, der aus Demokratieaktivisten aus der ganzen Welt besteht und der ägyptische Vertreter in ihrem Ausschuss ist Hisham Kassem. Kassem ist einer der prominentesten Verleger und Demokratieaktivisten in liberalen Kreisen in Ägypten, er ist der ehemalige Vizepräsident der Al-Ghad Partei und war zuvor Vorsitzender der ägyptischen Organisation für Menschenrechte. Diese Gruppe hat fast kontinuierlich jährliche Unterstützung von der NED zwischen 1994 und 2005 bekommen (vgl. ebd. 14). Ich impliziere auf keiner Weise, dass die Arbeit von Pro-Demokratieaktivisten, die insgeheim mit Demokratieförderungseliten zusammenarbeiten, zwangsläufig konterrevolutionär sind. Der Punkt ist, dass die Finanzierung nicht notwendigerweise künftige Maßnahmen bestimmt, es wird aber ein Kontext geschaffen, aus dem künftige Aktionen entspringen.

8.4 Medien und Demokratieförderung

Die Bush Administration errichtete weitere Institutionen im Jahr 2004, wie das Middle East Broadcasting Network und stellte Fernseh- und Radioprogramme den Ägyptern zur Verfügung. Der in der USA ansässige Fernsehsender Al Hurra wurde im Februar 2004 ins Leben gerufen und gilt als Gegenmittel für den als Anti-amerikanisch wahrgenommenen Fernsehsender Al Jazeera. Zusätzlich wurde der Radiosender Sawa gegründet, um jüngere Menschen mit einer Mischung aus östlicher und westlicher Popmusik zu gewinnen. Die USA unterstützte darüber hinaus Zugang zu westlichen Medienkanälen (vgl. Glassman, Glickman 2011: 20 – 21). Die USA förderte auch in Afghanistan und im Irak unabhängige Medien als Teil ihrer Strategie zur Förderung von Demokratie. Es ist wichtig die Rolle der Medien bei der Förderung von Polyarchie zu diskutieren, da sie bspw. eine zentrale Rolle in der Legitimierung der beiden Kriege in

den o.g. Ländern spielte. Barker (vgl. 2008: 112) illustrierte wie die Förderung von unabhängigen Medien in den o.g. Ländern in erster Linie die Interessen einer transnationalen kapitalistischen Elite erfüllte, indem gleichzeitig die Wurzeln eines Aufstandes neutralisiert wurden, durch die Förderung einer low-intensity Demokratie.

Baker zeigt auf, dass die Vorteile für die Allgemeinheit der afghanischen und irakischen Öffentlichkeit, die sich aus der Förderung von unabhängigen Medien durch die NED ergeben, fragwürdig sind, besonders für Parteien die daran interessiert sind, sich mehr für deliberative und partizipative Formen von Demokratie einzusetzen. Die Förderung von unabhängigen Medien in Afghanistan und im Irak erscheinen eine Schlüsselrolle in der Förderung einer low-intensity Demokratie zu spielen. Darüber hinaus erscheint es, dass Länder mit einem größeren strategischen Wert mehr Demokratisierung brauchen. Beide Länder haben z.B. in etwa die gleiche Bevölkerungsanzahl, aber das ölreiche Irak erhielt 20 mal mehr US-amerikanische Medienentwicklungshilfe pro Jahr als das kriegszerstörte Afghanistan. Solch große Mengen an Geld, die von Demokratieförderern verbreitet werden, wirkten sich in kurzfristiger Hinsicht stark auf beide Länder aus, aber die erheblichen Auswirkungen dieser Medieninterventionen werden wahrscheinlich langfristig zu spüren sein. Frühere Fallstudien haben gezeigt, daß Gruppen oder Einzelpersonen, die von Demokratieförderern unterstützt wurden, voraussichtlich voranschreiten, um in ihren Gesellschaften eine Führungsrolle zu übernehmen (vgl. ebd. 124). Basierend auf den Entwicklungen bzw. Folgen der Medienlandschaft in Afghanistan und im Irak, lassen sich diesbezüglich Überlegungen zu den Institutionen anstellen, die im Laufe der Bush Administration errichtet wurden. Besonders vor dem Hintergrund den Ägypten, als ein führendes Land im arabischen Raum einnimmt. Zur Zeit gibt es keinen Autor der sich mit Polyarchie, im Rahmen von Demokratieförderung und Medien in Ägypten befasst hat.

8.5 Demokratieförderung unter Obama

Im Folgenden gehe ich auf die Entwicklungen ein, die für die Kontinuität Obama's mit der Langzeitstrategie sprechen. Dies geschieht anhand einer chronologischen Betrachtung.

8.5.1 Gemäßigtes Engagement 2009 – 2011

In der ersten Hälfte des Jahres 2009 reduzierte Obama das Budget zur Förderung von Demokratie. Dies kann als ein Hinweis für eine reduzierte Priorisierung von Demokratieförderung in Ägypten während dieser Zeit gesehen werden. Obama machte einen deutlichen Rückzug von der Unterstützung der Zivilgesellschaft. In der ersten Phase seiner Amtszeit kehrte Obama die Richtlinie in Bezug auf die direkte finanzielle Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft in Ägypten um. Die Gründe für diesen politischen Wandel war der Versuch, den Groll den die ägyptischen Regierung gegen die US-amerikanische Demokratieförderung hegte, zu reduzieren (vgl. Dunne 2011: 80 – 81). Angehörige des Außenministeriums erklärten, dass die Obama Administration nur die Spannungen in den US-Ägyptischen Beziehungen eliminieren wollte, indem sie der ägyptischen Regierung wieder die Macht über die Legitimierung der NGOs gab (vgl. Freigang 2013: 48). Der Amerikanische Botschafter in Ägypten argumentierte „a direct grants program has had some positive impact on the capacity of Egyptian civil society, but at a political cost in terms of our working relationship with the Government of Egypt (Glassman, Glickman 2011: 48).“ Die Umkehrung der Politik gegenüber der Zivilgesellschaft wurde stark kritisiert, da sie gezeigt hat, dass direkte Finanzierung der effektivste Ansatz der Demokratieförderung in Ägypten war (vgl. Dunne 2011: 81). Trotz der veränderten Demokratieförderung Obama's, „it has also been argued that he simply chose a different, more behind-the-scene strategy to push Egypt for democracy (Freigang 2013: 49).“ Das Ergebnis der Obama Politik, waren des öfteren gemischte Signale in Bezug auf die Durchsetzung von Reformen. So hat Obama MEPI beibehalten und erhöhte das Budget auf 65 Millionen US\$ während seinem ersten Jahr (vgl. Dunne 2011: 82).

Obwohl es schien, dass Obama eine Strategie des Rückzugs in Bezug auf Ägypten wählte, signalisierte er, dass Ägypten seine privilegierte Stellung als

Schlüsselverbündeter der USA zurückgewonnen hat und zeigte eine starke Verpflichtung gegenüber Ägypten. In Kairo betonte Obama und Clinton, dass „the US would neither seek to impose its form of government on other countries by force, nor promote US-style democracy (Freigang 2013: 50).“ In der zweiten Hälfte seiner Amtszeit, wurden Programme z.B. durch das Forum of the Future in Ägypten durchgeführt. Darüber hinaus konzentrierte sich Obama auf die Entwicklung der Medienbranche, durch die Gründung des Middle East Media Centres und versuchte, dass die Berichterstattung über die Wahlen korrekt und frei verlaufen. Ferner unterstützte die MEPI die Egyptian Association for Dissemination and Development of Legal Awareness, um junge Vertreter ägyptischer Parteien in Parteienorganisation, Wahlorganisation und Überwachung, Kampagnen und die Abhaltung von Wahlen in demokratischen Systemen zu trainieren (vgl. ebd. 51).

Um den gesamten Demokratieförderungsansatz Obama's gegenüber Ägypten bis Anfang 2010 auf einen Punkt zu bringen, ist es Wert Dunne (vgl. 2011: 82) zu zitieren. Die diplomatischen- und Unterstützungsentscheidungen konstituieren einen Demokratieförderungsansatz in Ägypten, der sich auf verschiedenster Weise von seinem Vorgänger unterscheidet.

„First, Obama would raise issues privately, but avoid criticizing publicly (Bush- era officials did both). Second, Obama would address pledges that Mubarak had made but not fulfilled, rather than brining up the demands of Egyptian civil society as Bush had. Third, Obama would diminish or eliminate democracy assistance programs unloved by the Egyptian government (Dunne 2011: 82).“

Anfang 2010 begann sich das politische Klima in Ägypten in Anbetracht der Parlamentswahlen im Herbst aufzuheizen und der relative zurückhaltende Ansatz der Obama Administration wurde getestet (vgl. ebd. 83). Aus den Parlamentswahlen wurde stark deutlich, dass Mubarak sie manipulierte und unterminierte (vgl. Freigang 2013: 52). Die USA verschärfte darauf ihre Kritik und im Besonderen, nachdem Mubarak den Ausnahmezustand für weitere zwei Jahre verlängerte (vgl. Dunne 2011: 83). Obama erklärte daraufhin, dass die USA „continues to work [...] with Egypt's vibrant civil society to help them achieve their political, social, and economic aspirations (Freigang 2013: 52).“ Die zum Teil kräftigen Äußerungen der Obama Administration auf die sich

entwickelnden Verhältnisse nach den Wahlen, lassen sich dahingehend erklären, dass sie das explizite Versagen der Obama Strategie, des privaten und respektvollen Engagements repräsentieren (vgl. Dunne 2011: 83). Die USA schien unsicher wie sie mit Ägypten weiterhin verfahren soll, da die Wahlen manipuliert, Gewalt gegen die Zivilgesellschaft verübt und die Medien in ihrer Meinungsfreiheit beeinträchtigt wurden (vgl. Freigang 2013: 52).

Aus den Beschreibungen wird deutlich, dass die USA mit den Entwicklungen in Ägypten äußerst unzufrieden war. Der graduelle Ansatz der politischen Transformation schien keine Früchte zu tragen. In diesem Kontext wurde die US-amerikanische Förderung von Demokratie in Ägypten mit dem Arabischen Frühling konfrontiert.

8.5.2 Arabischer Frühling

„Die Krise besteht gerade in der Tatsache, dass das Alte stirbt und das Neue nicht zur Welt kommen kann (Gramsci GH, zit. nach Atzori, 2011, 493).“

US-amerikanische Politiker und transnationale Eliten haben versucht, eine passive Revolution in Ägypten durchzuführen, als eine Reaktion auf den Arabischen Frühling, „integral to passive revolution is the co-optation of leadership from below, its integration into the dominant project (vgl. Robinson 2013: 232).“ Im Januar 2011 begann die ägyptische Bevölkerung einen Aufstand gegen Hosni Mubarak, inspiriert durch ähnliche Aufstände in Tunesien. In den Tagen nach dem 11. Februar trat Mubarak von seinem Amt zurück. In den Tagen darauf, hat die USA die Westmächte einberufen, um ein gemeinsames milliardenschweres Paket zu schnüren, für die Post-Mubarak Zeit. Das Paket sah dutzende von Millionen für die Förderung von Demokratie vor. Die Demokratieförderung sollte den Aufstand in überschaubare Grenzen halten. Politischer Regimewechsel konnte toleriert werden, ja sogar gefördert, solange Ägyptens Volksmassen nicht die Säulen der ägyptischen Gesellschaftsordnung selbst herausforderten. D.h., die Herrschaft einer zunehmenden transnational orientierten zivil-militärischen Elite und dem neoliberalen Programm der Integration in den globalen Kapitalismus (vgl. ebd. 232). Die Revolution hinterfragt dennoch die Grundprinzipien und die Ziele die hinter der Demokratieförderung des Westens stecken. Arabische

Aktivisten greifen den doppelten Standard der westlichen Regierung in der MENA Region an und das macht die existierenden Strategien der graduellen Liberalisierung in Zusammenarbeit mit den autokratischen Regierungen obsolet. Das geschieht trotz der Tatsache, dass einige argumentiert haben, „gradual and measured promotion of democratic values in the political but especially civil society of autocratic states in the pre-2011 period actually contributed to the fertile ground for the revolts to happen (Bridoux, Kurki 2014: 100).“

William Engdahl (vgl. voltage.net.org) argumentiert, dass die Proteste die zu dem abrupten Rücktritt Mubarak's führten, überhaupt nicht so spontan waren, wie das Weiße Haus unter Obama, das Außenministerium unter Clinton und die führenden Medien im Westen es erscheinen lassen. Engdahl sagt es ganz offen, indem er argumentiert, dass die USA den ägyptischen Regimewechsel instrumentierte, in einem Prozess den er als kreative Zerstörung bezeichnet. „This was achieved with a view to create the conditions conducive to the establishment of the Greater Middle East project advocated by the George W. Bush Administration (vgl. Selim 2013: 256).“ Mark Glenn argumentiert, dass die Aufstände des Arabischen Frühlings das Ergebnis der anhaltenden Bemühungen der USA ab dem Jahre 2008 war, bestimmte arabische Regime durch verschiedene demokratische Bewegungen, die durch die USA finanziert wurden, zu beseitigen. Dies wurde erreicht, um über bestimmte Länder Kontrolle zu bewahren, die schwierige sozioökonomische Bedingungen durchlaufen und um den Ausbruch einer grassroot revolution zu unterbinden, wie es im Iran im Jahre 1979 geschehen war (vgl. ebd. 255 – 256). In derselben Richtung argumentiert Tariq Ramadan, Professor für Moderne Islamische Studien an der Oxford Universität, dass es naiv sei, die arabischen Aufstände mit dem Volkswillen in den arabischen Ländern zu verbinden. Die USA drängte eher in Richtung des Ausbruchs dieser Aufstände, mit dem Versuch, die arabische Welt in Einklang mit den regionalen US-amerikanischen Interessen neu zu strukturieren (vgl. ebd. 256). Stephen McInerney Direktor des Project on Middle East Democracy erklärte,

„wir haben diese Bewegungen nicht deshalb finanziell unterstützt, damit sie zu protestieren beginnen, wir haben ihnen nur bei der Entwicklung ihrer Fertigkeiten und bei der Gründung von Netzwerken geholfen. Diese Ausbildung hat natürlich bei dem, was passierte, eine Rolle gespielt,

aber es war ihre eigene Revolution. Wir haben sie nicht ausgelöst (Jung 2011: 2).“

Um den Klassenkampf in der US-amerikanischen Demokratieförderung in der MENA Region zu verdeutlichen und meinem theoretischen Ansatz damit gerecht zu werden, werde ich an dieser Stelle auf die Ausführung von Adam Hanieh bezüglich des Arabischen Frühlings eingehen. Hanieh argumentiert, dass der anti-demokratische Charakter der arabischen Regime, die politische Form des Kapitalismus ist und das die Aufstände in Ägypten und die Kämpfe um Mubarak von der Staatsmacht abzusetzen, im Wesentlichen ein Klassenkampf gegen den ägyptischen Kapitalismus und seine Dynamiken ist. Der Klassencharakter der Volksaufstände, muss in Verbindung einer Kette von Protesten gesetzt werden, die in den letzten drei Jahren im Zuge der weltweiten Wirtschaftskrise ausgebrochen ist. Der Arabische Frühling ist demnach die Antwort der arabischen Welt auf die Krise (vgl. Veltmeyer 2011: 609 – 610). Zudem schreib er, „it revealed the empty and hypocritical rhetoric of United States President Barack Obama (Socialistproject.ch).“ Hanieh stellt fest, dass Jahrzehnte des Neoliberalismus in Ägypten, die ägyptische Wirtschaft in den kapitalistischen Weltmarkt eingebunden hat. Dies geschah in einer sehr ungleichmäßigen Weise und in der Folge hatte die Krise eine verheerende Auswirkung auf die Mehrheit der Bevölkerung in Ägypten. Die Demonstrationen waren eine direkte Folge der nackten Klassenmacht, verkörpert durch Mubaraks Herrschaft. Dies wurde zudem graphisch illustriert, indem die kapitalistische Klasse in den ersten Tagen der Revolution aus dem Land floh. Hanieh zitiert in diesem Zusammenhang Berichte, dass in den ersten Tagen des Aufstandes, die größten ägyptischen Unternehmer mit 19 Flugzeugen nach Dubai flohen, wo sie hofften den Sturm des Aufstandes auszusitzen (vgl. Veltmeyer 2011: 612). Des weiteren ist es unerlässlich, dass Verhältnis Mubaraks und des Militärs zu diskutieren. Hinter Mubarak (sowie hinter seinem Vorgänger Anwar al-Sadat) stand das ägyptische Militär. Die Verbindung der USA zu Ägypten wird weitestgehend durch das Militär konstruiert und das ist einer der Hauptgründe warum das Militär eine dominierende Rolle im ägyptischen Staat spielt. Die überwiegende Menge an Militärhilfe die Ägypten von den USA jährlich erhält (ca. 1.4 Milliarden US\$) ist wohlbekannt, ebenso wie die Rolle, die das Militär bei der Unterstützung der US-amerikanischen Politik in der MENA Region innehat (der ehemalige Führer des

ägyptischen Militärs Mohamed Tantawi z.B., kämpfte an der Seite der US-Truppen im Golfkrieg von 1991). Die höchsten Ränge des ägyptischen Militärs sind eng mit den kapitalistischen Klassen verbunden, bzw. ein integraler Teil des Militärs, mit einem bedeutenden finanziellen Interesse, dass sich mit dem Staat und der Privatwirtschaft überlappt. Gerade wegen der zentralen Rolle des Militärs bei der Aufrechterhaltung der regionalen Macht und dessen eigene Beteiligung an der Reproduktion des ägyptischen Kapitalismus, ist der Glaube einiger, dass das ägyptische Militär ein Teil des Volkes/“Revolutionäre“ ist, bzw. neutral gegenüber der Politik, illusorisch (vgl. ebd. 613). Mubarak war demnach nur das Gesicht einer Militärregierung und die Entfernung dieses Gesichtes bedeutet nicht den Charakter der Militärherrschaft zu ändern oder die Art und Weise, wie das Militär ihre Dominanz über eine bestimmte Klasse stützt. Die Rolle des ägyptischen Militärs kann nicht entscheidend reformiert werden, während die Struktur des Kapitalismus und dessen regionale Verflechtungen unangefochten bleiben (vgl. ebd. 615).

Diese Beschreibungen spiegeln genau die entgegengesetzte Rhetorik und politökonomischen Ansätze der Obama Regierung gegenüber der MENA Region wieder, der vor allem behauptet, dass die Aufstände in der Region nur eine Frage der politischen Transformation wäre. Die Versuche der lokalen Eliten und der US Administration, die Volksaufstände politisch und ökonomisch voneinander zu separieren, sind nur Teile ihrer hegemonialen Strategie. Die US-amerikanische Förderung von Demokratie und die damit einhergehende Neoliberalisierung der Ökonomie in Ägypten muss demnach kritisch hinterfragt werden.

8.5.3 Organische Intellektuelle

Michaela Barker (vgl. 2011: 15 – 17) beschreibt die Verbindung von Demokratieförderung und Jugendbewegungen in Ägypten im Vorfeld des Arabischen Frühlings in einem breitem Kontext. Dabei geht er auf Jared Cohen ein, ein ehemaliger Angestellter im US-Außenministerium, der momentan Direktor bei dem neu geschaffenen Think Tank Google Ideas ist. Cohen ist besonders interessant, weil er Mitbegründer der Alliance for Youth Movements ist, eine Non-Profit Organisation

dessen Website angibt, „we are dedicated to helping grassroots activists to build their capacity and make a greater impact on the world (ebd. 15).“ Im Folgenden werde ich einige Individuen, die man in einem gramscianischen Sinne als Organische Intellektuelle verstehen kann und in Verbindung mit dem Projekt der Jugendbewegung stehen, aufführen.

Die Haupttätigkeit die durch Jared Cohens Alliance for Youth Movements unternommen wird, ist ein jährliches Gipfeltreffen zu organisieren, zu dem Aktivisten aus der ganzen Welt eingeladen werden, um Ideen mit führenden Demokratieförderungs elitens der nationalen Sicherheit der USA zu teilen. Diese Gipfeltreffen haben seit ihrer Gründung im Jahre 2008 jährlich stattgefunden, um die Aktivisten mit der Machtelite zu mischen. Um das zweifelhafte Kaliber der Aktivisten, wie z.B. dem ägyptischen Staatsangehörigen Sherif Mansour zu illustrieren, die zusammenkommen um Ideen auszutauschen, werde ich auf zwei besonders Anti-demokratische Individuen hinweisen. Vorab sei aber bezüglich Sherif Mansour zu sagen, dass er Programmleiter beim Freedom House ist, für die MENA Region zuständig und ehemaliger Programmleiter für das Ibn Khaldun-Center. Aus US-amerikanischer Seite kommt Rosa Rodriguez hinzu, die US Repräsentantin der Súmate ist, die berüchtigte NED finanzierte venezolanische Organisation, die eine Schlüsselrolle bei den Versuchen der Beseitigung Präsident Hugo Chávez in Venezuela gespielt hat. Der andere Intellektuelle ist der britische Staatsangehörige Maajid Nawaz, der Direktor eines counter-extremism Think Tank ist, bekannt unter dem Namen Quilliam Foundation, das darauf abzielt, die Stimmen von moderaten Muslimen zu fördern und eine bemerkenswerte freundliche und kriecherische Einstellung zum Zionismus aufweist (vgl. ebd. 16).

Der ägyptische Aktivist und Leiter der Öffentlichkeitsarbeit für das NGO Soliya, Karim El Mantawi (der in Ägypten geboren wurde) nahm z.B. an der Konferenz in London im Jahre 2010 teil. Soliya ist für die Kommunikation der US-amerikanischen Überseemedien zuständig und wurde von dem ehemaligen Direktor Lucas Welch gegründet. Auf der Website heißt es:

Soliya works to promote mutual respect and understanding between young people from Muslim

and Western societies. Since 2003 we have successfully implemented our pioneering program, called the Connect Program, in over 70 universities around the world, reaching over 2600 students. The Connect Program directly connects university students in the Middle East, North Africa, South-Asia, Europe and the United States via groundbreaking online collaboration and communication technology (Soliya zit. nach, Barker 2011, 16).“

Shamil Idriss ist der aktuelle Vorstandsvorsitzende von Soliya, zuvor hatte er als Senior Berater des Islamic-Western Relations Programms gearbeitet, welches durch die NED finanziert wird. Des weiteren legen die Vorstandsmitglieder von Soliya Dina Sherif und Robert Pelletreau einen besonderen Schwerpunkt auf ägyptische Angelegenheiten. Sherif arbeitet eng mit Babara Ibrahim (die Frau von Saad Eddin Ibrahim) an der Amerikanischen Universität Kairo zu Fragen der Philanthropie und zusammen veröffentlichten sie ein Buch mit dem Namen, From Charity to Social Change – Trends in Arab Philanthropy. Pelletreau auf der anderen Seite, ist ehemaliger US-Botschafter Ägyptens und Tunesiens. Er ergänzt seine Arbeit für Soliya, als Berater für Ägyptens internationales Wirtschaftsforum, wo er mit Frank Wisner (ehemaliger US-Botschafter Ägyptens und den Philippinen, dessen Vater ein hochrangiges Mitglied der CIA war) zusammenarbeitet (vgl. ebd. 16 – 17).

8.5.4 Zivilgesellschaftliches Engagement

Im Jahr 2009 betrug die NED Finanzierung für ägyptische-aktivisten Netzwerke 1,409,621 Millionen US\$, ein Jahr später waren es 2,399,457 Millionen US\$. In den letzten Jahren floss sehr viel Geld zum Center for International Private Enterprise (CIPE ist eins der vier Kerninstitute der NED und eine gemeinnützige Tochtergesellschaft der US-Handelskammer) für eine Vielzahl von Programmen: um mit ägyptischen Universitäten zusammenzuarbeiten, um CIPE's Entwicklungsinstitut in ihren Lehrplan zu integrieren, auf der Ebene der Provinzregierung wurden Workshops durchgeführt, um unternehmerische Verantwortung zu fördern, um einen Konsens aufzubauen, bezüglich der Reformprioritäten der ägyptischen Wirtschaftsgemeinschaft durch den Prozess der Herausbildung der nationalen Businessagenda und das Involvieren von ägyptischen Entscheidungsträgern, um legislative und/oder regulative Änderungen auf der Grundlage der Agendaempfehlungen zu beeinflussen; und um zivilgesellschaftliche Organisationen miteinzubeziehen, um am demokratischen Prozess teilzunehmen, um freie Marktgesetzreformen zu befürworten und einen Konsens über die notwendigen

Änderungen des ägyptischen rechtlichen Umfeldes aufzubauen, um schlussendlich die Hindernisse für den Wettbewerb in einem freien Markt zu entfernen. CIPE arbeitet mit der Federation of Economic Development Associations (FEDA) zusammen, um politische Reformdiskussionsrunden zu organisieren, politische Positionspapiere und wirtschaftliche Analyseberichte zu entwerfen und Politik und Interessenvertretungen für kleinere und mittlere Unternehmen durchzuführen (vgl. ebd. 323).

Große Summen gingen an ähnliche Projekte wie zum Beispiel 19.520 US\$ an das Cairo Liberal Forum, um den Gebrauch von sozialer Werbung unter jungen Aktivisten zu erweitern, für die Förderung von demokratischen Ideen und Werten. Das Ziel ist der Aufbau einer von Jugendlichen geleiteten NGO. Das Cairo Liberale Forum ist übrigens ein ägyptisches NGO, dass die Rechte des Einzelnen und freie Marktprinzipien fördert. Der Leiter des Forums Amr Bakly erschien auf einer Konferenz im Jahre 2011, veranstaltet von dem kanadischen Fraser Institute (libertär-konservativ), um die potenziellen Chancen für freie Marktreformen in der Restrukturierung des post-Arabischen Frühlings auszuloten. Die Finanzierung des Ibn Khaldun Center wurde auch in dem Jahr vor den Aufständen um 65.000 US\$ erhöht (vgl. ebd. 323).

8.5.5 Non-violence und Demokratieförderung

Die Demokratieförderer förderten das International Center for Nonviolent Conflict (ICNC), um ihre Version von Widerstand zu verbreiten. Das ICNC führte Workshops durch wie man einen gewaltlosen Widerstand angesichts autoritärer Regime durchführen kann. Die Workshops waren von besonderem Interesse für die April 6 Movement. Diese Bewegung wurde von zwei El-Ghad Anhängern gegründet, Ahmed Maher und Israa Abdel-Fattah und im Hauptquartier der Partei ausgebrütet. Eine Teilnehmerin, Dalia Ziada, berichtete, dass das ICNC sowohl in Tunesien als auch in Ägypten aktiv war. Die April 6 Movement spielte eine wesentliche Rolle im Arabischen Frühling (vgl. Berger 2013: 312).

An der Spitze des ICNC ist Peter Ackerman, ein Multimillionär, Mitglied des Council on Foreign Relations und ein langjähriger Vorsitzender des Freedom House. Sein

Engagement für gewaltfreien Widerstand leitet sich von den Lehren seines Mentors Gene Sharp ab, der Autor des berühmten Buches *From Dictatorship to Democracy*. Das Buch hat sich zu einem Manifest für pazifistische Aktivisten auf der ganzen Welt manifestiert. Es ist sicherlich erwähnenswert, dass Sharps Proteststrategien auf seiner Konzeption von Macht zwischen den Bürgern und dem Herrscher beruht. Seine Taktiken werden immer in Richtung der Unterdrückung durch den Staat ausgerichtet. Das ausbeuterische System des Kapitalismus ist vollständig aus seiner Analyse ausgeschlossen und als Folge bietet er keine klare Methodik für den Widerstand. Antikapitalistische und noch radikalere anti-etatistische Bewegungen werden an den Rand gedrängt, theoretisch werden sie von dem *Mainstream non-violent* Aktivismus abgeschnitten (vgl. ebd. 312). Chabot und Sharifi (2013: 205) betonten diesbezüglich, dass „Sharp’s non-violence also promotes the spread of neoliberal freedom and democracy, which cause multiple forms of visible and invisible violence.“ Ackerman und seine Frau sind beide Direktoren der Albert Einstein Institution, ein NGO gegründet 1983 durch Gene Sharp, um gewaltfreie Konfliktlösung zu studieren und zu fördern. Im Laufe der Jahre hat das Institut Zuschüsse von der NED, dem IRI und dem Open Society Institute erhalten, dieses Geld hat den Angehörigen erlaubt, um die ganze Welt zu reisen, um Rücksprache mit pro-demokratie Dissidenten zu halten und sie in Aktivismus zu unterrichten. Es mag zwar richtig sein, dass die Arbeit der Albert Einstein Institution fortschrittlich ist, aber die enge Verbindung mit der Welt der Demokratieförderung wirft Fragen auf, im Besonderen wie wir bereits gesehen haben, nutzt Demokratieförderung progressiven Idealismus als ein Medium (vgl. ebd. 316).

8.5.6 Soziale Netzwerke und Demokratieförderung

Es ist offensichtlich, dass eine Reihe von Einzelpersonen und Organisationen als wichtiges Instrument zur Steigerung des politischen Bewusstseins in Ägypten betrachtet wurden, insbesondere durch ihre Onlineaktivitäten. Diese Akteure hatten Verbindungen zu und wurden von US-amerikanischen Akteuren bei ihren Bemühungen eines demokratischen Wandels unterstützt (vgl. Yli-Kaitala 2014: 142). Da die Onlineaktivitäten eine große Rolle bei der graduellen Transformation bzw. graduellen Öffnung des öffentlichen Raums in Ägypten gespielt hatte und das Internet damit eine

strategische Funktion bei der Generierung eines Konsenses über die politischen Forderungen inne hatte, werde ich auf die jeweiligen Bewegungen eingehen die mit Hilfe der sozialen Medien den Sturz Hosni Mubarak's im Jahre 2011 begünstigten.²

Generell muss man festhalten, dass die Arbeit von ägyptischen Aktivisten und ihr Gebrauch von sozialen Medien, von den Akteuren der US-amerikanischen Demokratieförderung unterstützt wurde. Die sozialen Medien werden immer wichtiger für die weltweiten Zivilgesellschaften und die entsprechenden Werkzeuge werden von den verschiedenen Akteuren genutzt, unter Akteuren fallen ganz normale Bürger, NGOs und Regierungen. In Ägypten waren die Veränderungen in der Kommunikationslandschaft maßgeblich an der Beseitigung des Mubarak Regimes beteiligt. Die Samen der Unruhen, die zum Teil mit ausländischer Hilfe bereits in den 2000er Jahren gepflanzt wurden, als die Aktivisten anfangen über das gesamte politische Spektrum hinweg mit den neuen Medien zu arbeiten, fingen zunächst innerhalb der ägyptischen Blogosphäre an. Das Aufkommen einer Informationslandschaft, die nicht von den einzelnen Staaten kontrolliert wird, hat radikal das System geändert, durch dass politische Sprache und Kultur produziert und konsumiert wird. Ägyptens lebendige politische Blogosphäre war ein Teil dieser Verschiebung, indem sie einen parallelen Strom an Informationen für gewöhnliche Ägypter zur Verfügung stellten und das offizielle staatlich kontrollierte Narrativ herausforderten (vgl. Yli-Kaitala 2014: 129 – 131).

Die Entwicklungen in der Kommunikationslandschaft sind nicht an den Akteuren vorbei gegangen, die an neuen Mitteln der Intervention als Unterstützung der lokalen Basisbewegungen interessiert sind. Das Potenzial der neuen Informationstechnologien, die Möglichkeiten die sie für mehr Meinungsfreiheit und politische Mobilisierung bieten, wurde mit einem besonderem Interesse von den USA vernommen. Diese Technologien ermöglichen der USA Demokratie mit anderen Mitteln in der MENA Region zu fördern. Das US-amerikanische Think Tank RAND Corporation bezieht sich auch auf das Potenzial der neuen Informationstechnologien und empfiehlt den USA,

² Mit dieser Betrachtung beabsichtige ich keine chronologische und erschöpfende Analyse der Ereignisse in Ägypten.

Reformern beim Erhalt und Gebrauch der Informationstechnologien zu unterstützen. Die Reformen sollen z.B. Anreize für US-amerikanische Unternehmen schaffen, damit in die Kommunikationsinfrastruktur der MENA Region investiert wird. Das Potential in der neuen Informationstechnologie reflektiert sich auch in MEPI's allerersten Informationstechnologiepartnerschaftsprogramm, hier werden MEPI's Finanzhilfen mit großen IT-Unternehmen in Verbindung gebracht. MEPI's Website besagt, dass durch dieses Programm, lokale NGOs auf die neuste Computersoftware und Hardware Zugriff haben und auf die dazugehörigen Schulungen, um die Wirksamkeit ihrer Projekte zu verbessern (vgl. ebd. 132 – 134). In einer Berichterstattung über Aktivitäten in der MENA Region, berichtet der NED Jahresbericht 2009 über Ägypten:

„In Egypt, a new generation of civic groups and activists emerged in the midst of continued arrests of democracy activists. Civic groups, bloggers[,] and emerging social networks built national coalitions in preparation for future parliamentary and presidential elections (NED 2009).“

Kefaya eine ägyptische Graswurzelbewegung hat einen wesentlichen Beitrag zum Rücktritt Mubarak's geleistet. Die Aktivisten von Kefaya waren in einer High-Tech elektronischen Art und Weise mit großen Internet verbundenen Netzwerken organisiert. Die ägyptische Protestbewegung Kefaya (übersetzt "genug"), die den oppositionellen Präsidentschaftskandidaten ElBaradei unterstützte, wurde durch die Angehörigen der NED trainiert und gegründet. Auch in Georgien wurden solche Jugendbewegungen trainiert. Kefaya wurde sorgfältig als loses, dezentrales Netzwerk von Zellen ausgebildet. Bewusst wurde eine zentrale Organisation vermieden, die die Bewegung zum Zerschlagen und Anhalten hätte bringen können. Die Ausbildung von Aktivisten in Techniken des gewaltlosen Widerstandes, wurde bei Sportanlagen durchgeführt, so dass es als harmlos erschien. Aktivisten wurden auch in politischen Marketing ausgebildet, Medienarbeit, Mobilisierungs- und Rekrutierungsfähigkeiten (vgl. voltairenet.org). An dem schrittweisen Aufbau der Massenproteste von Anfang 2011 war Kefaya äußerst bedeutsam, weil Kefaya die erste politische Bewegung in Ägypten war, die das organisatorische Potenzial des Internets ausnutzte, um eine große Zahl von Menschen auf die Straße zu bringen. Die Bewegung gründete eine Reihe von Blog-Websites, von denen die Koordinierung und Mobilisierung von Demonstrationen und Streiks stattfand. Als Kefaya seine erste Demonstration gegen Ende 2004 hielt, nahm eine kleine Anzahl

von Bloggern teil und veröffentlichte Artikel über die Ereignisse auf ihren Blogs. Das Mubarak Regime versuchte das Internet und die Handydienste zu sperren, als die Unruhen Anfang 2011 eskalierten. Als Reaktion auf die Versuche das Internet zu kontrollieren, hatte das US-Außenministerium sich der Freiheit im Internet als spezifisches Politikziel verpflichtet. Im Januar 2010 hatte US-Außenministerin Hillary Clinton umrissen wie die USA Internetfreiheiten im Ausland fördert. Dabei wurde der instrumentale Rahmen dieser Politik reflektiert und die Finanzierung der Entwicklung dieser Instrumente bekanntgegeben, um den Zugang zum Internet, in den Ländern der ihn beschränkt, wieder zu öffnen (vgl. Yli-Kaitala 2014: 133 – 135).

Die Allianz für Jugendbewegungen (AYM) ist eine der Organisationen, durch die sich die USA einbringt, um Demokratie speziell mittels der Informationstechnologien zu fördern. Die USA finanziert und fördert die AYM. Die Website der Organisation (vgl. Movements.org) umreißt seine Mission weitgehend, als eine Hilfe für Basisaktivisten, um ihre Kapazitäten durch den Gebrauch von neuen Medien aufzubauen, um einen größeren Einfluss auf die Welt zu haben. In Anbetracht der zentralen Bedeutung der Interessen der amerikanischen Wirtschaft bezüglich der Demokratieförderungsagenda, erhält die AYM Unterstützung und Finanzierung von großen amerikanischen und internationalen Unternehmen und Medienorganisationen. Unter ihren Unterstützern zählt u.a. Google, Pepsi und Facebook. Die AYM hielt ihre Eröffnungssitzung in New York im Dezember 2008, um ein globales Netzwerk einzuführen, dass versucht junge Menschen zu befähigen und um sie gegen Gewalt und Unterdrückung zu mobilisieren (vgl. ebd. 135). Das Treffen wurde auch von einer Reihe von Basisaktivisten aus der ganzen Welt besucht, darunter eine damals noch recht unbekannte Gruppe aus Ägypten namens April 6 Movement. Die Bewegung hat ihre Wurzeln in Ägyptens Ausbruch der politischen Freiheit in der Mitte der 2000er Jahre, als die Bush Regierung, als Teil ihrer Forward Strategy of Freedom, Mubarak unter Druck gesetzt hat, seine ersten Mehrparteienwahlen im Jahr 2005 zu halten. Die Mitglieder der Gruppe unterstützten auch später Mohamed ElBaradei, der ehemalige Chef der Internationalen Atomenergiebehörde. ElBaradei ist auch einer der institutionellen Akteure im Bereich der Demokratieförderung, besonders als Gegenstück zu Mubarak bei den

Präsidentenwahlen von 2011. Darüber hinaus wurde die Facebookseite der April 6 Movement instrumentell, um Unterstützung für die Opposition zu sammeln, die zu den Unruhen Anfang 2011 geführt hat. Aus der April 6 Movement gingen tausende von jungen Demonstranten hervor (vgl. ebd. 136).

Die Aktivisten in Ägypten, von denen sich einige als bedeutend bei der Erzeugung von Zugkraft Anfang 2011 bewiesen haben, wurden eng von der USA unterstützt und gefolgt. Im Vorfeld des Ägyptischen Frühlings, versuchte die USA dennoch ein sorgfältig gepflegtes Bild der Distanz aufrecht zu erhalten, die aus der Logik des Präsidenten der NED Carl Gershman stammt:

„While the U.S. needs to be forceful in trying to advance its democracy agenda in the Middle East, it must avoid presenting itself as the principal agent of change, for this will only undermine self-reliance, raise expectations, and arouse resentment when change is stymied and setbacks occur, as they inevitably will (Gershman 2006, zit. nach Yli-Kaitala, 2014, S. 143).“

Gershman's Anmerkung ist nicht nur interessant weil sie eine Annahme der Angemessenheit von einem kraftvollen Ansatz widerspiegelt, um die Zielländer von den undemokratischen Herrschern zu befreien, sondern auch, weil es die Idee eines demokratischen Wandels projiziert als eine Reihe von demokratischen Verfahren, die übertragbar von einem Land zum Anderen sind.

Aus der Sicht der Individuen mit der Agenda der Demokratieförderung, die Interventionen und Investitionen der in begriff entstehenden politischen Bewegungen in Ägypten erwies sich als erfolgreich. Es könnte argumentiert werden, dass im Falle von Ägypten, die Investitionen in die neuen Medien, die Meinungsfreiheit erhöht hat. Reflektiert man, wie politische Bewegungen und neue Technologien symbiotisch an Boden gewinnen können, muss man erwähnen, dass es hunderte von Blogs Ende des Jahres 2005 gab die mit Kefaya verbunden waren. Heute gibt es Tausende von Mitwirkenden in der ägyptischen Blogosphäre, mit vielen Blogs, die mit Aktivismus, Strassenpolitik, Solidarität und Basiskampagnen verbunden sind. Viele die hinter Kefaya standen, spielten eine ausschlaggebende Rolle bei den Ereignissen, die zum Regimewechsel geführt haben (vgl. ebd. 137).

Im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen im Juni 2012, warf die Obama Administration ihre Unterstützung hinter den Muslimbrüderschaftskandidat Mohammed Morsi, nachdem die Muslimbrüderschaft versichert hatte, dass sie die Interessen der USA unterstützen, falls sie an die Macht gelangen. El-Gharabawy Rechtsanwalt und ehemaliges Mitglied der Bruderschaft gab zu, dass die Vereinigten Staaten eine entscheidende Rolle bei der Wahl Morsi's hatten, er argumentiert, dass der Aufstieg der Muslimbrüderschaft an die Macht in Ägypten ohne die Unterstützung der USA undenkbar wäre. In einem weiteren bedeutenden Sieg für die US-Strategie in Ägypten, versprach das Morsi Regime mit der neoliberalen Wirtschaftspolitik unter Mubarak fortzufahren, zu Gunsten der ägyptischen Wirtschaftselite, dem westlichen Kapital und zum Nachteil der schwächsten Mehrheit, der ägyptischen Bevölkerung (vgl. Selim 2013: 262 – 263). Empfehlungen der RAND Corporation haben bereits im Vorfeld darauf hingewiesen, dass moderat muslimische Netzwerke die einzig wirklich lebensfähigen Schiffe für die Förderung von Demokratie in der MENA Region sind. Die Muslimbrüderschaft passt genau in diese Rechnung, die wirtschaftliche Linie ist sicherlich kompatibel mit dem durch den Westen präferierten transnationalen Kapitalismus. Das Herzstück der wirtschaftlichen Vision der Bruderschaft, sagte ein Mitglied, ist extrem kapitalistisch. Zwei primäre Führer der Bruderschaft in Ägypten, Hassan Malek und Khairat el-Shater, werden als das neoliberale Gesicht der Organisation beschrieben. Beide sind Mitglieder der Kairoer Businesselite, Geschäftspartner und haben sich einen Namen in dem post-Mubarak Ägypten gemacht. El-Shater wurde zum stellvertretenden obersten Führer des politischen Armes der Bruderschaft gewählt, also der Freedom and Justice Party, während Malek die Egyptian Business Development Association (EBDA) lanciert. John Sullivan, Geschäftsführer des CIPE, ist Sprecher von mindestens einem Bereich der EBDA (vgl. Berger 2013: 325).

Wenn wir eine Liste mit den Ländern in der MENA Region machen, die Gegenstand von Massenprotestbewegungen seit den Ereignissen in Tunesien und Ägypten waren und sie auf eine Karte übertragen, finden wir eine nahezu perfekte Übereinstimmung zwischen den Protestländern heute und der ursprünglichen Karte des Greater Middle

East Projekt, dass zum ersten Mal 2001 nach dem Wahlsieg George W. Bush verkündet wurde (vgl. voltage.net.org).

9. Von Morsi zu al-Sisi

Da ich bereits umfangreich die Strategien der Demokratieförderung analysiert habe, werde ich in dem nächsten Abschnitt auf die Gründe eingehen, die es aus hegemonialer Perspektive logisch erscheinen lassen, warum es zu einem Sturz Morsi's gekommen ist und welche Rolle al-Sisi als neuer Präsident dabei einnimmt.

Das US-amerikanische unterstützte ägyptische Militär hat den ersten demokratisch gewählten Präsidenten Ägyptens Mohammed Morsi abgesetzt und inhaftiert (vgl. Countercurrents.org). Der Sturz Morsi's, durch die ägyptischen Streitkräfte, wurde nicht gegen die Interessen der USA durchgeführt, sondern initiiert, um Kontinuität im Interesse Washington's zu gewährleisten. Das Ziel der militärischen Machtübernahme war, sicherzustellen, dass der Untergang der Bruderschaft nicht in einen politischen Übergang resultiert, der die Kontrolle der USA über den ägyptischen Staat und das Militär untergräbt (vgl. Globalresearch.org). Es ist essentiell nochmals an dieser Stelle zu erwähnen, dass „the real foundation of Washington and the Pentagon's grip on Egypt is the Egyptian military (Workers.org).“ Wie bereits o.g. beschreibt Robinson die ägyptische Gesellschaftsordnung, als eine Herrschaft, die auf einer zunehmenden transnational orientierten zivil-militärischen Elite basiert. Morsi wurde zwar demokratisch gewählt, aber seine Macht hatte einen Preis. Es wurde von ihm erwartet, dass die plutokratische Plünderung Ägyptens fortgesetzt wird (vgl. Americanfreepress.net). Während die herrschende Klasse der USA vorübergehend mit der Muslimbruderschaft aus praktischen Gründen hätte umgehen können, war die Bruderschaft nie eine zuverlässige Basis für Washington auf lange Sicht, auch wenn die Bruderschaft versuchte, mit dem Imperialismus zusammenzuarbeiten wie es Morsi tat. Der Großteil der Basis der Bruderschaft ist arm und unterdrückte Massen neigen dazu, gegen den Imperialismus zu rebellieren (vgl. Workers.org). Morsi's bewiesene demokratische Glaubwürdigkeit verängstigte das Militär. Die militärische Elite sah die Beliebtheit der Muslimbruderschaft als direkte Herausforderung für ihre Macht.

Deshalb haben sie Ägyptens oberstes Verfassungsgericht eingesetzt, zusammengesetzt aus Richtern die auf der Seite des Militärs standen, um die Auflösung des demokratisch gewählten Parlaments zum 14. Juni 2012 in Auftrag zu geben. Die Justiz wurde auch manipuliert, um die Befugnisse des Präsidenten in Fragen der Sicherheit, Verteidigung, Außenpolitik und den Staatshaushalt zu zügeln. Das Militär mit seinem starken Griff auf die Wirtschaft versuchte auch die Bemühungen Morsi's zu untergraben, die verschiedenen wirtschaftlichen Probleme mit denen die Menschen sich konfrontiert sahen, anzusprechen (vgl. Wpfdc.org). Morsi wurde durch den alten Staat gelähmt. Er hatte nicht einmal ein revolutionäres oder leicht progressives Programm, sondern versuchte lediglich, einen Teil der Vorrechte des verschanzten Militärs, Staates und herrschenden kapitalistischen Klasse zu bekommen. Das Militär fürchtete die Bruderschaft weil sie die am besten organisierte Kraft in der ägyptischen Gesellschaft nach dem Militär selbst war (vgl. Workers.org). All dies versorgte das Militär und andere Gruppen mit Munition, als sie begannen, die Massen gegen Morsi für den 3. Juli Coup zu mobilisieren (vgl. Wpfdc.org). Obama erklärte, dass die USA keine Partei ergreifen würde, als es zu dem militärischen Umsturz des demokratisch gewählten Mohammed Morsi kam. Aber eine Überprüfung von dutzenden Dokumenten der US Administration zeigen, dass Washington leise ägyptische Oppositionelle finanzierte, die für den Sturz des inzwischen gestürzten Morsi aufgerufen hatten. Dokumente, die durch das Investigative Reporting Program an der UC Berkeley erwirkt wurden, zeigen, dass die USA Gelder durch Programme des Außenministeriums kanalisierte, um Demokratie in der MENA Region zu fördern, welche wiederum zum Aufmarsch der Massen gegen Morsi führte (vgl. Al Jazeera). Als wahre Reformen nicht auftraten und die Armut weiterhin zunahm, gingen einige Ägypter wieder auf die Strasse um gegen Morsi zu protestieren. Die USA waren nun mit einer besser kontrollierten Opposition bereit, geführt von der ägyptischen Armee unter General Abdel Fattah al-Sisi, der durch die USA trainiert wurde und dort auch eine erhebliche Zeit verbrachte (vgl. Americanfreepress.net). Er besuchte z.B. einen Basisinfanteriekurs in den USA und studierte am US Army War College in Pennsylvania im Jahre 2006 (vgl. Jcpa.org). Seit dem Beginn der Proteste gegen Morsi, kommunizierte al-Sisi kontinuierlich mit US-Verteidigungsminister Chuck Hagel. „When it became clear that Morsi could not re-

establish order, el-Sisi initiated a coup, apparently with U.S. blessing (Americanfreepress.net).“ Gemäß Military.com, Hagel und Dempsey „were walking a fine line [...] expressing concern while attempting to avoid the impression that the U.S. was manipulating events behind the scenes (Globalresearch.org).“ Trotz der geäußerten Bedenken über die Ermordung von tausenden Pro-Demokratieaktivisten durch den militärischen Machthaber al-Sisi, gab es keine Kürzung der Mittel für den sogenannten Anti-Terror und die Sicherheit. Um weiterhin die Finanzierung der Diktatur nach US-amerikanischen Gesetz zu ermöglichen, lehnte es Washington ab, die gewaltsame Machtübernahme als einen Coup zu charakterisieren, stattdessen beschrieben sie ihn als einen Übergang zur Demokratie (vgl. Petras.lahaine.org). Morsi's Mängel rechtfertigen aber auf keiner Weise den Staatsstreich gegen eine demokratisch gewählte Führung. Wenn Morsi hätte entfernt werden müssen, gab es nur einen Weg der den Menschen in Ägypten zur Verfügung stand: durch eine freie und faire Wahl. Das ist ein fundamentales Prinzip in einer Demokratie. Straßendemonstrationen, wie groß auch immer, legitimieren keine Staatsstrieche. Das die USA und einige europäische Politiker solche empörenden Forderungen nach einem Staatsstreich ausnutzten, um ihre Abneigung gegen die Verurteilung eines offensichtlichen Militärputsches zu rationalisieren, belegt ihre Heuchelei als Verteidiger der Demokratie (vgl. Wpfdc.org). Es ist wichtig zu erwähnen, dass ein Sieg des räuberischen Militärregimes über die Muslimbruderschaft, ein Sieg für den Kapitalismus und Imperialismus ist (vgl. Workers.org). Das gesamte imperialistisch gesteuerte kapitalistische System richtete sich gegen die Muslimbruderschaft. Die Massen litten nicht unter Armut und Arbeitslosigkeit weil Morsi islamisch ist. Es war wegen dem bankrotten kapitalistischen System, welches in einer Weltwirtschaftskrise steckt. Der internationale Währungsfonds forderte nicht eine Reduktion der Subventionen und die US-amerikanischen Banker erschwerten nicht jegliche IWF Kredite an die ägyptische Wirtschaft weil Morsi islamisch ist. Es war wegen des Imperialismus und seinem unersättlichen Appetit auf Superprofite (vgl. ebd. Workers.org). John McCain und Lindsey Graham, zwei Senatoren mit einer Nähe zum Pentagon, reisten kurz nach der Machtübernahme durch das Militär nach Kairo, um mit dem ägyptischen Oberkommando und den durch das Militär ernannten Regierungschefs zu verhandeln, „in an attempt to move on and

construct the façade of a democratic regime that Washington can publicly embrace (ebd. Workers.org).“

Am 8. Juni 2014 wurde General Abd al-Fattah al-Sisi zum Präsidenten Ägyptens gewählt. Al-Sisi erhielt mehr als 90% der Stimmen. Mehr als 46% der Wahlberechtigten Ägypter ca. 53 Millionen Menschen nahmen an den Wahlen teil (vgl. Theguardian). Washington erneuerte schnell die Militär- und Wirtschaftshilfe und stärkte seine Beziehungen zu dem al-Sisi Regime. In Einklang mit der Politik der USA und Israels, verschärfte al-Sisi die Blockade Gazas, verbündete sich mit Saudi-Arabien und den Golfdespoten, verstärkte seine Beziehungen zum IWF und implementierte ein regressives neoliberales Programm, indem die Subventionen für Kraftstoff und Lebensmittel beseitigt wurden, auch die Steuern für Großunternehmer wurden herabgesetzt. Der unterstützte Putsch durch die USA und die Wiederherstellung der Diktatur war der einzige Weg Washingtons seinen loyalen Klienten zu sichern (vgl. Globalresearch: a). Die Verfassung von 2014 hat aus dem Militär ein zunehmendes in sich geschlossenes Lehenswesen gemacht, schützt ihre Interessen, unabhängig davon, wer in der Exekutive sitzt (vgl. Chams El-Dine 2014: 1). Josef Janning behauptet, dass man von al-Sisi keine durchgreifenden Wirtschaftsreformen erleben wird. Die Armee könnte Reformen mit ihren zahlreichen Unternehmungen nicht aussparen. Das stellt für al-Sisi als Ex-Armeechef ein Problem dar. Ob er als Kandidat der Generäle in die Wahl gegangen ist oder aus eigener Motivation, spielt keine Rolle, da er die Unterstützung des mächtigen Militärs braucht. Nach unterschiedlichen Schätzungen betreiben die Generäle ihr eigenes Wirtschaftsimperium, dass bis zu 40 Prozent des Wirtschaftsvolumens ausmachen soll (vgl. DW). Nach Stephan Roll (2014: 2) hat al-Sisi drei Akteursgruppen im Blick, ohne deren Beistand er seinen Machtanspruch nicht verwirklichen kann: die arabischen Golfstaaten, Ägyptens Militär und die Wirtschaftselite des Landes. Ohne weiter auf diese Akteure einzugehen, lässt sich sagen, dass diese Akteure da anknüpfen wo das Mubarak Regime aufgehört hat. Al-Sisi unterliegt im Grunde einem Dilemma, zur Konsolidierung seiner Macht, greift er auf die Unterstützung dieser Interessengruppen zurück. Dementgegen sind deren Anliegen mit den für die Wirtschaft des Landes notwendigen Reformen nicht vereinbar. Wenn

allerdings eine ökonomische Entwicklung ausbleibt, die der weiten Bevölkerung zugute kommt und gleichzeitig die staatliche Repression sich weiter verstärkt, dürften erneute Proteste die Folge sein. Derweil setzt al-Sisi somit auf dieselben undemokratischen Kräfte, die auf derselben ausbeuterischen Gesellschaftsordnung basieren und im Einklang mit dem US Imperialismus sind.

10. Fazit

„Without substantial social reform and redistribution of economic assets, representative institutions - no matter how ‘democratic’ in form - will simply mirror the undemocratic power relations of society. Democracy requires a change in the balance of forces in society. Concentration of economic power in the hands of a small elite is a structural obstacle to democracy. It must be displaced if democracy is to emerge (Gills, Barry/ Rocamora, Joen/ Wilson, Richard, 1993, zit. nach Berger 2013, 178a).“

Fazit aus dem 6. Kapitel: Die Strategie der Freedom Agenda stimmt mit den Grundzügen der liberalen grand strategy überein. Demnach knüpft die USA unter Bush an dem Umdenken in der Unterstützung von autoritären Systemen aus den 1970er Jahren an. Die autoritäre Form der sozialen Kontrolle und die internationale Ordnung sind nämlich nicht im Zeitalter der Globalisierung lebensfähig. Diktaturen sind instabil, und ihre Vetternwirtschaft ist nicht mit Kapitalismus des freien Marktes kompatibel. Flüssige globale Akkumulation erfordert flexible politische Systeme, die Wettbewerb und Zirkulation unter den Eliten zulässt. Die US-amerikanische Förderung von Demokratie unter der Freedom Agenda spiegelt demnach das Verständnis wieder, wie eine stabile Weltordnung auszusehen hat und welche Rolle die autoritären Regime dabei einnehmen. Die Freedom Agenda basiert also auf der eigenen US-amerikanischen Ansicht, wie demokratische Politik, wirtschaftliche Interdependenz, internationale Institutionen und eine politische Identität, eine stabile politische Ordnung fördert. Die NSS von 2006 verdeutlicht noch mal in aller Härte den neuen Ansatz der Demokratieförderung gegenüber den autoritären Regimen. In der NSS heißt es, „the policy of the United States seeks and supports democratic movements and institutions in every nation and culture, with the ultimate goal of ending tyranny in our world (NSS 2006, zit. nach Hassan, 2009, 22).“ Die Freedom Agenda wurde demnach entwickelt, um sukzessive die MENA Region über einen Zeitraum von mehreren Generationen zu reformieren. Damit ist der Ansatz der US-amerikanischen Langzeitstrategie unter der

Bush Administration klar formuliert.

Ob die Obama Administration in Kontinuität mit der Langzeitstrategie ist, ist besonders in den ersten zwei Jahren der Administration schwer zu beurteilen. Dafür wurde der methodische Unterschied in diesen Jahren umso deutlicher. Dieser Unterschied äußert sich besonders in der Distanzierung zur Freedom Agenda. Ein open handed Ansatz, eine gemäßigte Rhetorik und mehr Multilateralität garnierten das methodische Vorgehen der Demokratieförderung in den Anfängen der Obama Administration. Obama erweiterte seinen Ansatz indem er Menschenrechte und Entwicklungspolitik direkt mit der Demokratieförderung verband. Natürlich muss man Obama auch vor dem Hintergrund der Erwartungen an seine Person betrachten. Obama und die Demokratieförderung muss dennoch wie sein Vorgänger und sein Nachfolger in den Kontext der internationalen Machtverhältnisse gesetzt werden. Demnach spricht Obama zwar von dem Recht der Anderen, ihren eigenen politischen Weg zu gehen. Doch jedes Mal, wenn der Präsident und Andere darüber sprechen, die Spezifität und Entscheidungen anderer Länder und Kulturen zu respektieren, haben sie diese Behauptung mit der Standardproklamation verbunden, dass die USA an liberale Werte und Rechte glauben, die nicht verhandelbar sind. Das Fazit aus dem methodischen Vorgehen der Obama Administration ist demnach, dass die alternativen Wege zur US-amerikanischen Langzeitstrategie innerhalb der Grenzen bleiben, was akzeptabel mit der liberal universalistischen Weltsicht ist. Der eigene Weg den andere Länder einschlagen, muss zu einem Ziel führen, dass für die USA als liberal-demokratisch erkennbar ist. So hat Obama zwar seine Rhetorik verändert und seine Ansätze erscheinen weniger aufdringlich, dennoch setzt er auf die konservative Seite der Freedom Agenda. D.h., er setzt genauso auf die zivilgesellschaftlichen Institutionen um die sozioökonomischen Verhältnisse zu beeinflussen wie sein Vorgänger. Das Herzstück der graduellen Transformation der MENA Region die MEPI erfährt sogar eine erhöhte Finanzierung. Die Ernennung von Tamara Cofman als Deputy Assistant Secretary für den Nahen Osten spricht zudem für eine Kontinuität mit der Langzeitstrategie. Im Großen und Ganzen macht Obama nicht so viel Wirbel, setzt aber die Politik seines Vorgängers fort.

Fazit aus dem 7. Kapitel: Inwiefern lassen sich nun die Institutionen vor dem Hintergrund ihrer hegemonialen Fähigkeit beurteilen. Mit der Einführung der MEPI 2003 unter Bush lässt sich ein Abkehren der radikalen Seite der Bush Administration erkennen. Mit der MEPI setzt Bush mehr auf konsensuale Formen der sozialen Kontrolle. Die MEPI stellt also den Ort dar, in dem die Bush Administration versucht einen gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen. Ihr hegemonialer Ansatz äußert sich besonders in der Tatsache, dass sich die MEPI auf jeden Aspekt der gesellschaftlichen Organisation in der MENA Region bezieht. Bush betont, dass die „MEPI expands the U.S. engagement with the governments [...] (Bureau of Near Eastern Affairs)“, dies verdeutlicht das gramscianische Verhältnis von Staat und Zivilgesellschaft. Das Ziel hinter der MEPI wird besonders schnell deutlich. Die Regierungen, Menschen und die Zivilgesellschaft werden innerhalb der Marktlogik unter einem neuen Gesellschaftsvertrag zusammengebracht. Neue Formen des Regierens werden zudem von den durch die USA ausgesuchten Spielern in der MENA Region in Kraft gesetzt. Dies spiegelt den Ansatz der graduellen ökonomischen und politischen Transformation wieder. Also dem Streben nach Hegemonie.

Die MEPI setzt auf die „klassischen“ gramscianischen zivilgesellschaftlichen Institutionen wie die Schule. Hier setzt sie bereits an den Inhalten der Ausbildungen an. Die Inhalte werden versucht zu universalisieren und ihnen eine Dynamik zu geben die sich den Alltagserfahrungen der Subalternen anpasst. Amerikanische und private Sektoren werden so ermächtigt dort einzuschreiten und Fähigkeiten zur Verfügung zu stellen wo eine klare Marktnachfrage besteht. Es wird auch durch Strategien versucht, wie z.B. persönliche Privilegien, Workshops etc. auf eine zu entstehende Managerklasse einzuwirken, die nach den Spielregeln der USA spielen. Unter Bush stellte sich auch ein strategischer Wandel heraus, indem er in den anfänglichen Jahren seiner Amtszeit noch auf eine direkte Beeinflussung des Staates setzte. Diese Ansicht änderte sich aber schnell und die Transformation der Gesellschaft wurde überwiegend über die zivilgesellschaftlichen Strukturen versucht. Die zivilgesellschaftlichen Strukturen die mit der Bush Administration entstanden waren, mussten natürlich auch erst entstehen und in die MENA Region etabliert werden. D.h., trotz der anfänglichen überwiegenden

Fokussierung auf den Staat, kann man davon ausgehen, dass der zivilgesellschaftliche Ansatz von Anfang an beabsichtigt war. Auch die Reformer die durch die MEPI gefördert werden leisten einen wesentlichen Beitrag zur Transformation. Die Reformer werden unterstützt und ihre politischen Gegner werden marginalisiert. Durch die Beseitigung der Anfechtung der Demokratisierung wird den Reformern quasi eine freie Bahn für ihre Interessen geschaffen. Das Ignorieren der Rolle der islamischen Moral der sozialen Solidarität und die Ethik der zinslosen Transaktionen, bei der Gestaltung der unternehmerischen Praxis in den muslimischen Ländern, verdeutlicht in aller Stärke den radikalen Ansatz der Freedom Agenda. Dies finde ich besonders verhängnisvoll, da damit komplett ein essentieller Faktor der islamischen Gesellschaftsorganisation ausgeschlossen wird. D.h., eine etwaige Alternative zum kapitalistischen Zinssystem, welches bereits zu so vielen Krisen geführt hat.

Ohne ausschweifend auf die BMENAI einzugehen, lässt sich sagen, dass die BMENA Initiative eindeutig ein schmaler Grad eines Keiles ist, um die ganze MENA Region unter dem Banner der neoliberalen Unternehmenskontrolle zu transformieren. Bereits die Bekanntgabe der BMENAI hat viele Autokraten dazu veranlasst politische Reformen und Modernisierungen einzuleiten. Sei es auch nur das Aufheben des Ausnahmezustandes wie z.B. in Ägypten. Als Reaktion auf die BMENAI ging die Tunis Deklaration und die Alexandria-Charta hervor. Die Alexandria-Charta plädiert für die Annahme von weitreichenden Reformen im politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Bereich. Der Transformationscharakter BMENAI wird besonders daran deutlich, dass die Alexandria-Charta in vielerlei Hinsicht, wie eine höfliche und verwässerte Version der BMENA Initiative klingt. Auch wenn es erscheint, dass die Initiativen einen stärkeren Fokus auf die ökonomische Transformation legen, so ging der politische Transformationscharakter besonders aus der BMENAI hervor. Ansonsten kopiert die GMEI viele Strategien und Mechanismen der MEPI. Die unter Bush gegründeten Institutionen lassen sich in ihrer Fähigkeit zur Generierung von Hegemonie als äußerst effektiv beurteilen. Die Analyse lässt keinen Zweifel daran, dass sie auf die US-amerikanische Vorherrschaft in der MENA Region zielen.

Betrachtet man die Kontinuität Obama's mit der Freedom Agenda, dann kappte er zwar alle negativen Verbindungen, sei es rhetorisch oder radikal in den Ansätzen, dennoch fährt er mit seinem institutionellen Erbe fort. Diese Fortsetzung verstehe ich als eine Bestätigung meiner Hypothese der graduellen Transformation. Der verstärkte Fokus auf die Zivilgesellschaft unter Obama wird z.B. durch Aktivitäten im Forum for the Future durchgeführt. Der methodische Unterschied Obama's äußerte sich in der Art und Weise wie er mit der Zivilgesellschaft qualitativ und quantitativ zusammen arbeitete. Der wohl größte Unterschied ist die Verschiebung von dem „top-down“ Prozess den Bush noch mit den Regierungen zusammen verfolgte, zu einem Modernisierungsansatz unter Obama der als „bottom-up“ zu bezeichnen ist. Mit Gramsci gesprochen, lässt sich dieser Ansatz als ein Versuch deuten, einen breiteren Konsens unter den Subalternen zu generieren. Die Digitalisierung der Freedom Agenda im Rahmen der sozialen Medien stellt sogar eine Entwicklung in der Institutionalisierung der Freedom Agenda dar. Generell re-kalibrierte Obama eher die Bush Doktrin. Er setzte eine liberale, wenn auch pragmatische grand strategy in Gang, unter der Überschrift von politischen Reformen, Menschenrechten und ökonomischen Reformen. Aussagen von Empfängern von Fördergeldern in den Zivilgesellschaften, dass Obama weniger imperial und kolonial wahrgenommen wird, ist ein Zeichen für seine hegemoniale Qualität. Demnach verstehe ich Obama als die Person, die die Wogen glättet, die konsequenter Weise durch die Initiierung der *gemeinsamen* Langzeitstrategie entstanden sind. Der methodische Unterschied muss demnach aus diesem Verhältnis verstanden werden.

Fazit aus dem 8. Kapitel: Im Folgenden gehe ich auf die Frage ein, inwiefern die USA die graduelle Transformation der ägyptischen Gesellschaft realisierte? Als die USA auf eine Demokratisierung nach dem 11. September in Ägypten drängten, flüchtete sich Mubarak zunächst in wirtschaftliche Reformen. Das die wirtschaftliche Liberalisierung der politischen vorgezogen wurde und dies zunächst mit den Ansprüchen der US-amerikanischen Demokratieförderer übereinstimmte, spiegelt die Unaufrichtigkeit der Demokratisierung wieder. Sobald die USA aber Maßstäbe für politische Reformen festlegten, ging dies mit der Regelung einher, dass die Bereitstellung von Unterstützungsleistungen an die Zivilgesellschaft nicht mehr durch die ägyptische

Regierung im Voraus genehmigt werden muss. Dies deutet darauf hin, dass der Zivilgesellschaft ein strategischer Mehrwert bei der politischen Transformation zugesprochen wurde. Die unmittelbar darauffolgende Initiierung von einer großen Anzahl an Programmen in den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen verdeutlicht den Stellenwert der Zivilgesellschaft. Die Konsequenz war, dass die meisten der D&G Initiativen direkt durch ägyptische NGOs gefördert wurden. Die Stärkung der Zivilgesellschaft zeigt einen eindeutigen Aufbau einer Opposition. Die Schwerpunktverlagerung auf politische Liberalisierung geht mit diesem Prozess einher. Konkret wurde auf ein verbessertes Umfeld für politische Prozesse und wirksame Rechtsdienstleistungen gesetzt. Die ägyptischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen im Jahre 2005 standen im Kontext dieses neuen Ansatzes. Es wurde aus dem NGO Spektrum auf die „service NGOs“ gesetzt, da sie ein breites Publikum in der ägyptischen Bevölkerung ansprechen und das strategische Gegenstück zum islamistischen Sektor bilden. Eine besondere Schwäche in Bezug auf die Hegemoniebildung der „service NGOs“ ist, dass sie nur in einem gewissen Maße das Volk vertreten. Der US-amerikanische Druck hinsichtlich der Wahlen 2005 war bezogen auf die Demokratisierung nicht erfolgreich. Wichtig für meine Argumentation ist aber, dass sich aus den Bemühungen schließen lässt, dass die USA bestrebt sind, das Mubarak Regime zu beseitigen. Aus diesem Misserfolg resultierte die Updated Democracy Strategy. Die Demokratieförderungsstrategien beziehen viele gesellschaftliche Bereiche mit ein die eine graduelle Transformation des politischen Systems zulassen. Dabei wird bspw. durch die Updated Democracy Strategy deutlich, dass in diesem Prozess nur die US-amerikanischen Vorstellungen von Demokratie propagiert werden. Die Transformationsversuche der USA waren durch Erfolge und Misserfolge geprägt. Dennoch re-kalibrierten sie die Demokratieförderungsstrategien ständig, um einen Regimewechsel zu gewährleisten.

Die Betrachtung der Organischen Intellektuellen und ihrer Netzwerke verdeutlicht, dass die Intellektuellen maßgeblich am Kampf um die Hegemonie beteiligt sind. Sie schließen sich in Netzwerken zusammen und tragen so zur Herstellung und Reproduktion des gesellschaftlichen Konsens bei. Saad Eddin Ibrahim und sein Ibn

Khaldun Center for Development Studies veranschaulichen, welchen Stellenwert die USA Ibrahim bei der Organisation der Hegemonie einräumt. Die einzelnen Intellektuellen generieren eine kohärente Weltanschauung die sich als liberal demokratisch bezeichnen lässt. Auch im Bereich der Medien engagierten sich die Demokratieförderer. Fernsehsender wie z.B. Al Hurra sollten einen Konsens generieren und ein Gegengewicht zum als Anti-amerikanischen wahrgenommenen Fernsehsender Al Jazeera zu bilden.

Es ist schwierig Obama's Vorgehen in den Jahren vor dem Arabischen Frühling mit dem seines Vorgängers zu verallgemeinern. Das Zurücknehmen der direkten Finanzierung der Zivilgesellschaft stellt einen Bruch mit meiner Argumentation dar. Dennoch erscheint dies besonders in den ersten Jahren seiner Amtszeit als eine strategische Notwendigkeit. Damit versuchte er nach außen seine Glaubwürdigkeit unter Beweis zu stellen. Gleichwohl verfolgte er einen behind-the-scene Ansatz. Der Ansatz spiegelt sich vor allem in der erhöhten Finanzierung des Herzstückes der politischen Transformation wieder, der MEPI. Als der gemäßigte Ansatz keine Früchte trug, begann Obama offiziell wieder mit der Zivilgesellschaft zusammen zu arbeiten. Obama ist und war in Kontinuität mit der US-amerikanischen Langzeitstrategie in der MENA Region.

Im Folgenden möchte ich genauer auf die Frage eingehen, ob Demokratieförderung Regimewechsel ist? Folgende Autoren führen den Arabischen Frühling auf die USA zurück. Mark Glenn führt den Ausbruch direkt auf die US-amerikanische Demokratieförderung zurück. Tariq Ramadan spricht davon, dass die Aufstände mit dem Volkswillen in den arabischen Ländern nichts zu tun haben. William Engdahl führt diese Argumentationen weiter aus und schreibt, dass die USA den ägyptischen Regimewechsel instrumentierte, in einem Prozess den er kreative Zerstörung bezeichnet.

Auch unter Obama bilden die Organischen Intellektuellen Netzwerke. Unter der Alliance for Youth Movement und ihrem jährlichen Gipfeltreffen kommen Aktivisten und führende Demokratieförderungseliten der nationalen Sicherheit der USA

zusammen. Mit Gramsci gesprochen, kann man die Eliten als große Intellektuelle verstehen, die die großen Entwicklungen wie z.B. den Arabischen Frühling überschauen. Die Aktivisten kann man nach Gramsci als kleine Intellektuelle verstehen, sie sind an der Vermittlung des Konsenses und seiner Reproduktion beteiligt. Auch an der Verbreitung von non-violence Taktiken sind die Demokratieförderer beteiligt. Ägyptische Bewegungen wie die April 6 Movement wurden durch das ICNC trainiert und unterstützt. Die April 6 Movement spielte eine wesentliche Rolle bei der Absetzung Mubaraks. In den Taktiken der non-violence, wird das ausbeuterische System des Kapitalismus vollständig ausgeschlossen und als Folge wird keine klare Methodik für den Widerstand geboten. Die USA machte sich auch die neuen sozialen Medien zunutze. Diese Technologien ermöglichten der USA Demokratie mit anderen Mitteln in der MENA Region zu fördern. Die USA unterstützte Graswurzelbewegung wie z.B. Kefaya, die an dem schrittweisen Aufbau der Massenproteste involviert war. Die USA nutzte die sozialen Medien bei der Transformation des Regimes, indem sie z.B. den öffentlichen Raum liberalisierten bzw. öffneten und das Internet eine strategische Funktion bei der Generierung eines Konsenses über die politischen Forderungen innehatte. Da Kefaya und viele die hinter Kefaya standen maßgeblich an dem Regimewechsel beteiligt waren, ist Demokratieförderung als Regimewechsel zu verstehen. Morsi's Machtergreifung muss man dahingehend verstehen, dass die USA von dem Arabischen Frühling überrascht wurden. Da die Muslimbruderschaft keine Änderungen der kapitalistischen Ordnung vorsahen und sie die größte Unterstützung aus der Bevölkerung hatten, sahen die USA sich gezwungen sich vorübergehend mit Morsi als Präsident Ägyptens zu arrangieren. Sobald die USA sich aber besser organisierte, d.h. es geschafft haben mit den Strategien der Demokratieförderung die gesellschaftlichen Gegenkräfte zu desorganisieren, unterstützten sie den Sturz Morsi's. An dessen Stelle trat wieder ein General aus dem Militär, der die imperialistische Ordnung der USA schützt.

Die aktuelle Lage in Ägypten ist politisch betrachtet weit davon entfernt, als Eliten-Demokratie bezeichnet zu werden. Die politische Transformation Ägyptens scheint mit der Installierung des autoritären Systems unter al-Sisi dort anzuknüpfen, wo Mubarak

aufgehört hatte. Vor diesem Hintergrund scheint die US-amerikanische Langzeitstrategie in Ägypten gescheitert zu sein. In einem gramscianischen Sinne ist an dieser Stelle nicht von Hegemonie zu sprechen. Eine Diktatur und eine Eliten-Demokratie sind nämlich hegemonietheoretisch ein Unterschied ums Ganze. Dennoch bestehen immer noch die Strukturen die aus der ökonomischen Transformation resultierten. Da Robinson betonte, dass Diktaturen nicht mit den im Zeitalter der Globalisierung herrschenden ökonomischen Verhältnissen vereinbar sind, gehe ich davon aus, dass Ägypten weiterhin, dass Ziel der politischen Transformation durch US-amerikanische Demokratieförderer bleibt.

11. Quellennachweis

Acuto, Michele (2008): Wilson victorious? Understanding democracy promotion in the midst of a 'backlash'. In: *Alternatives: Global, Local, Political* 33, no. 4, S. 80 – 464.

Ahmed, Moustafa Moursi (2009): Promoting democracy through the Middle East Partnership Initiative: An Egyptian example. Dissertation, Walden University.

Al-haram (2005): Debating intervention. Aufgerufen am 04.01.2014, Link: <http://weekly.ahram.org.eg/2005/734/eg3.htm>

Al Jazeera (2013): Mekay, Emad, Exclusive: US bankrolled anti-Morsi activists. Documents reveal US money trail to Egyptian groups that pressed for president's removal. Aufgerufen am 07.12.2014, Link: <http://www.aljazeera.com/indepth/features/2013/07/2013710113522489801.html>

Althusser, Louis (2012): Der Staat und seine Apparate. In: Wolf, Frieder Otto (Hg.) *Über die Reproduktion*, VSA, Hamburg, S. 113 – 142.

Americanfreepress.net (2013): Were U.S. and Israel Behind Egyptian Military Coup d'Etat? Aufgerufen am 10.12.2014, Link: <http://americanfreepress.net/?p=12334>

Atzori, Daniel (2011): Gramsci und der arabische Frühling. In: *Das Argument*, Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften, Aneignungskämpfe in Geschlechterverhältnisse, Heft 303, S. 491 – 493.

Badawi, Ahmed (2012): American Democracy Assistance in Egypt: Understanding Neoliberalism in Decentralization and Democratic Governance. The American University in Cairo, Master thesis.

Barker, Michael (2011): People Power in Egypt: Defusing a Revolution?

Baroudi, Sami E. (2007): Arab Intellectuals and the Bush Administration's Campaign for Democracy: The Case of the Greater Middle East Initiative. *Middle East Journal*, Vol.61, No.3, S. 390 – 418.

Berger, Edmund (2013): Egypt and International Capital: Is this what Democracy looks like? In: Fisher, Rebecca (Hg.) *Managing Democracy, Managing Dissent*. Capitalism, Democracy and the Organisation of Consent, Corporate Watch, S. 310 – 333.

Berger, Edmund (2013a): Strange Contours: Resistance and the Manipulation of People Power. In: Fisher, Rebecca (Hg.) *Managing Democracy, Managing Dissent*. Capitalism, Democracy and the Organisation of Consent, Corporate Watch, S. 178 – 194.

Berger, Lars (2010): Breaking the Wave – The War in Iraq, U.S.-Egyptian Relations and the Bush Administration's 'Democratic Tsunami'. In: Hamed, el-Said/Harrigan, Jane (Hg.) Globalisation, Democratisation and Radicalisation in the Arab World, Palgrave Macmillan.

Beyer, Cornelia (2012): Continuity and Change: Hegemonic Governance in International Relations. In: Perspectives on Global Issues, Bd 6, Nr. 1, S. 47 – 49.

Bieling, Hans-Jürgen (2014): Neogramscianismus. In: Joscha, Wullweber/ Antonia, Graf/ Maria Behrens (Hg.) Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, Springer VS, Wiesbaden, S. 185 – 201.

Boothman, Derek (2008): The Sources for Gramsci's Concept of Hegemony. In: Rethinking Marxism: A Journal of Economics, Culture & Society, Volume 20, Issue 2, S. 201 – 215.

Bouchet, Nicolas (2013): The democracy tradition in US foreign policy and the Obama presidency. In: International Affairs. Peer Reviewed Journal, Vol.89(1), S. 31 – 51.

Brand, Ulrich (2004): Internationale Zivilgesellschaft. In: Haug, Wolfgang Fritz (Hg.) Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Argument, Hamburg, S. 1 – 9.

Brand, Ulrich (2005): Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien. VSA-Verlag, Hamburg.

Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates als Rekonstitution von Hegemonie. Zur staatstheoretischen Erweiterung Gramscis. In: Buckel, Sonja, Andreas Fischer-Lescano (Hg.) Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci, Nomos, Baden-Baden, S. 161 – 180.

Brand, Ulrich/ Görg, Christoph/ Wissen, Marcus (2007a): Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. In: Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft. Prokla, Heft 147, Nr. 2. S. 217 – 234.

Brand, Ulrich (2014): Internationalisierung des Staates. In: Joscha, Wullweber/ Antonia, Graf/ Maria Behrens (Hg.) Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie, Springer VS, Wiesbaden, S. 299 – 313.

Brink, Tobias (2008): Staatenkonflikte. Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus – ein Überblick, Lucius & Lucius, Stuttgart.

- Buci-Glucksmann**, Christine (1981): Gramsci und der Staat. Für eine materialistische Theorie der Philosophie. Studien zur Dialektik, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.
- Buckel**, Sonja (2009): Gramsci Reconsidered: Hegemony in Global Law. In: Leiden Journal of International Law, Volume 22, Issue 03, S. 437 - 454.
- Bureau of Near Eastern Affairs** (2003): The U.S.-Middle East Partnership Initiative: Promoting Economic Growth. Aufgerufen am 01.09.2014 Link: <http://2001-2009.state.gov/p/nea/rls/22250.htm>
- Burron**, Neil Andrew (2010): Democracy Promotion and the Quest for Regional Order. A critical view of U.S. and Canadian democracy assistance in the Americas. Dissertation, Department of Political Science Carleton University Ottawa, Ontario Canada.
- Burron**, Neil (2011): Unpacking U.S. Democracy Promotion in Bolivia. From Soft Tactics to Regime Change. Latin American Perspectives, Sage, S. 115 – 132.
- Candeias**, Mario (2007): Gramscianische Konstellationen. Hegemonie und die Durchsetzung neuer Produktions- und Lebensweisen. In: Andreas Merckens/ Victor Rego Diaz (Hg.) Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Argument Verlag, Hamburg, S. 15 – 33.
- Carothers**, Thomas (2012): Democracy Policy under Obama. Revitalization or Retreat? Carnegie Endowment for International Peace, Washington DC.
- Chabot**, Sean/ Sharifi, Majid (2013): The Violence of Nonviolence: Problematizing Nonviolent Resistance in Iran and Egypt. In: Societies Without Borders 8:2, S. 205 – 232.
- Chams El-Dine, Chérine** (2014): Fragile Alliances in Egypt's Post-Revolutionary Order. The Military and Its Partners. Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP Comments 46.
- Clement**, Christopher I. (2003): Organic Intellectuals and the Discourse on Democracy: Academia, Foreign Policy Makers, and Third World Intervention. In: New Political Science, Carfax Publishing, Volume 25, Number 3, S. 351 – 364.
- Countercurrents.org**, (2013): Anti-democracy Obama, Anti-democracy Neoliberals And US-Backed Egyptian Military Coup Against Democratically-Elected Morsi Government. Aufgerufen am 10.12.2014, Link:

<http://www.countercurrents.org/polya090713.htm>

Cox, Robert W. (1998): Weltordnung und Hegemonie- Grundlagen der Internationalen Politischen Ökonomie. Studien der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Nr. 11, Marburg.

Cox, Robert W. (2011): Soziale Kräfte, Staaten und Weltordnungen. Jenseits einer Theorie Internationaler Beziehungen. In: Opratko, Benjamin/ Prausmüller, Oliver (Hg.) Gramsci global. Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie, Argument Verlag, Hamburg, S. 39 – 87.

Dalacoura, Katerina (2005): US democracy promotion in the Arab Middle East since 11 September 2001: a critique. In: International Affairs, 81 (5), S. 963 – 979.

Demirović, Alex (1987): Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung. Berlin

Demirović, Alex (2007): Politische Gesellschaft – zivile Gesellschaft. Zur Theorie des integralen Staates bei Antonio Gramsci. In: Buckel, Sonja, Andreas Fischer-Lescano (Hg.) Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci, Nomos, Baden-Baden, S. 21 – 41.

Deutsche Welle DW (2014): Hodali, Diana, Ägypten: Präsidentenamt mit Problemen. Aufgerufen am 18.12.2014, Link: <http://www.dw.de/ägypten-präsidentenamt-mit-problemen/a-17656925?maca=de-rss-de-all-1119-rdf>

Dorothee, Bohle (2012). Neogramscianismus: In: Bieling, Hans-Jürgen (Hg.) Theorien der europäischen Integration, Springer VS, Wiesbaden, S. 165 – 185.

Dunne, Michele (2009): The Baby, the Bathwater, and the Freedom Agenda in the Middle East. Center for Strategic and International Studies, The Washington Quarterly, S. 129 – 141.

Dunne, Michele (2011): Egypt: From Stagnation to Revolution. In: Akbarzadeh, Shahram (Hg.) America's Challenges in the Greater Middle East. The Obamas Administration's Policies. Palgrave Macmillian, S. 71 – 89.

Durac, Vincent/ Cavatorta, Francesco (2009): Strengthening authoritarian rule through democracy promotion? examining the paradox of the US and EU security strategies: The case of Bin Ali's Tunisia, British Journal of Middle Eastern Studies, Vol.36(1), S. 3 – 19.

Durac, Vincent (2009): The impact of external actors on the distribution of power in the

Middle East: the case of Egypt. *The Journal of North African Studies* Vol. 14, No. 1, 75 – 90.

Egan Daniel, Levy Daniel L. (2003): A Neo-Gramscian Approach to Corporate Political Strategy: Conflict and Accommodation in the Climate Change Negotiations. In: *Journal of Management Studies*, University of Massachusetts, S. 803 – 829.

Forgacs, David (1988): *A Gramsci Reader. Selected writings 1916 – 1935*. Lawrence and Wishart, London.

Freigang, Caroline Anna-Maria (2013): *United States Democracy Promotion in Egypt from 1981 – 2012*. Master Thesis.

Geis, Anna/ Wolff, Jonas (2007): *Demokratischer Frieden, Demokratischer Krieg und das Projekt globaler Demokratisierung. Hegemonietheoretische Überlegungen aus neo-gramscianischer Perspektive*. In: Buckel, Sonja, Andreas Fischer-Lescano (Hg.) *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis von Antonio Gramsci*, Nomos, Baden-Baden, S. 181 – 198.

Girdner, Eddie J. (2008): *USA and the New Middle East. The Greater Middle East Initiative: Regime Change, Neoliberalism, and US Global Hegemony*. India, Gyan Publishing House.

Glassman, James K./ Glickman, Dan (2011): *Strategic Public Diplomacy: The case of Egypt*. National Security Project, Bipartisan Policy Center.

Globalresearch (2013): Chossudovsky, Michel, Was Washington Behind Egypt's Coup d'Etat? Aufgerufen am 10.12.2014, Link: <http://www.globalresearch.ca/washington-behind-egypt-coup-detat/5341671>

Globalresearch (2014a): Petras, James, Ballots or Bullets: Democracy and World Power. Aufgerufen am 20.12.2014, Link: <http://www.globalresearch.ca/ballots-or-bullets-democracy-and-world-power/5411044>

Hassan, Oz (2008): *Bush's Freedom Agenda: Ideology and the Democratization of the Middle East*. In: *Democracy and Security*, Taylor & Francis Group, S. 268 – 289.

Hassan, Oz (2009): *George W. Bush, September 11th and the Rise of the Freedom Agenda in US-Middle East Relations: A Constructivist Institutional Approach*. Dissertation, University of Birmingham.

Hassan, Oz (2011): *American Democracy Promotion and the 'Arab Spring'*. In: Report

for the EU, FP7 GR:EEN.

Hassan, Oz (2013): Constructing America's Freedom Agenda for the Middle East. Democracy and domination, Routledge, UK.

Hawthorne, Amy (2004): Middle Eastern Democracy. Is Civil Society the Answer? Middle East Series, Carnegie Papers, Democracy and Rule of Law Project, No. 44.

Horn, Laura (2011): Hegemoniale Rivalitäten aus Sicht des Neogramscianismus. In: Tobias, ten Brink (Hg.) Globale Rivalitäten. Staat und Staatensystem im globalen Kapitalismus, Franz Steiner Verlag, Stuttgart, Band 16, S. 105 – 123.

Ikenberry, John G. (1999): Why export democracy?; The 'hidden grand strategy' of American foreign policy is reemerging into plain view after a long Cold War hibernation. In: The Wilson Quarterly, Peer Reviewed Journal, Vol.23(2), S. 56 - 62.

Ingar, Solty (2009): Trägt Gramscis Begriff des organischen Intellektuellen noch? In: Das Argument, Kritisch-intellektuelles Engagement heute, Band 280, S. 110 -115.

Jacobitz, Robin (1991): Antonio Gramsci- Hegemonie, historischer Block und intellektuelle Führung in der internationalen Politik. Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Arbeitspapier Nr. 5, Marburg.

Jeff, Bridoux/ Milja, Kurki (2014): Democracy Promotion: A Critical Introduction. Interventions.

Jerusalem Center for Public Affairs JCPA (2014). Neriah, Jacques, Egyptian Field Marshal Abd El-Fattah El-Sisi: A Profile. Aufgerufen am 18.12.2014, Link: <http://jcpa.org/article/egyptian-field-marshal-abd-el-fattah-el-sisi-profile/>

Körtner, Jochen (2005): Zur politischen Theorie Antonio Gramscis. Texte aus dem Verein, Fortbildung und Beratungsstelle.

Luftpost, (2014): Ein Dokument des US-Außenministeriums belegt, dass Regimewechsel im Mittleren Osten und in Nordafrika mit Geld aus den USA vorbereitet wurden. Friedenspolitische Mitteilungen aus der US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein.

Mansey, Jennifer (2006): US-Demokratieförderung, politische Rechte und gesellschaftliche Opposition in Ägypten. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik.

Mathews, Jessica (2005): Foreword. In: T. Carothers/ M. Ottaway (Hg.) Promoting Democracy in the Middle East. Uncharted Journey, Carnegie Endowment for

International Peace, Washington DC, S. vii – viii.

Mesbah, Nahla Shafik (2009): US Civil Society Aid & its Effects on Democratization in Egypt. Case Study: The NGO Service Center Project, The American University in Cairo, Master Thesis.

Middle East Forum Meforum (2004): Gambil, Garry C., Jumpstarting Arab Reform: The Bush Administration's Greater Middle East Initiative. Aufgerufen am 08.09.2014, Link: http://www.meforum.org/meib/articles/0407_me2.htm

Movements.org (2014): About Movements. Aufgerufen am 06.12.2014, Link: <https://www.movements.org>

Neubert, Harald (2001): Antonio Gramsci: Hegemonie- Zivilgesellschaft- Partei. Eine Einführung. VSA-Verlag, Hamburg.

Neubert, Harald (2009): Linie Gramsci – Togliatti – Longo – Berlinguer. Erneuerung oder Revisionismus in der kommunistischen Bewegung? VSA-Verlag, Hamburg.

Nicoll, Norbert (2012): Gramsci, Hayek und die unbestreitbare Nützlichkeit einer hegemonialen Strategie. In: Emanzipation – Zeitschrift für sozialistische Theorie und Praxis. Krise in Europa – europäische Krise, Jahrgang 2, Nr. 1, S. 72 – 86.

Opratko, Benjamin (2010): Neu- und Umformulierungen des Hegemoniebegriffs nach Antonio Gramsci. Diplomarbeit, Uni Wien.

Opratko, Benjamin (2012): Hegemonie. Politische Theorie nach Antonio Gramsci. Westfälisches Dampfboot, Band 21, Münster.

Petras.lahaine.org (2014): Petras, James, Obama: “Remaking the Middle East”: The American Gulag. Aufgerufen am 20.12.2014, Link: <http://petras.lahaine.org/?p=1980>

Poppe, Annika E. (2011): Quo vadis, Obama? US-amerikanische Demokratieförderpolitik nach dem Kalten Krieg. Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Report Nr. 2.

Poppe, Annika E./ Wolff, Jonas (2013): After Hegemony Normative contestation of democracy promotion in a pluralist world. Paper to be presented at the 8th Pan-European Conference on International Relations, 18th – 21st September, 2013, Warsaw, Poland.

QDDR, The Quadrennial Diplomacy and Development Review: Aufgerufen am 15.09.2014, Link: <http://www.state.gov/s/dmr/qddr/>

- Robinson**, William I. (1995): Pushing polyarchy: The US: Cuba case and the Third World. In: Third World Quarterly, Taylor & Francis, Vol. 16, No. 4, S. 643 – 659.
- Robinson**, William I. (1996): Globalization, the world system, and “democracy promotion” in U.S. foreign policy. In: Theory and society: renewal and critique in social theory. Kluwer Academic Publishers, Volume 25, S. 615 – 665.
- Robinson**, William I. (2013): Promoting polyarchy: 20 years later. In: International Relations, Peer Reviewed Journal, Vol.27(2), S. 228 - 234.
- Salime**, Zakia (2010): Securing the Market, Pacifying Civil Society, Empowering Women: The Middle East Partnership Initiative, Sociological Forum, Vol. 25, No. 4, S. 725 - 745.
- Scherrer**, Christoph (1998): Neo-gramscianische Interpretation internationaler Beziehungen. In: Hirschfeld, Uwe (Hg.) Gramsci-Perspektiven, Argument Verlag, Hamburg, S. 160 – 174.
- Scherrer**, Christoph (2007): Hegemonie: empirisch fassbar? In: Andreas Merkens/ Victor Rego Diaz (Hg.) Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis, Argument Verlag, Hamburg, S. 71 – 85.
- Selim**, Gamal M. (2013): The United States and the Arab Spring: The Dynamics of Political Engineering. Peer Reviewed Journal, Arab Studies Quarterly, Vol.35(3), S. 255 – 272.
- Shahi**, Afshin (2010): The effect of the Arab Spring on the promotion of democracy by the E.U. and the U.S. Word count: 4792.
- Sharp**, Jeremy M. (2008): Egypt: Background and U.S. Relations. Congressional Research Service.
- Snider**, Erin A./ Faris, David M. (2011): The Arab Spring: U.S. Democracy promotion in egypt. Middle east Policy, Vol. XViii, No. 3, S. 49 - 62.
- Socialistproject** (2011): Hanieh, Adam, Egypt’s Uprising: Not Just a Question of Transition. Aufgerufen am 26.11.2014, Link: <http://www.socialistproject.ca/bullet/462.php>
- State of Nature** (2010): Barker, Michael, The violence of nonviolence. Aufgerufen am 22.10.2014, Link: <http://www.stateofnature.org/?p=5807>
- Tauber**, Lilian (2013): American Values vs. Foreign Policy Interests in Egypt. Sweet

Briar College Honors Summer Research.

The-american-interest, (2011): Mead, Walter Russel, W Gets A Third Term In The Middle East. Aufgerufen am 24.09.2014 Link: <http://www.the-american-interest.com/wrm/2011/08/22/w-gets-a-third-term-in-the-middle-east/>

Theguardian (2014): Kingsley, Patrick, Abdel Fatah al-Sisi sweeps to victory in Egyptian presidential election. Aufgerufen am 18.12.2014, Link: <http://www.theguardian.com/world/2014/may/29/abdel-fatah-al-sisi-sweeps-victory-egyptian-election>

The International Relations and Security Network ICDS (2014): Ibn Khaldun Center for Development Studies. Aufgerufen am 14.10.2014, Link: <http://www.isn.ethz.ch/Digital-Library/Organizations/Detail/?id=57628>

U.S. Department of State Archive (2004): Remarks with Egyptian President Hosni Mubarak. Aufgerufen am 12.11.2014, Link: <http://2001-2009.state.gov/p/nea/rls/rm/31309.htm>

Veltmeyer, Henry (2011): Unrest and Change: Dispatches from the Frontline of a Class War in Egypt. In: Globalizations, Routledge, Vol. 8, No. 5, S. 609 – 616.

Venezuelanalysis (2004): The Battle for Global Civil Society. Interview mit William Robinson. Aufgerufen am 23. 07. 2014, Link: <http://venezuelanalysis.com/analysis/1186>

Voltairenet.org (2011): William, Engdahl, Egypt's Revolution: Creative Destruction for a Greater Middle East? Aufgerufen am, 22.11.2014 Link: <http://www.voltairenet.org/article168381.html#nh3>

Washington Post (2007): Gershman, Carl, Surviving the Democracy Backlash. Aufgerufen am 03.09.2014, Link: <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2007/06/07/AR2007060701866.html>

Wayne, E. Anthony (2003): Creating Free and Dynamic Economies in the Arab World, Remarks to International Arab Banking Summit, U.S. Department of State. Aufgerufen am 01.09.2014, Link: <http://2001-2009.state.gov/e/eeb/rls/rm/2003/21945.htm>

Wolff, Jonas (2011): Theorie des Demokratischen Friedens – Politik der internationalen Demokratieförderung. Eine Skizze des Aufschwungs und Fusion zweier Paradigmen. In: Dülffer, Jost/Niedhart, Gottfried (Hg.) Frieden durch Demokratie? Genese, Wirkung und Kritik eines Deutungsmusters, Klartext (Frieden und Krieg. Beiträge zur

Historischen Friedensforschung 15), Essen, S. 227 – 242.

Workers.org (2013): Goldstein, Fred, Imperialists struggle to restore ‘stability’ in Egypt. After military’s fascist crackdown on Muslim Brotherhood. Aufgerufen am 11.12.2014, Link: <http://www.workers.org/articles/2013/08/08/imperialists-struggle-to-restore-stability-in-egypt/>

World Public Forum Dialogue of Civilizations WPFDC (2013): Muzaffar, Candra, A Nation Bleeds. Aufgerufen am 11.12.2014, Link: <http://wpfdc.org/blog/politics/18823-a-nation-bleeds>

Yli-Kaitala, Kirsi (2014): Revolution 2.0 in Egypt: Pushing for Change, Foreign Influences on a Popular Revolt. In: Journal of Political Marketing, Routledge, S. 127 – 151.

12. Abstract

Die vorliegende Masterarbeit im Bereich der internationalen Politik und Entwicklung interessiert sich für die US-amerikanische Demokratieförderung in der MENA Region und im Besonderen in Ägypten. Die Entwicklungen in der Region werden anhand des hegemonietheoretischen Ansatzes Antonio Gramscis analysiert. Dabei stützt sich die Arbeit auf die neo-gramscianische Kritik der Demokratieförderung, dessen Pionier William Robinson ist, der argumentiert, dass die Förderung von Demokratie eine transnationale Praxis ist, bestimmt um eine low-intensity Demokratie zu sichern und zu stabilisieren. Übereinstimmend mit der gramscianischen Tradition, konzentriert sich die Arbeit auf die Zivilgesellschaft und den entscheidenden Individuen der Demokratieförderung. In der Arbeit wird argumentiert, dass die USA unter der Bush und Obama Administration eine gemeinsame Langzeitstrategie in der MENA Region verfolgt, die als ein Streben nach gramscianischer Hegemonie definiert wird.

Abstract (english)

This master thesis in the field of international politics and development is interested in the US-american democracy promotion in the MENA Region and especially in Egypt. The developments in the region will be analyzed by reference to the hegemony theory of Antonio Gramsci. The work is based on the neo-Gramscian critique of democracy promotion, pioneered by William Robinson, who argues that the promotion of democracy is a transnational practice, determined to secure and stabilize a low-intensity democracy. In consistency with the gramscian tradition, this thesis focuses on the civil society and the crucial individuals of democracy promotion. This thesis argues, that the US pursues a common long-term strategy during the Bush and Obama Administration in the MENA Region. The long-term strategy is defined as a pursuit of gramscian hegemony.

13. Lebenslauf

Name: Tarek Hamed
Geburtstag: 30. August 1983
Geburtsort: Berlin
E-mail: t.hamed@gmx.de

Ausbildung:

2008 – 2011: Justus-Liebig-Universität Giessen, Studiengang
B.A. Social Sciences

2011: Praktikum bei der Konrad-Adenauer-Stiftung
(Philippinen/ Manila)

2011 – 2012: Ernst-Moritz-Arndt Universität Greifswald,
Studiengang M.A. Politikwissenschaftliche
Demokratiestudien: Demokratie und
Globalisierung

2012 – 2015: Universität Wien, Studiengang M.A.
Politikwissenschaft